

Perspektiven 2025

Lage- und Umfeldanalyse sowie Herausforderungen für die Bundespolitik



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK
Chancellerie fédérale ChF
Cancelleria federale CaF
Chanzlia federala CHF



Die Statue «Helvetia auf der Reise» der Bildhauerin Bettina Eichin steht seit 1980 auf der Mittleren Rheinbrücke in Basel.

Die symbolische Bedeutung der Statue:
Hier ruht sich Helvetia, die eines Tages aus einem Zweifrankenstück entsprungen ist, von ihrer Reise durch die Schweiz aus und blickt nachdenklich rheinabwärts.

Foto: Juri Weiss

Inhaltsverzeichnis

Erklärung des Bundesrates	3
Zusammenfassung	4
Die Ausgangslage	5
Struktur des Berichts	5
Teil I: Vorgehen und Methodik	7
Vorgehen in fünf Phasen	8
Methodik: Kombination von Trendanalyse und Szenariotechnik	9
Grundlagen für die Szenarientwicklung	11
Ableiten der strategischen Herausforderungen 2025	12
Unvorhersehbare Entwicklungen und Ereignisse	13
Teil II: Trendanalyse Schweiz 2025	15
Gesichertes Wissen: Sechs Rahmentrends	17
Äusserer Rahmen	17
Vernetzte Gesellschaft	18
Natürliche Umwelt	19
Gesellschaftlicher Wandel	19
Wirtschaftliche Grundlagen	21
System Schweiz	21
Teil III: Szenarien Schweiz 2025	23
Szenarien Kurzübersicht	25
Schlüsselmerkmale der Szenarien	26
Szenario 1: Globale Integration / Regionale Integration	28
Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Integration / Regionale Integration	28
Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Integration / Regionale Integration	29
Szenario 2: Globale Integration / Regionale Fragmentierung	30
Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Integration / Regionale Fragmentierung	30
Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Integration / Regionale Fragmentierung	31
Szenario 3: Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung	32
Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung	32
Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung	33
Szenario 4: Globale Fragmentierung / Regionale Integration	34
Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Integration	34
Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Integration	35
Übersicht über die Chancen des Zukunftsraums	36
Übersicht über die Gefahren des Zukunftsraums	37
Teil IV: Herausforderungen Schweiz 2025	39
1) Die Schweiz regional und global positionieren und ihren Handlungsspielraum optimieren	41
2) Neue Gefahren frühzeitig erkennen und die Sicherheit (nach innen und aussen) gewährleisten	43
3) Die Handlungsfähigkeit von Staat und Institutionen erhalten und verbessern	45
4) Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sichern	47
5) Die Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit sicherstellen	49
6) Gesellschaftliche und kulturelle Spannungen frühzeitig erkennen und das Bewusstsein für gemeinsame Werte stärken	51
7) Die demografische Entwicklung antizipieren; kompetenten Nachwuchs für Wirtschaft, Forschung und Milizsystem fördern sowie eine vorausschauende Migrations- und Integrationspolitik sicherstellen	53
8) Die Kosten im Gesundheitssektor ohne Qualitätseinbussen stabilisieren	55
9) Die Folgen des Klimawandels eindämmen und Anpassungsmassnahmen einleiten, die Ressourcen und die Energieversorgung langfristig sichern	56
10) Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen und die Verwundbarkeiten im Bereich der Infrastruktur reduzieren	58
11) Die Infrastruktursubstanz erhalten und ihre Finanzierung sicherstellen	59
12) Die Chancen der Metropolisierung nutzen und die Risiken bei der Siedlungsentwicklung minimieren	60
Anhang	61
Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen pro Szenario	63
Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Integration / Regionale Integration	64
Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Integration / Regionale Fragmentierung	65
Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung	66
Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Integration	67

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Art.-Nr.: 104.692.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.bk.admin.ch

Erklärung des Bundesrates

Der Perspektivstab der Bundesverwaltung erarbeitet im Auftrag des Bundesrates und als Grundlagendokument für die Legislaturplanung alle vier Jahre eine Gesamtschau zu den wichtigsten Zukunftsfragen für die Bundespolitik.

Der Bundesrat nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis, ohne sich im Einzelnen zu den Aussagen zu äussern oder sich diese notwendigerweise anzueignen. Er wird sich bei der Erarbeitung seines Programms für die nächste Legislaturperiode mit den künftigen Herausforderungen beschäftigen und dann in der Botschaft über die Legislaturplanung 2011–2015 zu Beginn des Jahres 2012 darlegen, welche politischen

Prioritäten und Schwerpunkte er in den kommenden Jahren setzen wird.

Wie der Bundesrat bereits früher erklärt hat, ist er willens, bei der Diskussion über die künftigen Herausforderungen eine führende Rolle einzunehmen. Die Frage, welche politischen Folgerungen zu ziehen sind, ist allerdings nicht allein Sache der Landesregierung, sondern in unserem föderalistisch-liberalen Staatswesen die Aufgabe aller an der Politik Beteiligten. Von Parlament, Kantonen und der politischen Öffentlichkeit wird es ebenso sehr abhängen, welche Richtung und Intensität die Diskussion über unsere Zukunft annehmen wird. In diesem Sinne unterbreitet der Bundesrat den Bericht der Öffentlichkeit.

Zusammenfassung

Der Bericht «Perspektiven 2025: Lage- und Umfeldanalyse sowie Herausforderungen für die Bundespolitik» soll in erster Linie dem Bundesrat als Grundlagendokument für die Legislaturplanung dienen. Der Bericht deckt einen Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren ab und will damit bewusst über die kurzfristige Vierjahresperiodizität der Legislaturplanung hinausschauen. Im Hinblick auf die Legislaturplanung 2011–2015 geht es in erster Linie um die Frage, mit welchen strategischen Herausforderungen sich die Schweiz in den kommenden 10 bis 15 Jahren auseinandersetzen muss, um sich bestmöglich für die Zukunft zu positionieren. Ziel dieser Gesamtschau zu den wichtigsten Zukunftsfragen für die Bundespolitik ist es, zu einer vorausschauenden und kohärenten Regierungspolitik beizutragen.

Die Inhalte des Berichts wurden in fünf Phasen erarbeitet. Das methodische Vorgehen stützt sich auf eine Kombination von Trendanalyse und Szenariotechnik ab (s. Teil I, Vorgehen und Methodik).

Als Zwischenresultat des Prozesses werden einerseits die aus der Trendanalyse hervorgehenden Ergebnisse abgebildet (s. Teil II). Dabei handelt es sich um die wichtigsten Entwicklungstrends, welche die Schweiz über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren beeinflussen und prägen werden. Andererseits werden die vier Szenarien (s. Teil III) beschrieben. Im Zentrum stehen hier die für den gesamten Zukunftsraum relevantesten Chancen, Gefahren und Hauptherausforderungen.

Als Hauptresultat werden zwölf zentrale strategische Herausforderungen sowie entsprechende Handlungsfelder für die Schweiz in den kommenden 10 bis 15 Jahren und teilweise darüber hinaus dargestellt (s. Teil IV).

Die im Gesamtprozess identifizierten strategischen Herausforderungen sind:

Politik	<ol style="list-style-type: none"> 1) Die Schweiz regional und global positionieren und ihren Handlungsspielraum optimieren 2) Neue Gefahren frühzeitig erkennen und die Sicherheit (nach innen und aussen) gewährleisten 3) Die Handlungsfähigkeit von Staat und Institutionen erhalten und verbessern
Wirtschaft	<ol style="list-style-type: none"> 4) Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten 5) Die Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit sicherstellen
Gesellschaft	<ol style="list-style-type: none"> 6) Gesellschaftliche und kulturelle Spannungen frühzeitig erkennen und das Bewusstsein für gemeinsame Werte stärken 7) Die demografische Entwicklung antizipieren; kompetenten Nachwuchs für Wirtschaft, Forschung und Milizsystem fördern sowie eine vorausschauende Migrations- und Integrationspolitik sicherstellen 8) Die Kosten im Gesundheitssektor ohne Qualitätseinbussen stabilisieren
Umwelt / Infrastruktur	<ol style="list-style-type: none"> 9) Die Folgen des Klimawandels eindämmen und Anpassungsmassnahmen einleiten; die Ressourcen und die Energieversorgung langfristig sichern 10) Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen und die Verwundbarkeiten im Bereich der Infrastruktur reduzieren 11) Die Infrastruktursubstanz erhalten und ihre Finanzierung sicherstellen 12) Die Chancen der Metropolisierung nutzen und die Risiken bei der Siedlungsentwicklung minimieren

Die Bewältigung dieser Herausforderungen stellt eine Kernaufgabe des strategisch-politischen Führungsprozesses dar.

Die Ausgangslage

Seit 1968 legt der Bundesrat jeweils dem neu gewählten Parlament die Legislaturplanung vor. In diesem Bericht hält er die wichtigsten Ziele und Massnahmen für die neue Legislaturperiode fest. Als zentrales Organ für die Vorbereitung der Legislaturplanung erstellt der Perspektivstab der Bundesverwaltung unter Leitung der Bundeskanzlei und in Kooperation mit allen sieben Departementen eine Lage- und Umfeldanalyse (Parlamentsgesetz, SR 171.10, Art. 146 Legislaturplanung).

Der Bericht «Perspektiven 2025» liegt als Grundlagendokument für die Legislaturplanung erstmals in einer neuen Form vor. Er stellt eine Gesamtschau der wichtigsten

Zukunftsfragen der Bundespolitik dar. Im Hinblick auf die Legislaturplanung 2011–2015 geht es in erster Linie um die Frage, mit welchen strategischen Herausforderungen sich die Schweiz in den kommenden 10 bis 15 Jahren auseinandersetzen muss, um sich bestmöglich für die Zukunft zu positionieren. Der Zweck des Produktes ist es, einen Beitrag zu einer vorausschauenden und kohärenten Regierungspolitik zu leisten, die sich einer Perspektive bedient, die bewusst über die kurzfristige Vierjahresperiodizität der Legislaturplanung hinaus schauen will. Der Perspektivstab wurde bei der Erfüllung seines Auftrages fachlich und methodisch vom Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS ETHZ) unterstützt.

Struktur des Berichts

Der vorliegende Bericht ist in vier Teile gegliedert:

Teil I: Vorgehen und Methodik

Im ersten Teil wird aufgezeigt, mit welchen Methoden die Inhalte des Berichts erarbeitet wurden, wer in welcher Form an den Arbeiten beteiligt war und zu welchen Ergebnissen der Prozess geführt hat.

Teil II: Trendanalyse Schweiz 2025

Im zweiten Teil sind die wichtigsten Entwicklungstrends als Ergebnis der Trendanalyse abgebildet, welche die Schweiz über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren beeinflussen und prägen werden.

Teil III: Szenarien Schweiz 2025

Der dritte Teil besteht aus vier Szenarien, die in mehreren Schritten erarbeitet wurden. Sie stellen vier plausible, sich deutlich voneinander unterscheidende Zukunftsentwicklungen der Schweiz im Jahr 2025 dar.

Teil IV: Herausforderungen Schweiz 2025

Im vierten Teil des Schlussberichts werden die im Prozess identifizierten strategischen Herausforderungen des gesamten Zukunftsraums und mögliche Handlungsfelder abgebildet.

Anhang

Im Anhang werden die Hauptherausforderungen sowie entsprechende Handlungsoptionen pro Szenario tabellarisch dargestellt. Diese Resultate repräsentieren die Meinungen von verwaltungsinternen sowie -externen Expertinnen und Experten, die gemäss Szenarientechnik in einem kreativen Denkprozess im Rahmen von Workshops entstanden sind.

Teil I

Vorgehen und Methodik

Vorgehen in fünf Phasen

Die Inhalte des Berichts «Perspektiven 2025» wurden in fünf Phasen erarbeitet. Ziel des Forschungs- und Analyseprozesses war es, eine Gesamtschau der wichtigsten Zukunftsfragen der Schweiz zu ermitteln und aussagekräftige Zukunftsbilder zur Entwicklung der Schweiz in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu erarbeiten. In diesem

Prozess wurden sowohl das kollektive Experten- und Fachwissen der Bundesverwaltung als auch die Einschätzungen von Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft berücksichtigt. Im Folgenden sind die Ziele und Resultate der einzelnen Phasen aufgeführt.

	Ziel	Ergebnis	Beteiligte
Phase 1	Erarbeitung der Grundlagen: Identifikation der wichtigsten Entwicklungstrends, die für die Schweiz in den kommenden 10 bis 15 Jahren massgeblich sein könnten, sowie der daraus abgeleiteten Chancen und Gefahren	Entwicklungstrends, Chancen und Gefahren für alle wesentlichen Politikbereiche	Perspektivstab mit Projektteams der sieben Departemente sowie der Bundeskanzlei
Phase 2	Validierung der Entwicklungstrends: Validierung, Erweiterung und Priorisierung der Entwicklungstrends. Trennen in Einflussfaktoren mit hoher Gewissheit und hoher Wirkung respektive in Einflussfaktoren mit geringer Gewissheit und hoher Wirkung	Zentrale Einflussfaktoren, gruppiert nach Wirkung und nach Ungewissheit: Grundlage für die Szenarientwicklung und die Trendanalyse	Externe Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft
Phase 3	Vernetzung – Entwicklung von Zukunftsszenarien für die Schweiz: Entwicklung von mehreren Zukunftsszenarien für die Schweiz im Hinblick auf das Jahr 2025	Vier plausible, kohärente und sich deutlich voneinander unterscheidende Zukunftsszenarien	Perspektivstab, Projektteams, externe Expertinnen und Experten
Phase 4	Politikentwicklung – Herausforderungen pro Szenario: Identifikation von Chancen, Gefahren, Hauptherausforderungen und Handlungsfeldern pro Szenario	Tabellen mit Chancen und Gefahren sowie Hauptherausforderungen und Handlungsfeldern pro Szenario	Perspektivstab, Projektteams, externe Expertinnen und Experten
Phase 5	Politikentwicklung – Strategische Herausforderungen für den gesamten Zukunftsraum: Analyse, Clustering und Synthese; Erstellen des Schlussberichts und der Projektdokumentation	Schlussbericht: Darstellung der Ergebnisse des Gesamtprozesses sowie der strategischen Herausforderungen und der Handlungsfelder für den gesamten Zukunftsraum; Prozessdokumentation	Perspektivstab mit Projektteams der sieben Departemente sowie der Bundeskanzlei

Methodik: Kombination von Trendanalyse und Szenariotechnik

Die dem fünfphasigen Prozess zugrunde liegende Methodik zur Erarbeitung der wichtigsten strategischen Herausforderungen für die Schweiz im Allgemeinen und die Bundespolitik im Besonderen beruht auf einer *Kombination von Trendanalyse und Szenariotechnik*.

Das Projekt «Perspektiven 2025» schaut rund 15 Jahre in die Zukunft. Versetzen wir uns im Sinne eines Gedankenexperiments 15 Jahre zurück und überlegen wir, was seit 1995 alles an Unvorhergesehenem oder sogar Unvorhersehbarem eingetreten ist, so wird ersichtlich, dass eine verlässliche Prognose für den Zustand der Schweiz im Jahre 2025 äusserst schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist. Das Umfeld, in dem wir uns bewegen, wird zunehmend komplexer und verändert sich mit steigender Geschwindigkeit. Verlässliche Prognosen über mittel- bis langfristige Entwicklungen der Lage werden durch wachsende Unsicherheit erschwert. Dennoch ist die Politik auf verlässliche Zukunftsannahmen angewiesen, denn diese bilden eine Grundlage für jeden Planungs- und Investitionsentscheid. Dieser Grundwiderspruch lässt sich kaum auflösen. Die Zukunftsforschung hat jedoch im Verlauf der letzten fünfzig Jahre verschiedene Methoden entwickelt, die helfen, systematisch und fundiert über unsichere Zukunftsentwicklungen nachzudenken. Die *Szenariotechnik* ist die umfassendste dieser Methoden und besonders dann

geeignet, wenn die Zukunft in einem komplexen und von unsicheren Entwicklungen geprägten Umfeld beschrieben werden soll.

Wie in Abbildung 1 dargestellt, öffnet die Szenariotechnik plausible und denkbare Räume für mögliche Entwicklungen, innerhalb derer sich die Zukunft abspielen könnte. Der Nutzen von Szenarien liegt darin, dass im Vergleich zur Trendanalyse (enger Trichter) ein breiteres Spektrum von denkbaren Entwicklungen angedacht wird (weiter Trichter). Szenarien schaffen ein Bewusstsein für die Unterschiedlichkeit oder sogar Gegensätzlichkeit möglicher Zukunftsentwicklungen. Sie dienen daher primär einem systematischeren Umgang mit Unsicherheiten, womit eine bessere Vorbereitung auf die Zukunft erreicht werden kann.

Im Gegensatz zur klassischen Prognose, die zukünftige Ereignisse, Zustände und Entwicklungen voraussagen möchte, machen die erarbeiteten Szenarien bewusst *keine Aussagen zur Eintretenswahrscheinlichkeit* der skizzierten Entwicklungen. Sie sollen einen kreativen, möglicherweise auch provokativen Blick auf die Entwicklungen der Schweiz und ihres relevanten Umfelds werfen und auf diese Weise eine anregende Grundlage für den weiterführenden Strategie- und Planungsprozess bieten.

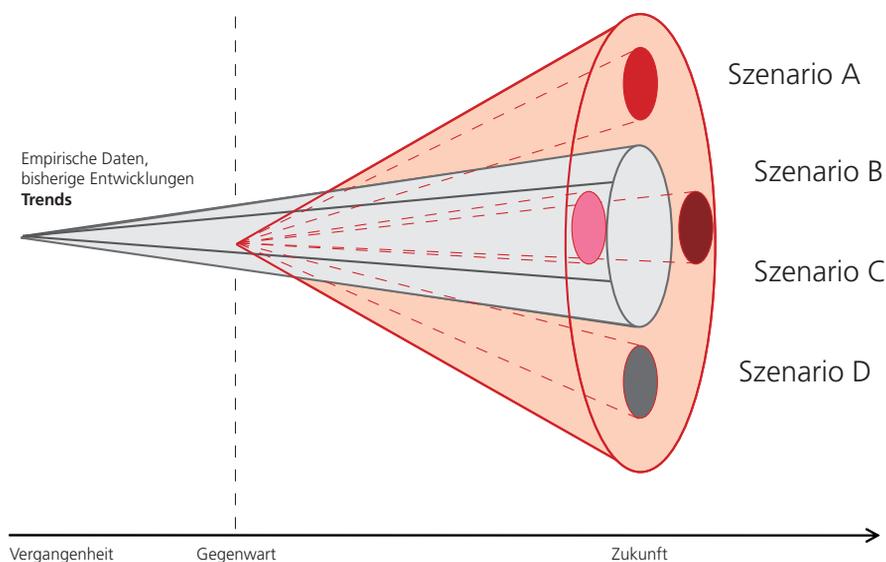


Abbildung 1: Szenariotrichter und Trendtrichter

Im Gegensatz zur Szenariotechnik hilft die *Trendanalyse*, die mittels Erfahrungswerten aus der Gegenwart in die Zukunft extrapoliert, das Augenmerk auf «gesichertes Wissen» zu legen.

Trendanalyse und Szenariotechnik, wie sie bei der Erarbeitung dieses Berichts verwendet wurden, unterscheiden sich wie folgt in ihrem Fokus (vgl. auch Abb. 2):

Die Trendanalyse beschäftigt sich mit den Einflussfaktoren, die einen hohen Handlungsbedarf im Entscheidungssystem Schweiz erzeugen werden («hohe Wirkung»), deren kurz- und mittelfristige Entwicklung jedoch relativ gut vorhersehbar ist («geringe Ungewissheit»). Hier lautete die Frage: «Welches sind die wichtigsten Entwicklungstrends, die die Schweiz über einen

Zeitraum von 10 bis 15 Jahren beeinflussen und prägen werden?». Diese Frage wurde in den Phasen 1 und 2 des Prozesses bearbeitet. Die entsprechenden Ergebnisse sind in Teil II des Berichts abgebildet.

Die Szenariotechnik verwendet hingegen die Einflussfaktoren, die ebenfalls einen sehr hohen Handlungsbedarf im Entscheidungssystem Schweiz erzeugen werden («hohe Wirkung»), deren zukünftige Ausprägung jedoch ungewiss ist («hohe Ungewissheit»). Hier lautete die Frage: «Welches sind die für den gesamten Zukunftsraum relevantesten Chancen, Gefahren und Hauptherausforderungen?». Diese Frage wurde in den Phasen 3 und 4 bearbeitet. Die entsprechenden Ergebnisse sind in Teil III abgebildet.

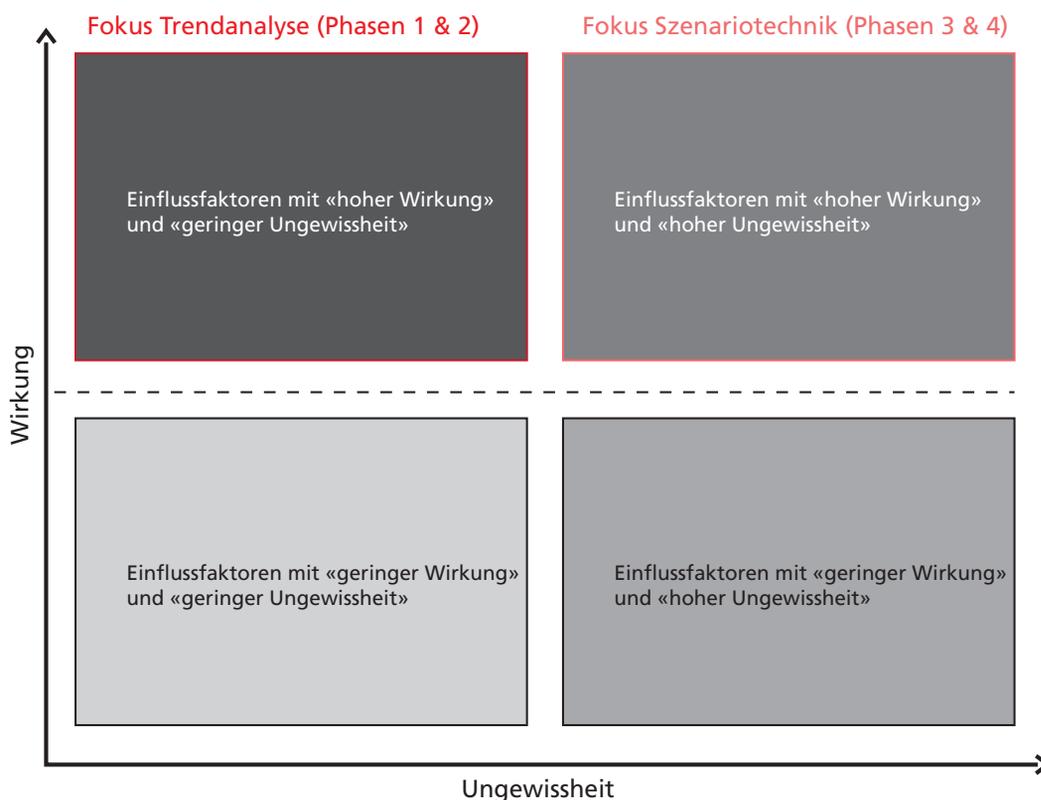


Abbildung 2: Fokus Trendanalyse und Szenariotechnik

Grundlagen für die Szenarienentwicklung

Gemäss Szenariotechnik wird für die Entwicklung von Szenarien ein Szenarienkreuz verwendet, dessen Achsen aus Faktoren mit hoher Wirkung und hoher Ungewissheit bestehen. Die Wahl der Achsen gibt einen Denkrahmen für die Szenarientwicklung vor. Bei der Charakterisierung der einzelnen Szenarien werden aber auch alle anderen Einflussfaktoren berücksichtigt.

Im Projekt «Perspektiven 2025» wurden die Achsen *Verschiebung und Neuordnung der globalen Kräfteverhältnisse* und *Entwicklung der Europäischen Union* gewählt. Dies aus folgenden Gründen:

1. Sowohl die Expertinnen und Experten aus der Bundesverwaltung als auch die Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft beurteilten diese zwei Einflussfaktoren als besonders wichtig und in ihrer Entwicklung als besonders ungewiss.

2. Es erschien im Kontext einer Lage- und Umfeldanalyse angezeigt, ein besonderes Augenmerk auf die äusseren Entwicklungen im regionalen und globalen Umfeld der Schweiz zu legen. Dieses kann von der schweizerischen Politik nur in geringem Mass beeinflusst werden, stellt aber einen zentralen Handlungsrahmen für die Schweiz dar.

Weiter gilt es gemäss Szenariotechnik für die Dimensionen der Achsen zwei Extremausprägungen zu definieren. Dadurch soll der Szenariotrichter weit aufgespannt werden, sodass möglichst unterschiedliche Zukunftsbilder entworfen werden können. Die *Ausprägungen* der beiden Achsen wurden im Projekt «Perspektiven 2025» durch das Gegensatzpaar *Integration* und *Fragmentierung* erfasst. So entstand das in Abbildung 3 dargestellte Szenarienkreuz mit den in Abbildung 4 festgehaltenen Ausprägungen.

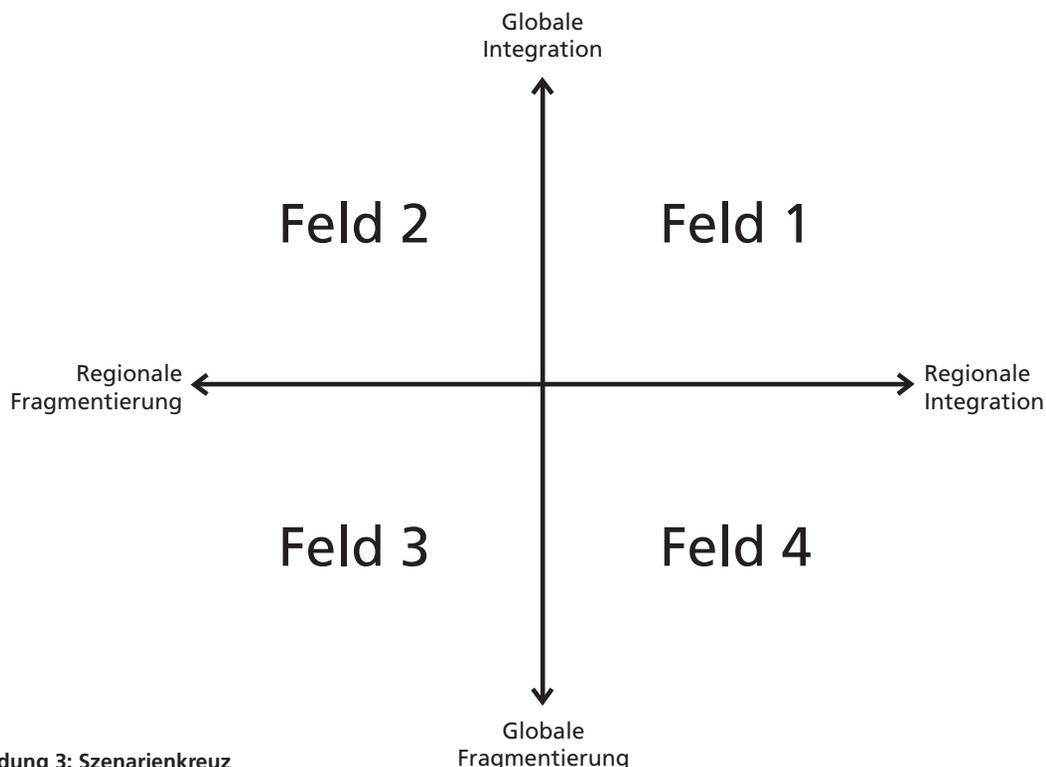


Abbildung 3: Szenarienkreuz

	Globale Kräfteverhältnisse	Regionale Entwicklung
Integration	<p>Globale Integration beschreibt eine Ausprägung, in welcher der Wandel der globalen Kräfteverhältnisse durch Stabilität, Verlässlichkeit und Kontinuität geprägt ist: Geopolitisch gesehen gibt es klare Herrschaftsverhältnisse und Einflussphären; das internationale Gouvenanzsystem zeichnet sich durch Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit aus; wirtschaftlich schreitet die Globalisierung in qualitativer wie quantitativer Hinsicht weiter voran; in kultureller und normativer Hinsicht bildet sich verstärkt eine globale Zivilgesellschaft.</p>	<p>Regionale Integration beschreibt eine EU, deren Reform- und Vertiefungsprozess von politischem Konsens und politischem Willen gekennzeichnet ist. Die Effektivität der EU kann mit ihrer Erweiterung Schritt halten. Trotz neuer Mitgliedsstaaten gelingt es der EU, ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen und ihre demokratische Legitimation zu stärken. Auch das aussen- und sicherheitspolitische Profil der EU nimmt zunehmend Konturen an; die EU entwickelt sich zu einer globalen Gestaltungsmacht.</p>
Fragmentierung	<p>Globale Fragmentierung beschreibt eine Ausprägung, in welcher der Wandel der globalen Kräfteverhältnisse durch Instabilitäten, Unsicherheiten und Trendbrüche geprägt ist: Geopolitisch gesehen fehlen klare Herrschaftsverhältnisse und Einflussphären; das internationale Gouvenanzsystem zeichnet sich durch fehlende Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit aus; wirtschaftlich nimmt der nationale und regionale Protektionismus zu und der Anti-Globalisierungsdruck steigt; in kultureller und normativer Hinsicht dominieren divergierende Weltanschauungen und führen zu vermehrten innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Spannungen.</p>	<p>Regionale Fragmentierung beschreibt eine EU, deren Reform- und Vertiefungsprozess entweder von langwieriger Verhandlungslogik geprägt ist oder gar durch eine tief greifende Krise abgeschwächt und umgekehrt wird. Diese Krise ist Ausdruck der heterogenen Interessen der Mitgliedstaaten und des zunehmenden Effektivitäts- und Legitimitätsverlusts der Brüsseler Institutionen. Hinsichtlich des aussen- und sicherheitspolitischen Profils verharrt die EU auf dem Status eines reaktiven regionalen Akteurs mit abnehmender globaler Bedeutung.</p>

Abbildung 4: Ausprägungen der Achsen

Im Projekt «Perspektiven 2025» wurde pro Feld ein Szenario entwickelt (vgl. Teil III).

Ableiten der strategischen Herausforderungen 2025

Die zentralen *strategischen Herausforderungen* für die Schweiz in den nächsten 10 bis 15 Jahren ergeben sich aus einer Kombination der Resultate aus der Trendanalyse und dem Szenarioprozess:

1. Die in Teil II abgebildeten zentralen Rahmentrends sind in die vier Szenarien eingeflossen bzw. wurden bei ihrer Entwicklung mitberücksichtigt.
2. In den pro Szenario identifizierten Hauptherausforderungen (s. Anhang) finden sich einerseits die Auswirkungen der Trends mit gewissen szenarienspezifischen Nuancierungen wieder. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Schweiz wie auch Europa und die Weltgemeinschaft den Rahmentrends je nach Szenario unterschiedlich begegnen müssen. Neben diesen aus den Trends abgeleiteten Hauptherausforderungen enthalten die Tabellen

- im Anhang auch ganz spezifische Hauptherausforderungen, die sich im Szenarioprozess ergeben haben.
3. Die Hauptherausforderungen der vier Szenarien wurden miteinander verglichen, um Gemeinsamkeiten und insbesondere Überschneidungen zu identifizieren. Ähnliche Themen wurden danach zu thematischen «Clustern» zusammengefügt. Diese Themencluster ergeben die strategischen Herausforderungen 2025.

Die strategischen Herausforderungen sind politikfeldübergreifend und langfristig von hoher Bedeutung. Ihre Bewältigung stellt eine Kernaufgabe des strategisch-politischen Führungsprozesses dar. Die insgesamt 12 strategischen Herausforderungen sind in Teil IV näher beschrieben. Darüber hinaus werden mögliche Handlungsfelder charakterisiert.

Unvorhersehbare Entwicklungen und Ereignisse

Sogenannte «Black-Swans» sind Ereignisse, welche weitgehend unvorhersehbar und selten sind, gleichzeitig aber gravierende Auswirkungen haben (z.B. 11. September 2001, Vulkanausbruch in Island März 2010, Ereignisse in Japan März 2011). Solche Ereignisse werden im Bericht nicht analysiert. Wenn sich jedoch solche Entwicklungen manifestieren, werden die im Bericht dargestellten Szenarien sowie darauf basierende Strategien geprüft und müssen gegebenenfalls angepasst werden – insbesondere dann, wenn neue unvorhergesehene Herausforderungen als prioritär eingestuft werden.

Grundsätzlich gibt es eine Vielzahl von möglichen neu auftauchenden Chancen, Gefahren sowie wichtige Entwicklungen, welche im Bericht noch nicht oder nur indirekt analysiert werden oder aber solche, welche sich in eine andere Richtung entwickeln und damit an Relevanz für die Bundespolitik gewinnen. Hier bietet sich die Möglichkeit, die im Bericht beschriebenen Szenarien bei Bedarf im Hinblick auf einen bestimmten Aspekt zu vertiefen und zu verfeinern sowie laufend auf ihre Aktualität hin zu prüfen.

Teil II

Trendanalyse Schweiz 2025

Gesichertes Wissen: Sechs Rahmentrends

Die Szenariotechnik ist hauptsächlich dazu da, Unsicherheiten so abzubilden, dass der politische Planungsprozess damit umgehen kann. In der Trendanalyse hingegen liegt der Fokus auf «gesichertem Wissen», also Annahmen über die Zukunft, deren Ausprägung und Wirkung gemäss Expertenmeinung kurz- und mittelfristig relativ gut eingeschätzt werden können. Trendbrüche sind nicht vollkommen auszuschliessen, aber sie werden als relativ unwahrscheinlich angesehen.

Im Projekt «Perspektiven 2025» wurden folgende Rahmentrends identifiziert:

- **Äusserer Rahmen:** Die Welt wird multipolarer, die europäische Integration schreitet fort, die Komplexität und damit die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft steigt laufend
- **Vernetzte Gesellschaft:** Die Technologisierung geht weiter, die Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen weitere Domänen und die Konvergenz sowie die Beanspruchung der Infrastrukturnetze nimmt zu
- **Natürliche Umwelt:** Der Klimawandel schreitet voran, Ressourcen werden knapper, die Versorgungssicherheit nimmt einen immer wichtigeren Stellenwert ein
- **Gesellschaftlicher Wandel:** Die Weltbevölkerung wächst, reguläre und irreguläre Migration hält an, der gesellschaftliche Zusammenhalt wird herausgefordert
- **Wirtschaftliche Grundlagen:** Die Globalisierung hält an, der Standortwettbewerb verschärft sich
- **System Schweiz:** Trend in Richtung sinkender Handlungsfähigkeit des Staates sowie abnehmender Leistungsfähigkeit des politischen Systems

Diese Trends, die auf alle vier Szenarien einwirken, werden untenstehend nach heutigem Wissensstand beschrieben. Die Schweiz wie auch Europa und die Weltgemeinschaft werden diesen Rahmentrends je nach Szenario unterschiedlich begegnen müssen.

Äusserer Rahmen: Die Welt wird multipolarer, die europäische Integration schreitet fort, die Komplexität und damit die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft steigt laufend.

Die globalen Kräfteverhältnisse verschieben sich in Richtung einer *multipolaren Welt*. Der Trend ist primär *wirtschaftlich* getrieben; auch in Zukunft werden Handel, Investitionen, Innovationen und Technologietransfer bestimmend sein für die Bildung der Pole und für ihr Verhältnis zueinander. Weitere Treiber sind etwa die demografische Entwicklung und insbesondere das ungleiche Bevölkerungswachstum in verschiedenen Weltregionen. Ausserdem verstärken die derzeit angehäuften riesigen Staatsdefizite diesen Trend. Gleichzeitig geht zunehmender wirtschaftlicher Einfluss in vielen Ländern mit militärischer Aufrüstung einher, weshalb eine Durchsetzung von Interessen mittels militärischer Macht nicht auszuschliessen ist. Konkret ist vor allem der Aufstieg Asiens (China und Indien) sowie Brasiliens und Südafrikas bestimmend. Generell werden auch Entwicklungsländer ihren Anteil am Weltmarkt weiter erhöhen; der Westen, namentlich die USA, aber auch Europa, verlieren demgegenüber an Einfluss. Parallel zur gesteigerten wirtschaftlichen Stellung und zum erhöhten wirtschaftlichen Potenzial dieser aufstrebenden Staaten als Absatzmärkte geht eine Verschiebung der globalen Macht- und Kräfteverhältnisse einher. Diese *Neuordnung der Kräfteverhältnisse* wird sich auch in internationalen (Regional-)Organisationen und anderen Gremien auswirken. Insgesamt dürfte ein Spannungsfeld von Rivalität und Kooperation die Beziehungen zwischen den alten und neuen Mächten prägen. Die Welt wird unübersichtlicher und die globalen Herausforderungen werden zunehmend komplexer.

Für die Schweiz von grosser Bedeutung ist die weitere Entwicklung der *Europäischen Union (EU)*. Zutreffend ist dies vor allem aus wirtschaftlicher Sicht: die Nachbarstaaten und die EU insgesamt sind unsere wichtigsten Wirtschaftspartner. Zudem sind auf vielen Politikgebieten europäische Regulierungen vorhanden, denen sich die Schweiz als kleines, offenes, zentral gelegenes und wirtschaftlich eng mit Europa verflochtenes Land nicht entziehen kann, zumal sich daraus auch keine Vorteile ergeben würden. So zeigt sich diese «*Europäisierung*»

exemplarisch im Infrastrukturbereich. Dort wachsen die Verkehrs-, Energie- oder Kommunikationsnetze immer mehr grenzüberschreitend zusammen, sodass konsequenterweise auch Investitionen und Regulierungen im internationalen Verbund vorzunehmen sind. Was die *Entwicklung der EU* an sich anbelangt, ist nach Abschluss der institutionellen Reformen durch den Lissaboner Vertrag grundsätzlich mit weiteren Vertiefungen auf bestimmten – wenn auch nicht allen – Themengebieten (Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Rechtsfragen) sowie der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten zu rechnen. Falls der Werteverfall des Euro anhält, ist eine Trendwende nicht ausgeschlossen; der Trend weist jedoch eher in Richtung Fortschreibung der bisherigen Vertiefungs- und Erweiterungspolitik, wenn auch mit schwankender Dynamik und unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Im Falle einer weiteren Konsolidierung und Stärkung der EU dürfte es für die Schweiz anspruchsvoller werden, ihre Interessen als Drittstaat durchzusetzen. Nebst der EU bleiben für die Schweiz auch zahlreiche *internationale Organisationen*, insbesondere die Vereinten Nationen, von Bedeutung.

Die Komplexität und damit auch die Verletzlichkeit unserer Gesellschaft steigt laufend. Verstärkt wird dieser Effekt durch die breite Verfügbarkeit und rasche Zugänglichkeit neuer Technologien sowie durch die einfachere Überwindung von Grenzen und grossen Distanzen. Auch Ressourcenfragen (Ernährung, Energie) können Spannungen schaffen, verschärfen und Konflikte auslösen. Knappheitserscheinungen und Verteuerungen werden angesichts des weltweiten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums zunehmen.

Die Anstrengungen zur Gewährleistung der Sicherheit nehmen bei einem zunehmend verletzlichen System zu. Dies gilt sowohl im Bereich der Kriminalität als auch auf militärischer Ebene.

Vernetzte Gesellschaft: Die Technologisierung geht weiter, die Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen weitere Domänen und die Konvergenz sowie die Beanspruchung der Infrastrukturnetze nimmt zu.

Verschiedene gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen werden in hohem Masse von der fortschreitenden *Technologisierung* durchdrungen. Entsprechend werden verschiedene Trends von diesem Treiber, welcher auf die verschiedensten Politikbereiche wirkt, verstärkt oder abgeschwächt. So werden beispielsweise Fortschritte in der Biotechnologie und Medizinal-

technik die durchschnittliche Lebenserwartung erhöhen, was jedoch die Problematik der Überbevölkerung des Planeten und damit der Energieknappheit verschärft. Die zunehmende Verknappung von Energie und anderen Ressourcen ruft wiederum nach Verbesserungen im Bereich der grünen Technologien. Dieser technologische «Pull-Effekt» kann neue Wachstumsmärkte schaffen, er kann aber auch zu einer Akzentuierung von Problemen führen, beispielsweise wenn die Produktion von Biotreibstoffen zulasten der Lebensmittelproduktion geht. Technologische Entwicklungen und Innovationsschübe werden in den verschiedensten Bereichen erwartet.

Mit dem Trend zu einer fortschreitenden technologischen Entwicklung einher geht eine zunehmende Bedeutung von *Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)*. Ein Ende der rasanten Entwicklung ist mit der fortschreitenden Miniaturisierung und dem praktisch kostenlosen und unlimitierten Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen nicht absehbar. Augenfällig ist etwa im Infrastrukturbereich die Durchdringung der Verkehrs- und Energienetze mit «intelligenten» IKT, die zu einem immer interdependenten und komplexeren Gesamtsystem führen. Einerseits lassen sich durch die zunehmende Vernetzung in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht Effizienzgewinne erschliessen. Die zunehmende Anfälligkeit komplexerer IKT-Systeme und -Netze und die wachsende Abhängigkeit seitens der Gesellschaft steigern andererseits die Verwundbarkeit grundsätzlich. Die Systeme sind etwa auch vermehrt Gefahren wie Cyberkriminalität oder anderen feindlichen Angriffen ausgesetzt.

Neben diesen technologischen Aspekten sind die Auswirkungen der *IKT-Entwicklung* auch für weitere Politikbereiche relevant. In politischer Hinsicht dürfte der Trend hin zu neuen Formen der Partizipation in Politik und Verwaltung anhalten (E-Government, Kampagnen). In rechtlicher Hinsicht ist der automatisierte Datenaustausch zwischen Justizregistern (E-Justice) oder die Wahrung von Datenintegrität und Daten- und Persönlichkeitsschutz zu nennen. In wirtschaftlicher Hinsicht ist angesichts der Abkoppelung der IKT-Infrastruktur von der Anwendung mit weiter aufbrechenden Wertschöpfungsketten, veränderten Konsum- und Einkaufsgewohnheiten oder der Entstehung einer zunehmend «virtualisierten» Arbeitswelt auszugehen. In ökologischer Hinsicht ist angesichts der weiteren Verbreitung von EDV-Anlagen von einer Zunahme des Stromverbrauchs auszugehen. Im bildungspolitischen Bereich nimmt die Notwendigkeit zu, die erforderlichen Kompetenzen zur Nutzung neuer Technologien und Medien zu entwickeln und zu verbessern. Im gesellschaftspolitischen Bereich

hält der Trend hin zu neuen Formen sozialer Interaktion in virtuellen Netzwerken an und die Mediennutzung verändert sich laufend.

Die ursprünglich spezifischen Funktionen gewidmeten Infrastrukturnetze in der Schweiz konvergieren infolge des technologischen Fortschritts zu einem komplexen, interdependenten System. Dies gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den Sektoren. Insbesondere die Durchdringung der Verkehrs- und Energienetze mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) fördert diesen Trend. Schliesslich wachsen die verschiedenen nationalen Infrastrukturnetze grenzüberschreitend zusammen. Diese Konvergenz birgt sowohl Chancen (Effizienzgewinne) als auch Gefahren (verstärkte Abhängigkeit und Verletzlichkeit). Die Beanspruchung der Infrastrukturen wird aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und der Ausdifferenzierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse weiter zunehmen. Die bestehenden Kapazitäten der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze werden intensiver genutzt, und Engpässe zeichnen sich ab. Die Folgen sind einerseits eine steigende Abnutzung der physischen Anlagen, was wiederum Erneuerungsbedarf in noch kürzeren Abständen schafft; andererseits schwinden die Stabilitätsreserven der Netze, gerade wenn keine Ausweichmöglichkeiten (Redundanzen) bestehen.

Natürliche Umwelt: Der Klimawandel schreitet voran, Ressourcen werden knapper, die Versorgungssicherheit nimmt einen immer wichtigeren Stellenwert ein

Der *Klimawandel* hat einen potenziell starken Einfluss auf die Lebensbedingungen der Menschen. Grundsätzlich impliziert der lange Prognosezeitraum hohe Unsicherheiten hinsichtlich des Ausmasses und der möglichen Folgen des Klimawandels, die schwergewichtig für die Zeit nach 2025 zu erwarten sind. Dennoch zeichnet sich in verwundbaren Weltregionen ab, dass neue *Konfliktkonstellationen* aufgrund von Ernährungskrisen, Wasserknappheit, Flutkatastrophen und Dürren oder krisenbedingte Migration entstehen. Zugleich beschleunigt der Klimawandel Armutprozesse und überfordert schwache Staaten. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Klimaerwärmung in der Schweiz doppelt so stark wie im globalen Mittel beschleunigt. Vor diesem Hintergrund ist von einem anhaltenden Trend auszugehen, welcher auch die Schweiz in Form von zunehmenden Starkniederschlägen, Hochwassern und Hanginstabilitäten stark beeinflusst. Beim mittleren Jahresniederschlag hingegen ist kein einheitlicher Trend zu erkennen. Vor diesem Hintergrund sind *Anpassungsmassnahmen* notwendig, um

negative Auswirkungen auf Umwelt, Landwirtschaft und Tourismus zu verhindern. Sowohl im Bereich der Gefahrenprävention als auch für Hilfemassnahmen bei Extremereignissen ist mit erhöhten finanziellen Ausgaben zu rechnen.

Ein weiterer häufig genannter Entwicklungstrend ist der Bereich *Rohstoffe und natürliche Ressourcen*. Energieszenarien weisen auf einen global zunehmenden Verbrauch hin, der besonders durch die starke Energienachfrage von aufstrebenden Schwellenländern (insbesondere in Asien) getrieben ist. Auch die Nachfrage nach Edelmetallen oder Agrargütern steigt durch das globale Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Mittelschichten etwa in China. Zu berücksichtigen ist zudem der Einfluss des Klimawandels, insbesondere hinsichtlich der Produktion von Agrargütern. Angebotsseitig sind die Schätzungen bezüglich der vorhandenen Reserven an Rohstoffen oft sehr unsicher; allgemein wird jedoch mit volatileren Preisen gerechnet, was bei starken Aufschlägen gerade in Entwicklungsländern zu sozialen Unruhen oder gar Hungersnöten führen kann. Grosse Staaten versuchen zudem, sich in Drittländern direkten Zugang zu zusätzlichen Rohstoffen – inklusive Primärenergie – und Ressourcen zu schaffen, während rohstoff- und ressourcenreiche Länder ihre Vorteile zur Durchsetzung politischer Interessen nutzen. Daraus kann angesichts weltweiter Rohstoff- und Ressourcenabhängigkeit ein erhebliches Konfliktpotenzial entstehen. Da die Schweiz beispielsweise rund 80 % der Primärenergie importiert, ist ihre Versorgungssicherheit stark von internationalen Entwicklungen abhängig. Sie kann aufgrund ihres geringen Marktanteils Verbrauch und Preise kaum beeinflussen, ist aber dank ihrer Kaufkraft grundsätzlich weiterhin in der Lage, die eigene Nachfrage ausreichend zu befriedigen.

Gesellschaftlicher Wandel: Die Weltbevölkerung wächst, reguläre und irreguläre Migration hält an, der gesellschaftliche Zusammenhalt wird herausgefordert

Gemäss UNO wird die Weltbevölkerung bis 2025 in einem mittleren Szenario von heute 6,9 Mrd. auf 8,0 Mrd. (+ 16 %) ansteigen. Gemäss Eurostat* wird die Bevölkerung der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) im Laufe der nächsten 15 Jahre um 3 % zunehmen und damit von 501 Millionen Anfang 2010 auf 518 Millionen Ende 2025 anwachsen. Gemäss dem Refe-

* Eurostat, Statistiques en bref, 72/2008 «Ageing characterises the demographic perspectives of the European societies», Bruxelles, 2008.

renzscenario** des BFS wird die Schweizer Bevölkerung zwischen 2010 und 2025 um 9 % zunehmen. Die Zahl der Personen mit ständigem Aufenthalt in der Schweiz wird von 7,9 Millionen im Jahr 2010 auf 8,6 Millionen im Jahr 2025 anwachsen. Die Schätzung ist allerdings mit relativ grosser Unsicherheit behaftet, da die Zuwanderung ein entscheidender Einflussfaktor ist. Die Alterung der Bevölkerung wird sich zwischen 2010 und 2025 beschleunigen. Betrachtet man, wie viele Personen von 65 und mehr Jahren auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren kommen (sog. Altersquotient***), so steigt diese Zahl von 28 im Jahr 2010 auf 38 im Jahr 2025 an. Der Altersquotient wird sich in der EU ähnlich entwickeln wie in der Schweiz, das heisst zwischen 2010 und 2025 ebenfalls von 28 auf 38 ansteigen.

Durch den Anstieg der Weltbevölkerung eröffnen sich einerseits Chancen für mehr Wirtschaftswachstum. Andererseits belastet diese Entwicklung die bereits stark genutzten natürlichen Ressourcen und die Leistungen der natürlichen Umwelt zusätzlich. Weitere Verknappungen von Ressourcen führen zu höheren Preisen und könnten Konflikte auslösen. Besondere Herausforderungen ergeben sich hinsichtlich der Bereitstellung von Nahrungsmitteln. Mehr Leute und eine höhere Kaloriennachfrage pro Kopf stehen abnehmenden landwirtschaftlichen Nutzflächen, beispielsweise durch Siedlungsdruck oder Desertifikation, gegenüber. Der Trend der demografischen Alterung in der Schweiz und die Tatsache, dass auf Erwerbstätige immer mehr Rentenbezügler fallen, schreitet weiter fort. Die verstärkte Arbeitsmarktpartizipation der Frauen vermag diese Entwicklung nicht auszugleichen. Von diesem Trend betroffen sind insbesondere die Arbeitsmarktpolitik (flexible (Lebens-)Arbeitszeit, ältere Arbeitnehmerschaft, Bildungs- und Qualifizierungsmassnahmen), die Sozialpolitik (Finanzierung der Sozialversicherungen), die Gesundheitspolitik (Krankheitskosten, Pflege), die Familienpolitik (Kinderbetreuung) sowie die Migrationspolitik (Zuwanderung in den Arbeitsmarkt).

Eng verknüpft mit der demografischen Entwicklung ist die *Migration*. Die Entwicklung der Zuwanderung ist eng mit der Wirtschaftsentwicklung verknüpft. Auch Krisen und Konflikte in Staaten weltweit können Migrationsbewegungen auslösen. Der Trend sowohl der *regulären Migration* als auch der *irregulären Migration* dürfte anhalten. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden de-

demografischen Alterung ist die Schweiz zunehmend auf hochqualifizierte Arbeitskräfte und Fachkräfte (etwa im Gesundheits- und Pflegewesen, an Schulen und Universitäten oder der Informatik) angewiesen. Die Konkurrenz zu anderen Staaten der OECD aber auch zu aufstrebenden Schwellenländern dürfte bei dieser Suche nach qualifizierten Spezialisten zunehmen. Die aufgrund des Wohlstandsunterschieds zu den Herkunftsländern anhaltende *irreguläre Migration* dürfte aufgrund freiwilliger und zwangsweiser Rückkehr stabil bleiben. Die Entwicklung der Zahl von Asylgesuchen ist schwer absehbar. Mit einem hohen Ausländeranteil einher gehen sprachliche und kulturelle Verständigungsschwierigkeiten und mögliche Grenzen der Integrationsfähigkeit können sich abzeichnen. Die Zuwanderung insbesondere von Menschen aus anderen Kulturkreisen führt zu Abwehrreaktionen bis hin zur Fremdenfeindlichkeit und zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen (nationalen) Identität mit offenen Konsequenzen für die Innen- und Aussenpolitik.

Verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen fördern die Pluralisierung der Lebensformen und führen zu einer *Fragmentierung* der schweizerischen Gesellschaft. Diese kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe stellen. Bezüglich *wirtschaftlicher Entwicklungen* sind etwa hervorzuheben: ungleiche Einkommensverteilungen; steigende Armut und Prekarisierung der Lebensverhältnisse für einen Teil der Bevölkerung; die Problematik der «Working-Poor»; eine steigende Sockelarbeitslosigkeit; eine zunehmende Konkurrenz um Arbeitsplätze als Folge der Personenfreizügigkeit; Steuerwettbewerb; allgemein verstärkter nationaler und internationaler Wettbewerb um mobile Produktionsfaktoren; mögliche Kaufkraftverluste durch stark steigende Preise für Ressourcen und Dienstleistungen; oder die weitere Zunahme der Gesundheits- und Sozialversicherungskosten. *Gesellschaftliche Entwicklungen*, die den Zusammenhalt gefährden können, sind beispielsweise die Zunahme der kulturellen, sprachlichen, ethnischen und religiösen Vielfalt der Bevölkerung; die demografische Alterung; die reguläre und irreguläre Migration; die zunehmende Individualisierung; die Veränderung der Familienformen; der Bedeutungsgewinn von Metropolitanräumen im Vergleich zu peripheren Gebieten; Bildungsdefizite in Teilen der Bevölkerung; die Entstehung eines digitalen Grabens; sowie eine zunehmende Diskrepanz von sehr gesunden und eher krankheitsanfälligen Bevölkerungsgruppen.

** OFS, Les scénarios de l'évolution de la population de la Suisse 2010-2060, Neuchâtel, 2010.

*** Der Altersquotient ist der klassische Indikator für die demografische Alterung und gibt Aufschluss über das Verhältnis der Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind, zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Wirtschaftliche Grundlagen: Globalisierung hält an, Standortwettbewerb verschärft sich

Insgesamt wirken sich international getriebene wirtschaftliche Entwicklungstrends zunehmend auf die Schweiz aus. Exemplarisch stehen dafür etwa die *Finanz- und Wirtschaftssysteme* mit ihrer starken globalen Verflechtung und den dadurch bedingten erheblichen systemischen Risiken. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird unerlässlich, weil Herausforderungen zunehmend transnationaler Natur sind und deren Bewältigung durch einzelne Staaten rasch an Grenzen stösst. Internationale Regulierungen, Standards oder die Rechts- und Amtshilfe erlangen demzufolge etwa im Finanzbereich neue Bedeutung. Ausserdem gelangen beispielsweise in der Handelspolitik durch den vermehrten Einbezug von Entwicklungs- und Transitionsländern neue Themen wie ökologische Nachhaltigkeit oder gesellschaftliche Solidarität auf die Agenda. Insgesamt stösst die gegenwärtige Krise des Weltfinanzsystems die Debatte zur Rolle des Staats im nationalen und internationalen Wirtschaftsgeschehen neu an. Ein zentraler Punkt ist auch die Bedeutung der *Ressource Wissen*. Die Anforderungen an das Human- und Sozialkapital steigen weiter und die Bildungs- und Forschungssysteme stehen unter hohem Reformdruck. Die Qualitätsanforderungen nehmen auf allen Bildungsstufen zu und die Beschäftigung verschiebt sich zunehmend in wissensintensive und wissenschaftsgestützte Branchen. Es zeichnet sich für die Schweiz ein grosser Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ab, der nicht allein durch Rekrutierung im Ausland, sondern auch durch Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung insgesamt zu beheben sein wird.

Die Globalisierung führt auch zu einem schärferen *Standort- und Steuerwettbewerb*. Mit Blick auf den Steuerwettbewerb ist offensichtlich, dass sich Personen mit hoher Mobilität der Besteuerung heute einfacher entziehen können: Sie lassen sich einfach dort nieder, wo ihnen das günstigste Steuer-Leistungspaket offeriert wird. Die Konsequenz ist eine stärkere Belastung immobiler Personen, ein vermehrtes Hinterfragen von Staatsausgaben und eine mangelnde Finanzierung internationaler öffentlicher Güter. Zugleich entwickelt sich politisch eine Gegenbewegung, die diesen Systemwettbewerb begrenzen oder abschaffen und dafür kooperative Lösungen entwickeln will. Der Standortwettbewerb insgesamt findet mit dem Aufbrechen der Grenzen nicht mehr primär zwischen Staaten statt; vielmehr stehen verschiedene Metropolen miteinander in Konkurrenz. Die Innovationskraft und Dynamik der Schweiz geht massgeblich von den *Metropolit-*

anregionen Zürich, Basel und dem Bassin Lémanique aus. Die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik hat eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Vernetzung der dezentral besiedelten Schweiz übernommen und besitzt das Potenzial, auch künftig zur Erweiterung und Stärkung von Metropolitanräumen beizutragen. Der Lebensraum wird allerdings zunehmend belastet vom anhaltenden Trend zur Metropolisierung und zunehmender Verkehrserschliessung: Neben problematischen Landschaftsveränderungen zeigt sich, dass die derzeitige Siedlungsentwicklung in einem nicht nachhaltigen Mass erfolgt und angesichts hoher Pro-Kopf-Infrastrukturkosten auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu hinterfragen ist.

System Schweiz: Trend in Richtung sinkender Handlungsfähigkeit des Staates sowie abnehmender Leistungsfähigkeit des politischen Systems

Das politische System sowie dessen Umfeld werden zunehmend komplexer. Gleichzeitig verkürzen sich die verfügbaren Reaktionszeiten in Politik und Verwaltung. Damit einher geht ein Trend in Richtung sinkender Handlungsfähigkeit des Staates sowie abnehmender Leistungsfähigkeit des politischen Systems. Die Gründe dafür sind äusserst vielfältig und lassen sich wie folgt wiedergeben: der Einfluss internationaler Entwicklungen auf den eigenen Handlungsspielraum; die zunehmende Verschränkung von Innen- und Aussenpolitik; die steigende Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft mit ihrem professionalisierten Lobbying; die steigende Mobilität und Individualisierung der Gesellschaft, die sich etwa in einer abnehmenden Bereitschaft zum milizmässigen Dienst äussert; die wachsende staatliche Aufgabenlast und deren zunehmend schwierige Finanzierung sowie der zunehmende mediale Druck.

Die Anforderungen an die Institutionen steigen: Sie sollen Interessen umfassend berücksichtigen, eine zunehmende Zahl staatlicher Akteure koordinieren, kohärent handeln und gegenüber der Öffentlichkeit wirksam kommunizieren. Neben den Diskussionen zu Fragen wie etwa, ob das Milizparlament noch zeitgemäss ist oder welches die richtige «Governance» der Verwaltung und bundesnaher Betriebe ist, gerät besonders der Föderalismus unter Druck. Die Kantone erleiden Autonomieverluste und versuchen diese durch ausgebaute Mitwirkungsmöglichkeiten auf Bundesebene zu kompensieren. Viele dieser Entwicklungen dürften anhalten, weshalb der Anpassungsdruck auf Institutionen steigen und der Ruf nach entsprechenden institutionellen Reformen vermehrt ertönen könnte.

Teil III

Szenarien Schweiz 2025

In diesem Teil werden vier Szenarien einer Schweiz im Jahre 2025 gezeichnet. Die Zeichnungen sind wie folgt gegliedert:

- Zuerst findet sich eine Kurzübersicht zu allen vier Szenarien auf einer Seite sowie eine Tabelle mit den Schlüsselmerkmalen der einzelnen Szenarien.
- Anschliessend wird jedes Szenario einzeln beschrieben, und zwar in drei Teilen:
 - a. *Zusammenfassung*: Hier werden die wichtigsten Aspekte des Zukunftsbilds in möglichst knapper Form festgehalten.
 - b. *Das Umfeld der Schweiz*: Hier wird die Interaktion der zwei Achsen beschrieben bzw. das globale und regionale Umfeld, in dem sich die Schweiz 2025 befindet.
 - c. *Die Schweiz in ihrem Umfeld*: Hier wird die Frage «Wie hat sich die Schweiz im Jahre 2025 gegenüber ihrem globalen und regionalen Umfeld positioniert?» beantwortet.

Jedes Szenario stellt einen von unzähligen möglichen Schnappschüssen der Zukunft dar. Szenarien versuchen, die Frage «Was wäre, wenn...?» zu beantworten. Diese erzählerischen Darstellungen einer möglichen zukünftigen Situation enthalten dabei mögliche Chancen und Gefahren sowie teilweise auch Hinweise auf den Entwicklungsweg, der ausgehend von der heutigen Ausgangslage dorthin geführt haben könnte. Durch die Beantwortung der Frage «Wenn das so wäre, dann...?» werden entsprechende strategische Implikationen im Sinne von Hauptherausforderungen und möglichen Handlungsoptionen angedacht. Darüber hinaus sollen die Szenarien zu weiterführenden strategischen Überlegungen anregen. Die im Prozess gemachten Grundannahmen (wie z.B. Beitritt zum EWR und Klimaabkommen in Szenario 1 oder bevorstehender EU-Beitritt in Szenario 4) können und sollen mit der Frage «Was würde sich ändern, wenn...?» hinterfragt werden, um ein noch besseres Gespür für die mögliche Zukunft zu bekommen.

Gefolgt werden die vier Szenarien von einer Übersichtstabelle «Chancen des Zukunftsraums» und einer Übersichtstabelle «Gefahren des Zukunftsraums».^{****}

^{****} Es gilt zu beachten, dass Männer und Frauen, ältere und jüngere oder ärmere und reichere Bevölkerungsgruppen, Menschen mit Migrationshintergrund und solche ohne, Menschen mit hohem Bildungsstand und solche mit tieferem, etc., den Entwicklungen unterschiedlich stark ausgesetzt sind und nicht die gleichen Möglichkeiten haben, die verschiedenen Chancen zu nutzen bzw. die Gefahren zu minimieren. Diese Ungleichheiten gilt es zu beachten, wenn verhindert werden soll, dass daraus vermehrt soziale Spannungen folgen.

Szenarien Kurzübersicht

<p>Globale Integration / Regionale Integration</p> 	<p>Die Schweiz befindet sich in einer multipolaren Welt mit hohen Wachstumsraten, die in starken globalen Institutionen erfolgreich gesteuert wird. Der Innovationsdruck ist hoch: Das sehr dynamische Umfeld stellt hohe Ansprüche an die Anpassungs- und Veränderungsfähigkeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Politischer Bedeutungsverlust und Marginalisierung sind zentrale Herausforderungen für den Kleinstaat. Die Schweiz ist dem EWR beigetreten. Sie hat das Recht des EU-Binnenmarkts übernommen, unterhält aber gleichzeitig weltweite Freihandelsverträge. Eine von hoher Mobilität geprägte globale Identität kennzeichnet das Leben in der Schweiz. Der zunehmende gesellschaftliche Pluralismus bringt ein hohes Mass an Weltoffenheit mit sich, führt aber auch zum Verlust von gemeinsamen Werten und Identität. Fragen der Rohstoffversorgung und der Klimaerwärmung stehen weit oben auf der internationalen Agenda.</p>
<p>Globale Integration / Regionale Fragmentierung</p> 	<p>Die Schweiz befindet sich in einer Welt, in der sich der Transfer von Wirtschafts- und globaler Deutungsmacht von West nach Ost beschleunigt hat. Das latente globale Konfliktpotenzial wird mit Hilfe erfolgreich reformierter internationaler Institutionen und Gremien kanalisiert. Das regionale Umfeld der Schweiz dagegen findet seit Jahren nicht aus einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise heraus. Im globalen Rahmen hat die Schweiz ebenfalls an Attraktivität als Wirtschaftsstandort eingebüsst. Gegenüber dem regionalen Umfeld haben sich ihre komparativen Vorteile jedoch eher noch verstärkt. Da sich die Politikbereiche, welche im Rahmen der EU behandelt werden, nicht weiterentwickeln, kann die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit der EU nicht ausbauen. Allgemein ist die Schweiz bestrebt, sich verstärkt auf den asiatischen Raum auszurichten.</p>
<p>Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung</p> 	<p>Die Schweiz befindet sich in einer instabilen und unsicheren Welt mit hohem Konfliktpotenzial. Die in ständiger Konkurrenz zueinander stehenden Grossmächte verfolgen eine egoistische Aussen- und Wirtschaftspolitik. Traditionelle zwischenstaatliche Politik sowie themenspezifische und opportunistische Allianzen schwächen die internationalen Institutionen und Regelwerke. Wie andere Staaten kämpft auch die Schweiz seit mehreren Jahren erfolglos gegen ein tiefes Wirtschaftswachstum, das den sozialen Frieden gefährdet. Sie begibt sich nur dort in vertragliche Bindungen, wo diese unabwendbar erscheinen. Angesichts der schwierigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage besinnt sich die Schweiz auf traditionelle Werte wie Bescheidenheit, Genügsamkeit, Leistungswille, Solidarität und Pioniergeist.</p>
<p>Globale Fragmentierung / Regionale Integration</p> 	<p>Die Schweiz, geografisch in deren Zentrum gelegen, sieht sich einer EU gegenüber, die zur globalen Gestaltungsmacht geworden ist und die ihre Vormachtstellung mit protektionistischen Mitteln wahrt. Ausserhalb Europas hat die wirtschaftliche und politische Fragmentierung zur Bildung von regionalen Machtblöcken geführt. Weltweit findet eine Rückbesinnung auf regionale, nationale und lokale Identitäten statt. Die Dominanz der Bezüge zur EU ebnet der Schweiz den Weg zum EU-Betritt. Die Schweizer Wirtschaft, allen voran der Finanzplatz, profitiert mehrheitlich vom einheitlichen und geschützten Markt in Europa. Gleichzeitig stellt die bevorstehende vollständige Integration in die EU und die damit verbundene Wahrnehmung einer weiteren Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums die Schweiz intern vor eine grosse politische und gesellschaftliche Zerreihsprobe.</p>

Schlüsselmerkmale der Szenarien

Globale Integration / Regionale Integration



Globale Integration / Regionale Fragmentierung



Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung



Globale Fragmentierung / Regionale Integration



Globales und regionales Umfeld	Grundstimmung	Motto: «Globalität und Mobilität»	Motto: «Die Wiedergeburt Asiens»	Motto: «Rückbesinnung auf Schweizer Traditionen»	Motto: «Europa als globale Gestaltungsmacht»
	<ul style="list-style-type: none"> Global und regional: mehrheitlich optimistisch 	<ul style="list-style-type: none"> Global: gedämpft optimistisch Regional: pessimistisch 	<ul style="list-style-type: none"> Global: gedämpft optimistisch Regional: pessimistisch 	<ul style="list-style-type: none"> Global und regional: mehrheitlich pessimistisch 	<ul style="list-style-type: none"> Global: gedämpft pessimistisch Regional: mehrheitlich optimistisch
Politik	<ul style="list-style-type: none"> Multipolare Weltordnung: EU + BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) + USA Friedliches Nebeneinander von Grossmächten: geringes Konfliktpotenzial Internationale Institutionen sind relevant und werden genutzt 	<ul style="list-style-type: none"> Multipolare Weltordnung: USA Status Quo, Asien erstarkt, EU geschwächt Mehrheitlich friedliches Nebeneinander von regionalen Blöcken: beschränktes Konfliktpotenzial Internationale Institutionen sind reformiert und konsolidiert 	<ul style="list-style-type: none"> Unklare Machtverhältnisse Regionale Fragmentierung, instabile Blockbildung: hohes Konfliktpotenzial Instabile ad hoc Allianzen Internationale Institutionen sind blockiert und schwach 	<ul style="list-style-type: none"> Unipolar: EU sicher und stark, USA und Asien nur als ferne Bezugspunkte Latentes Spannungs- und Konfliktpotenzial zwischen Grossmächten und in fragilen Staaten ausserhalb der EU-Einflusszone Internationale Institutionen sind mehrheitlich blockiert 	
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Dynamisches globales Wirtschaftswachstum Hohes Risikoverhalten von Firmen Energie- und Rohstoffverknappung Zunahme der Systemrisiken 	<ul style="list-style-type: none"> Boom in Asien, Stagnation im Westen, und in der EU Staatwirtschaft gegenüber Marktwirtschaftsmodellen auf dem Vormarsch 	<ul style="list-style-type: none"> Stagnation der Weltwirtschaft Merkantilismus, Handelshemmnisse und Verstaatlichungen nehmen zu 	<ul style="list-style-type: none"> EU wächst, Welthandel stagniert Stärkung regionaler Wirtschaftskooperation, regionaler Protektionismus 	
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Globale Identitäten gestärkt Wohlstandsstreben als Hauptantrieb Verlust von gemeinsamen Werten und Heimatgefühl 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung globaler (USA, Lateinamerika, Asien) Identitäten sowie nationaler Identitäten europäischer Staaten Steigende Bedeutung asiatischer Werte Neuausrichtung auf Asien als Hauptantrieb Polarisierung zwischen verschiedenen ideellen Gruppen 	<ul style="list-style-type: none"> Nationale Identitäten dominieren Traditionelle und konservative Werte Sicherheitsstreben als Hauptantrieb 	<ul style="list-style-type: none"> Europäische und lokale Identitäten nebeneinander Konsolidierung und Vertiefung der Integration als Hauptantrieb in Europa 	
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> Funktionierendes Klimaregime durch klimapolitische Lenkungsmaßnahmen Drohende Verknappung im Energie-, Rohstoff- und Ressourcensektor 	<ul style="list-style-type: none"> Kein Klimaabkommen Beschaffungs- und Versorgungsprobleme bei Energie, Rohstoffen und natürlichen Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> Umwelt und Infrastruktur entlastet durch Wirtschaftskrisen Rohstoff- und Ressourcenkonflikte sowie protektionistische Massnahmen akzentuieren Verknappungen 	<ul style="list-style-type: none"> Aussichten auf Umweltregime intakt (treibende Kraft: EU) Rohstoff- und Ressourcenzugang für EU vorläufig gesichert 	

Schweiz in ihrem globalen und regionalen Umfeld	Grundstimmung	<ul style="list-style-type: none"> Ausrichtung als Teil Europas auf die Welt Global und mobil 	<ul style="list-style-type: none"> Ausrichtung auf Asien Polarisiert 	<ul style="list-style-type: none"> Ausrichtung auf sich selber Sicherheits- und stabilitätsbedürftig 	<ul style="list-style-type: none"> Ausrichtung auf Europa Integrations- und kooperationsbereit
Politik	<ul style="list-style-type: none"> Die Schweiz ist EWR-Mitglied Nischenprofilierung durch «Gute Dienste» Strategie-, Innovations- und Integrationsfähigkeit von zentraler Bedeutung Erhöhter Ausgabendruck bei einnahmeseitigen Restriktionen infolge internationalen Steuerwettbewerbs 	<ul style="list-style-type: none"> Politik der Opportunitäten mit variierenden Partnern Steigender finanzieller und personeller Aufwand für Aussenbeziehungen Finanzpolitische Herausforderungen bei Sozialversicherungen und Infrastrukturwettbewerben durch gesellschaftliche und regionale Verteilungskämpfe verschärft 	<ul style="list-style-type: none"> Wachstumsschwäche durch europäische Fragmentierung Hoher Wettbewerbs- und Innovationsdruck 	<ul style="list-style-type: none"> Vermeidung von Abhängigkeiten Allianzen nur wenn unvermeidbar Steigende Verschuldung Tiefes Wirtschaftswachstum verstärkt Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungen und dem Gesundheitssystem 	<ul style="list-style-type: none"> Die Schweiz ist auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft Einschränkung des Handlungsspielraums in vielen Politikbereichen Einschränkung des finanzpolitischen Handlungsspielraums durch verhaltenes globales Wirtschaftswachstum
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Verschärfter Standortwettbewerb Beschränkte Rolle des Staates Innovationsfreudiges Umfeld 	<ul style="list-style-type: none"> Wachstumsschwäche durch europäische Fragmentierung Hoher Wettbewerbs- und Innovationsdruck 	<ul style="list-style-type: none"> Tiefes Wirtschaftswachstum 	<ul style="list-style-type: none"> Weitgehender Vorteil durch einheitlichen und geschützten Markt in Europa 	<ul style="list-style-type: none"> Weitgehender Vorteil durch einheitlichen und geschützten Markt in Europa
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Stark heterogen Verlust gemeinsamer Werte und Verlust von Heimatgefühl Zunahme wirtschaftlicher, politischer, technischer Systemrisiken Integration und Bildung der Migrationsbevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> Polarisierung: arm – reich / Stadt – Land / alt – jung 	<ul style="list-style-type: none"> Rückbesinnung auf traditionelle Werte Erstarken lokaler schweizerischer Identitäten 	<ul style="list-style-type: none"> Übernahme europäischer Werte 	<ul style="list-style-type: none"> Übernahme europäischer Werte
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> Starkes Wachstum und Ausweitung der Agglomerationen und Metropolitanräume Rasch schwindende Agrarflächen und Bauland Akzentuierter Verlust an Landschaftsqualität Überlastung der Verkehrsinfrastrukturen Drohende Verknappung im Energie- und Ressourcenbereich (wegen Wachstum) 	<ul style="list-style-type: none"> Mässig fortschreitender Bodenverbrauch und Zersiedlung Infrastrukturabbau in Berg- und Randgebieten Ressourcen-, Rohstoff- sowie Energieknappheit Renationalisierung der Energiepolitik der EU fördert Engpässe bei der Strom- und Gasversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> Schwierige wirtschaftliche Lage der ländlichen Räume wegen fehlender Mittel zur flächendeckenden infrastrukturellen Substanzerhaltung Geringe finanzielle Mittel zum Erhalt der Infrastrukturen Gefährdete Energieversorgungssicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> Grenzüberschreitende Metropoliten werden politisch einflussreiche Handlungsträger Zersiedlung Einbettung in Infrastrukturprojekte der EU, Trans-europäische Netzwerke Schwache Weltwirtschaft führt zu knappen Mitteln für den Substanzerhalt der Infrastruktur Relativ hohe Energieversorgungssicherheit im europäischen Kontext 	<ul style="list-style-type: none"> Grenzüberschreitende Metropoliten werden politisch einflussreiche Handlungsträger Zersiedlung Einbettung in Infrastrukturprojekte der EU, Trans-europäische Netzwerke Schwache Weltwirtschaft führt zu knappen Mitteln für den Substanzerhalt der Infrastruktur Relativ hohe Energieversorgungssicherheit im europäischen Kontext

Szenario 1: Globale Integration / Regionale Integration



Die Schweiz befindet sich in einer multipolaren Welt mit hohen Wachstumsraten, die in starken globalen Institutionen erfolgreich gesteuert wird. Der Innovationsdruck ist hoch: Das sehr dynamische Umfeld stellt hohe Ansprüche an die Anpassungs- und Veränderungsfähigkeit von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Politischer Bedeutungsverlust und Marginalisierung sind zentrale Herausforderungen für den Kleinstaat. Die Schweiz ist dem EWR beigetreten. Sie hat das Recht des EU-Binnenmarkts übernommen, unterhält aber gleichzeitig weltweite Freihandelsverträge. Eine von hoher Mobilität geprägte globale Identität kennzeichnet das Leben in der Schweiz. Der zunehmende gesellschaftliche Pluralismus bringt ein hohes Mass an Weltoffenheit mit sich, führt aber auch zum Verlust von gemeinsamen Werten und Identität. Fragen der Rohstoffversorgung und der Klimaerwärmung stehen weit oben auf der internationalen Agenda.

Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Integration / Regionale Integration

Auf der Welt herrscht allgemein eine positive Stimmung vor: Grosse Teile der Menschheit erleben einen Anstieg ihres Wohlstandsniveaus und glauben daran, dass friedliches Zusammenleben langfristig möglich ist. Daran können auch die vermehrten Warnrufe von Wirtschaftsexpertinnen und -experten nichts ändern, die vor einer Überhitzung der Wirtschaft und neuen Finanzkrisen warnen. Generell hat die Verwundbarkeit der Gesellschaft aufgrund von wirtschaftlichen, technischen und politischen Systemrisiken zugenommen. Gewaltphänomene wie der transnationale Terrorismus sind nicht verschwunden, aber ihre Anziehungskraft ist vor dem Hintergrund des globalen Wirtschaftswachstums schwächer geworden.

Das Umfeld der Schweiz ist geprägt von dynamischem Wirtschafts- und Wohlstandswachstum sowie stabilen politischen Verhältnissen. Die Weltordnung ist multipolar: Die USA sind ein zentraler weltpolitischer Akteur geblieben. Gleichzeitig haben sich aber Wohlstand und wirtschaftliche Macht vermehrt hin zu den ehemaligen Schwellenländern und aufstrebenden Märkten verschoben. Den globalen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen wird im Rahmen bestehender internationaler Institutionen und Regelwerke mehrheitlich erfolgreich begegnet. Auch Europa ist dank der gemeinsamen Aussen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sowie einer innovativen Wirtschaft in wirtschaftlicher und machtpolitischer Hinsicht ein

wichtiger Akteur im internationalen Umfeld geworden. Die Europäische Union hat ihre institutionellen Reformen erfolgreich vorangetrieben. Es konnte eine mehrheitsfähige Balance zwischen nationalstaatlichen Interessen und supranationalem Mehrwert gefunden werden. Durch die grössere Transparenz im EU-System geniesst die EU bei den Bürgerinnen und Bürgern grössere Akzeptanz.

Die Menschheit wird zunehmend durch die Frage herausgefordert, ob der Weg in eine nachhaltige Zukunft rechtzeitig und konsequent eingeschlagen wurde. Ein Klimaabkommen, das in einem Mehrstufenansatz eine Reduktion der Treibhausgase bis 2050 um rund 60 Prozent anstrebt, besteht seit einigen Jahren. 2025 sind aber noch kaum positive Effekte dieser globalen Klimapolitik zu spüren. Dagegen häufen sich heftige Wetterereignisse und Umweltkatastrophen. Zwar besteht die Hoffnung, dass sich die Weltwirtschaft aufgrund technologischer Innovationen in den Bereichen Informationstechnik, Wasserstoff und Nanotechnologie in Richtung einer nachhaltigen Zukunft bewegt. Allerdings scheint es wahrscheinlicher, dass auch ein energisches Umsetzen von Umweltschutz- und Effizienzstandards keine langfristige Trendwende, sondern höchstens eine temporäre Abmilderung der globalen Klima- und Ressourcenprobleme bewirken kann. Das rasante Wachstum beschleunigt die Verknappung von Rohstoffen, Energie und Humankapital und erhöht den Erneuerungs- und Ausbaubedarf der Infrastrukturnetze zusehends. Aufgrund der sich abzeichnenden Ressourcen-, Rohstoff- und Energieknappheit weltweit findet zunehmend ein Wohlstandstransfer zu ressourcenreichen Ländern statt.

Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Integration / Regionale Integration

Die Schweiz ist aktiv bemüht, mit dem dynamischen Umfeld Schritt zu halten. Die fortschreitende Globalisierung wird von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern mehrheitlich als Chance wahrgenommen. Die Schweiz gilt weiterhin als Modell für die friedliche Integration von unterschiedlichen Sprach- und Bevölkerungsgruppen. Doch auch wenn ihr Image als gut gilt, hat das Gewicht der Schweiz im internationalen Kontext weiter abgenommen. Während die Wirtschaft lange vom eingeschlagenen Sonderweg profitieren konnte, ist die Schweiz politisch immer stärker unter Druck geraten. Der EWR-Beitritt im Jahre 2019 hat zwar eine gewisse Abschwächung des äusseren Drucks bewirkt, jedoch keine Trendumkehr: Die Anfälligkeit gegenüber politischem Druck von aussen bleibt hoch. Die zunehmende Komplexität der Problemstellungen in einer globalisierten Welt erschwert die Strategiefindung im nationalstaatlichen Rahmen zunehmend. Politik und Gesellschaft messen denn auch der Erhöhung der Strategie-, Innovations- und Integrationsfähigkeit des Kleinstaates höchste Priorität zu.

Der globale Standortwettbewerb verschärft sich unvermindert. Der Staat konzentriert sich darauf, günstige Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Der EWR-Beitritt hat die Behinderungen des Zugangs zum europäischen Markt beseitigt. Aufgrund der zunehmenden Wettbewerbsintensität beschleunigt sich der Strukturwandel in der Schweiz. Die günstige Wirtschaftslage, die hohe Konsumneigung und die Nachfrage nach immer ausdifferenzierteren und massgeschneiderten Produkten wird durch ein innovationsfreudiges Umfeld gefördert. Die Schweiz hat den Wandel zur Wissensgesellschaft frühzeitig angepackt. Schweizerische Hochschulen sind europaweit führend und in internationalen Netzwerken gut positioniert. Auch die Wirtschaft ist international vernetzt und in Märkten, wo hohe Spezialisierung und viel Knowhow gefragt ist, sehr präsent. Gleichzeitig bestehen hohe Erwartungen des Auslands an den Finanzplatz Schweiz, zum Beispiel im Bereich der Solidaritätsbeiträge. Firmen legen häufig ein hohes Risikoverhalten an den Tag, und verstärkte Wirtschaftskriminalität ist ein ernstzunehmendes Problem.

Weltweit herrscht ein hoher Konkurrenzkampf um gut qualifizierte Führungskräfte. Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Berufswelt verbessert sich, weil sich

die verschiedenen Sektoren bei der Einstellung von gut qualifizierten Führungskräften konkurrenzieren. Frauen und Männer sind jedoch, je nach Bildungsniveau und familiären Verpflichtungen, den verschiedenen Risiken unterschiedlich stark ausgesetzt und haben nicht die gleichen Möglichkeiten, von den verschiedenen Chancen zu profitieren. Die Schweiz ist noch stärker als früher auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Das Bevölkerungswachstum hält dank der Migrationsbevölkerung an, und die Bevölkerung wird zunehmend heterogener. Die Integration der Zuwandernden und die Bildung benachteiligter Gruppen bleiben zentrale Herausforderungen. Diese Unterschiede müssen berücksichtigt werden, damit ein Anstieg der möglicherweise entstehenden sozialen Spannungen verhindert werden kann. Das Pensionierungsalter wurde in mehreren Schritten von 65 auf 70 Jahre erhöht, um einerseits die Veränderung der Altersstruktur und andererseits die Bedürfnisse der Wirtschaft zu berücksichtigen.

Die Globalisierung geht mit einer verstärkten Mobilität einher, der Gesundheitssektor muss ständig auf neue Pandemien vorbereitet sein. Patienten und Patientinnen nehmen angesichts steigender Kosten vermehrt Leistungen im Ausland in Anspruch. In dieser von Wohlstand geprägten Welt bestehen lokale, regionale und globale Identifikationsräume nebeneinander. Für karrierebewusste Menschen in der Schweiz steht die globale Identität, verknüpft mit einer sehr hohen Mobilität, im Mittelpunkt. Andere Bevölkerungsgruppen wiederum kritisieren den Verlust gemeinsamer Werte und eines sinnstiftenden Heimatgefühls. Die Gräben zwischen denjenigen, die an der Globalisierung teilhaben und davon profitieren, und jenen, die dies nicht können oder wollen, vertiefen sich und führen teilweise zu auch gewalttätig ausgetragenen inneren Konflikten.

Nachhaltiges Engagement im Bereich Klima und erneuerbare Energie hat zu einer leicht höheren Versorgungssicherheit und geringeren geopolitischen Abhängigkeiten geführt.

Der Metropolisierungsprozess sowie Zersiedlung und Bodenverbrauch haben sich wegen des hohen Wirtschaftswachstums beschleunigt. Dieses, gekoppelt mit einem weiteren Anwachsen der Bevölkerung, hat die Nachfrage nach Infrastrukturleistungen weiter anschwellen lassen, sodass insbesondere die Verkehrsinfrastrukturen arg strapaziert werden. Trotz hohen Umweltbewusstseins in der Bevölkerung haben sich Landschaftsqualität und Biodiversität weiter verschlechtert.

Szenario 2: Globale Integration / Regionale Fragmentierung



Die Schweiz befindet sich in einer Welt, in der sich der Transfer von Wirtschafts- und globaler Deutungsmacht von West nach Ost beschleunigt hat. Das latente globale Konfliktpotenzial wird mit Hilfe erfolgreich reformierter internationaler Institutionen und Gremien kanalisiert. Das regionale Umfeld der Schweiz dagegen findet seit Jahren nicht aus einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise heraus. Im globalen Rahmen hat die Schweiz ebenfalls an Attraktivität als Wirtschaftsstandort eingebüsst. Gegenüber dem regionalen Umfeld haben sich ihre komparativen Vorteile jedoch eher noch verstärkt. Da sich die Politikbereiche, welche im Rahmen der EU behandelt werden, nicht weiterentwickeln, kann die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit der EU nicht ausbauen. Allgemein ist die Schweiz bestrebt, sich verstärkt auf den asiatischen Raum auszurichten.

Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Integration / Regionale Fragmentierung

Ausserhalb Europas sind verschiedene regionale Mächte wirtschaftlich und politisch erstarkt. Die Weltordnung ist multipolar. Der Transfer von Wirtschafts- und globaler Deutungsmacht von West nach Ost hat sich beschleunigt. Das Modell des Staatskapitalismus hat die Anziehungskraft der westlichen Marktwirtschaften mitsamt deren Demokratiemodell geschwächt. Die Welt wird zunehmend von einem Club der Mächtigen gestaltet: Die Kooperation zwischen den Grossmächten spielt sich in exklusiven Gremien ab. Kleinere Staaten schliessen sich regionalen Blöcken an oder versuchen, sich als «Nischenakteure» zu etablieren. Die Grossmächte sind bemüht, das latente Konfliktpotenzial mit Hilfe starker Institutionen und Gremien zu kanalisieren und optimale Voraussetzungen für das Verhindern von Marktversagen und für weltweites Wirtschaftswachstum zu schaffen. Bevölkerungsreiche Staaten wie China und Indien gehören zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Globalisierung. Die neu gebildete Koalition der am wenigsten entwickelten Länder kann den Anliegen der Globalisierungsverlierer aber verstärkt Geltung verschaffen. Ein solidarischer Ausgleich findet jedoch weniger zwischen, sondern vielmehr innerhalb der regionalen Blöcke statt.

Das regionale Umfeld der Schweiz befindet sich in einer anhaltenden Krise. Die Grundstimmung innerhalb der EU ist pessimistisch. Der europäische Gedanke hat auch

bei den Eliten an Glanz verloren. Zwar befindet sich der Integrationsstand im Vergleich zu anderen regionalen Blöcken noch immer auf relativ hohem Niveau, doch führen der Reformrückstand gewisser Mitgliedstaaten, Währungsverfall, wirtschaftliche Stagnation und rapider Ansehensverlust der Institutionen zu fortschreitenden Zerfallserscheinungen. Der Substanzverlust der EU resultiert insgesamt in einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber Asien und Nordamerika. Die Krise der nationalen politischen und sozialen Systeme belastet das Verhältnis der Bürger zur EU. Eine Rückbesinnung auf nationale Werte und Identitäten ist feststellbar. Europa entsolidarisiert sich: Reiche Länder sind über die vertraglich festgelegten Bestimmungen hinaus nicht mehr bereit, für ärmere Länder zu zahlen. Nord-Süd- und Ost-West-Gegensätze haben innerhalb Europas zugenommen. Die Fähigkeit, die Schuldenkrise zu überwinden, die sich als Folge der Finanzkrise und der Überlastung der Sozialwerke immer stärker zuspitzte, ist eingeschränkt.

Die Ausbeutung und Verschmutzung der Umwelt ist weit fortgeschritten. Obwohl die Ressourcenproblematik aufgrund technischer Innovationen und Effizienzsteigerungen nicht so stark ist, wie noch vor fünfzehn Jahren prognostiziert, verschärft sich der Wettbewerb um knappe Ressourcen zusehends. Noch werden Ressourcenkonflikte gewaltfrei und über internationale Gremien ausgetragen – auch um die Preise unter Kontrolle zu halten. In Zukunft bergen sie jedoch ein hohes Konfliktpotenzial.

Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Integration / Regionale Fragmentierung

Die Schweiz ist mit dem Schicksal Europas aufs Engste verbunden. Die Krise der EU und die gleichzeitige Dynamik des globalen Umfelds setzen die Schweiz unter hohen Wettbewerbs- und Innovationsdruck. Wirtschaftlich ist die Schweiz im Vergleich zu ihren Nachbarn zwar noch immer ein Erfolgsmodell. Auch bleibt sie attraktiv für EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie für Firmen, die in ihren Herkunftsländern zu vielen Restriktionen ausgesetzt sind. Doch stellt die regionale Krise die Schweiz aufgrund ihrer hohen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtung mit Europa vor grosse Herausforderungen. Da sich die Politikbereiche, welche auf der europäischen Ebene behandelt werden, nicht weiterentwickeln, kann die Schweiz ihre Zusammenarbeit mit der EU nicht ausbauen. Der Aufwand für die Ausgestaltung der bilateralen regionalen und globalen Beziehungen nimmt stark zu. Die Erwartungen der Schweizer Bevölkerung an den Staat sind angesichts der unsicheren europäischen Situation gross. Auch die Wirtschaft blickt in Zeiten grosser Unsicherheit vermehrt zum Staat. Die Strategie- und Handlungsfähigkeit des Bundes ist aber eingeschränkt: Neben knappen Finanzmitteln sind es vor allem rasch wechselnden Koalitionen mit variierenden Partnern, die den Handlungsspielraum des Bundes verkleinern.

Die Schweiz ist – wie eine ganze Reihe von anderen Staaten – aktiv bemüht, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Asien und dem pazifischen Raum zu vertiefen. Das Mitwirken in einer Koalition aus «handelsoffenen» kleinen und mittelgrossen asiatischen und lateinamerikanischen Staaten hat bisher aber nicht den erwarteten Aufschwung gebracht. Trotz der globalen Ausrichtung ist das Wachstum gering, vor allem weil die Exporte in die EU auf einem niedrigen Niveau verharren. Während sich gewisse spezialisierte Wirtschaftszweige gut auf den internationalen Märkten positionieren konnten, leiden andere unter dem massiven Druck asiatischer und lateinamerikanischer Konkurrenten. Insgesamt verstärken sich die sozio-ökonomischen Ungleichheiten. Trotz gestiegener Arbeitslosigkeit halten die schweizerischen Unternehmungen an der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU/EFTA-Raum fest.

Im Bildungsbereich hat es die Schweiz nur teilweise geschafft, mit der internationalen Spezialisierung und der Verschärfung des Wettbewerbs mitzuhalten. Massnahmen zur Stärkung der Qualität und Konkurrenzfähigkeit des schweizerischen Bildungssektors wurden erst vor einigen Jahren eingeleitet und haben noch nicht zu

spürbaren Verbesserungen geführt. Die Zuwanderung von Fachkräften aus Asien konzentriert sich auf wenige spezialisierte und konkurrenzfähige Wirtschaftssektoren und Forschungsbereiche. Schweizer Ingenieure, Umweltnaturwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen sowie Architektinnen und Architekten sind in Asien sehr gefragt, sodass eine gewisse ‚Brain circulation‘ entsteht. Diese bleibt aber unter den Erwartungen. Insgesamt ist die Neuausrichtung der Schweizer Wirtschaft auf das strategisch zentrale Asien nur teilweise geglückt.

Die demografische Alterung der Schweizer Bevölkerung und die unterschiedliche Entwicklung der Infrastrukturen zwischen Stadt und Land fordern die nationale Kohäsion heraus. Die Gräben innerhalb der schweizerischen Bevölkerung sind tief, und soziale Spannungen nehmen zu. Diese werden durch sozialpolitische Fragestellungen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Sozialwerke (Erhöhung der AHV-Beiträge, Senkung des Umwandlungssatzes) und des Gesundheitssystems verschärft. Die Konfliktlinien sind vielschichtig und verlaufen zwischen Alten und Jungen, Gebildeten und Ungebildeten, sozial Schwachen und Starken sowie zwischen neuen und etablierten Migrantinnen und Migranten. Es entwickeln sich versteckte Verteilungskämpfe, die Ressentiments gegen wirtschaftlich erfolgreiche Gruppen schüren. Sowohl Arbeitslose als auch beruflich Ambitionierte werden gesellschaftlich zusehends ausgegrenzt.

Die Schweiz kann die komparativen Vorteile, die sich aus ihrer Rolle als Verkehrs- und Energiedrehscheibe im Zentrum Europas ergeben, nur noch teilweise nutzen. Knappe Finanzmittel führen dazu, dass beim Unterhalt der stark beanspruchten Infrastrukturen gespart wird. Besonders schwierig gestaltet sich die Lage des Strommarkts. Er ist zersplittert und die Probleme im Zusammenhang mit Engpässen und einer alternden Infrastruktur haben stark zugenommen. Die Weiterentwicklung der gemeinsamen Energiepolitik der EU-Staaten ist blockiert, wodurch die schweizerische Position im internationalen Ressourcenverteilungskampf ebenfalls geschwächt wird. Angesichts der internationalen Kartellbildung ist die Schweiz vermehrt mit Beschaffungs- und Versorgungsproblemen konfrontiert. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an internationalen Anstrengungen zur Bewältigung von Umweltproblemen und insbesondere der Klimaproblematik. Dabei geht es auch um die wirtschaftliche Positionierung im Cleantech-Bereich, die man durch internationale Abkommen weiter zu stärken hofft. Der Metropolisierungsprozess, Zersiedlung und Bodenverbrauch gehen, wenn auch im Vergleich zum Zustand vor 15 Jahren leicht abgeschwächt, weiter.

Szenario 3: Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung



Die Schweiz befindet sich in einer instabilen und unsicheren Welt mit hohem Konfliktpotenzial. Die in ständiger Konkurrenz zueinander stehenden Grossmächte verfolgen eine egoistische Aussen- und Wirtschaftspolitik. Traditionelle zwischenstaatliche Politik sowie themenspezifische und opportunistische Allianzen schwächen die internationalen Institutionen und Regelwerke. Wie andere Staaten kämpft auch die Schweiz seit mehreren Jahren erfolglos gegen ein tiefes Wirtschaftswachstum, das den sozialen Frieden gefährdet. Sie begibt sich nur dort in vertragliche Bindungen, wo diese unabwendbar erscheinen. Angesichts der schwierigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage besinnt sich die Schweiz auf traditionelle Werte wie Bescheidenheit, Genügsamkeit, Leistungswille, Solidarität und Pioniergeist.

Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung

Die Welt ist durch Instabilitäten und Unsicherheiten geprägt. Klare Machtverhältnisse fehlen, und globale Institutionen und Regelwerke haben nur eine geringe Bedeutung. Die in Konkurrenz zueinander stehenden Grossmächte verfolgen eine rücksichtslose Aussen- und Wirtschaftspolitik und gründen themenspezifische und opportunistische Koalitionen, die bei Bedarf wieder aufgelöst werden. Das inner- und zwischenstaatliche Konfliktpotenzial ist hoch. In vielen Staaten sind Rechtsstaatlichkeit, freie Medien, Schutz des Privateigentums, starke Parteien und eine verantwortliche, rechenschaftspflichtige Regierung gefährdet. Grenzüberschreitend agierende Terrorgruppen und die unkontrollierte Verbreitung von ABC-Waffen erhöhen weltweit die Unsicherheit. Zusätzlich stellt der instabile Zustand der Weltwirtschaft eine chronische Spannungsquelle dar. Das globale Wirtschaftswachstum ist begrenzt und ungleich verteilt. Einzelne Rohstoffe werden von Ländern monopolisiert, die sich den Zugang zu Rohstoffen sichern und ihre internationale Position stärken wollen. Der Kampf um den Zugriff auf die Rohstoffe und Ressourcen geht mit Protektionismus und Handelshemmnissen zwischen den Ländern einher. Wirtschaftliche Abkommen werden nur bei unmittelbarem Nutzen für die Beteiligten geschlossen. Grosse Teile der Menschheit sind resigniert, desillusioniert und teilweise auch radikalisiert.

Auch Europa ist aufgrund innerer Fragmentierung kein kohärent auftretender Akteur. Interessendiver-

genzen und Leistungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten haben zugenommen und die Verteilungskämpfe haben sich zugespitzt. Wegen mangelnder Flexibilität, zunehmender Alterung und der Schuldenproblematik stagnieren die Volkswirtschaften Europas. Gewisse Länder stehen aber weit besser da als andere, weil sie frühzeitig die Schulden abgebaut und die Sozialwerke saniert haben. Angesichts der zunehmenden Alterung ist der europäische Wirtschaftsraum zunehmend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen, was nach einer gezielten Einwanderungsstrategie verlangt.

Interessengeleitete und selektive Koalitionen dominieren zunehmend auch die politische Landschaft Europas. Die Aussen- und Sicherheitspolitik wurde teilweise renationalisiert, und auch die NATO hat als transatlantisches Konsultationsgremium an Bedeutung verloren. Allerdings sind kriegerische Auseinandersetzungen zwischen europäischen Staaten weiterhin unwahrscheinlich, wenn auch nicht völlig auszuschliessen. Funktionale und technische Zusammenarbeit wird weiterhin betrieben, wenn auch auf tiefem Niveau.

Das beschränkte Wachstumspotenzial insgesamt führt dazu, dass sich die Verknappung von Ressourcen etwas verlangsamt hat. Hingegen führt die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage dazu, dass Umweltthemen weit hinten in den politischen Agenden rangieren, was das Risiko von Umweltkatastrophen erhöht. Auch der Aufbau respektive die Sanierung der Infrastrukturen bleibt zurück und verstärkt so die Wachstumsschwäche in vielen Regionen.

Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung

Die schweizerische Identität beruft sich auf den «Sonderfall Schweiz», der für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität steht. Die Schweiz begibt sich nur dort in vertragliche Bindungen, wo diese unabwendbar erscheinen. Das innere und äussere Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft dominiert die politische Debatte. Die Vermittlung eines angemessenen Sicherheitsgefühls durch den Staat wird daher als Hauptaufgabe der Politik angesehen. Allerdings macht sich in der Bevölkerung aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation eine zunehmende Unzufriedenheit gegenüber den staatlichen Institutionen bemerkbar, die als träge und wenig leistungsfähig empfunden werden. Der Reformdruck auf das politische System der Schweiz ist hoch. Der Bund ist nur teilweise strategiefähig und häufig gelähmt, da Partikularinteressen einzelner Gruppierungen und mangelnder Rückhalt für eine als bürgerfern empfundene Politik in der Bevölkerung keine wegweisenden Entscheide zulassen. Unter dem Leitsatz «Grundversorgung» werden flächendeckend zur Verstärkung des regionalen Ausgleichs Infrastrukturangebote realisiert, unabhängig von der Nachfrage. Die Schweizer Wirtschaft stagniert seit mehreren Jahren. Zwar konnte ein begrenzter Zugang zu den wichtigsten Absatzmärkten aufrechterhalten werden. Die Handelshemmnisse in Europa und die Bildung globaler Blöcke behindern aber einen verlässlichen Aussenhandel zunehmend. Die globale Arbeitsteilung von Forschung, Entwicklung und Produktion ist in einer fragmentierten Welt nur noch unter erschwerten Bedingungen aufrecht zu erhalten. Produktions- und Forschungsstandorte richten sich zunehmend auf regionale und lokale Märkte aus. Die Schweiz versucht der Abwanderung von Forschung und Entwicklung mit einem umfassenden staatlichen Investitionsprogramm entgegenzuwirken.

Breite Schichten der schweizerischen Bevölkerung fürchten sich vor einem Verlust des Arbeitsplatzes und vor der Erwerbslosigkeit. Der abnehmende Wohlstand und

die unsichere Zukunft wirken sich negativ auf den Gesundheitszustand der schweizerischen Bevölkerung aus. Ältere und kranke Menschen werden wieder vermehrt zu Hause gepflegt. Da diese Entwicklung primär aus Kostengründen erfolgt, ist sie allerdings nicht stabil. Die Übernahme unbezahlter Care-Arbeit ist nicht mehr mit nachteiligen Folgen für die Laufbahn und die individuelle soziale Absicherung verbunden. Weitere gezielte Massnahmen in der Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik sind geplant, um die unbezahlte Care-Arbeit besser auf die Geschlechter zu verteilen. Auch haben die Kantone ihr Steuerrecht 2024 zugunsten der Familien angepasst (Kinderabzug, Bildungskosten abzugsberechtigt). Die wirtschaftlich schwierige Situation und die Entstehung einer grossen Schicht relativ armer Leute gefährdet den sozialen Frieden in der Schweiz. Die gesellschaftlichen Gräben akzentuieren sich, und die sozialen Spannungspotenziale nehmen zu. Es ist offen, inwieweit der gesellschaftliche Zusammenhalt über eine Stärkung traditioneller Werte wie Bescheidenheit, Genügsamkeit, Leistungswille, Solidarität und Pioniergeist wieder gestärkt werden kann.

Die steigenden und stark schwankenden Rohstoff- und Energiepreise erzeugen in der Schweiz einen Druck zur starken Steigerung der Nutzungseffizienz. Gleichzeitig wird die Nutzung der einheimischen Ressourcen, wie etwa des Waldes, stark intensiviert, was wie im 19. Jahrhundert da und dort Übernutzungen und steigende Naturgefahren zur Folge hat. Gleichzeitig verlieren Politiken wie Umweltschutz oder Raumplanung an Gewicht. Trotz an sich geringeren Nutzungsdrucks infolge abgeschwächter wirtschaftlicher Entwicklung steigt der Bodenverbrauch. Im Infrastrukturbereich kämpft die Schweiz darum, die Verkehrsnetze trotz schwindender finanzieller Ressourcen funktionstüchtig zu halten. Zwar gewinnt die Schweiz wegen des geringeren Einflusses der EU theoretisch an Handlungsfreiheit, gleichzeitig erschwert dem stark verflochtenen Land der abgeschwächte Ordnungsrahmen die Wahrung seiner Interessen im Infrastrukturbereich gegenüber seinen Nachbarn.

Szenario 4: Globale Fragmentierung / Regionale Integration



Die Schweiz, geografisch in deren Zentrum gelegen, sieht sich einer EU gegenüber, die zur globalen Gestaltungsmacht geworden ist und die ihre Vormachtstellung mit protektionistischen Mitteln wahrt. Ausserhalb Europas hat die wirtschaftliche und politische Fragmentierung zur Bildung von regionalen Machtblöcken geführt. Weltweit findet eine Rückbesinnung auf regionale, nationale und lokale Identitäten statt. Die Dominanz der Bezüge zur EU ebnet der Schweiz den Weg zum EU-Betritt. Die Schweizer Wirtschaft, allen voran der Finanzplatz, profitiert mehrheitlich vom einheitlichen und geschützten Markt in Europa. Gleichzeitig stellt die bevorstehende vollständige Integration in die EU und die damit verbundene Wahrnehmung einer weiteren Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums die Schweiz intern vor eine grosse politische und gesellschaftliche Zerreihsprobe.

Globales und regionales Umfeld der Schweiz im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Integration

Die Welt zeichnet sich durch wechselnde Koalitionen und eine starke Tendenz zu politischer und wirtschaftlicher Regionalisierung aus. Die USA haben sich von ihrer Rolle als globale Ordnungsmacht verabschiedet. Nach mehreren verlustreichen, sehr teuren und nur teilweise erfolgreichen Militäreinsätzen machten sich in der amerikanischen Öffentlichkeit zunehmend isolationistische Tendenzen bemerkbar. In der Folge konzentrierte sich Washington zunehmend auf die Absicherung des unmittelbaren Umfeldes in Nord- und Mittelamerika. Der globale Multilateralismus ist gescheitert. Die globalen Institutionen sind aufgrund divergierender Grossmachtsinteressen blockiert und haben aufgrund von Handlungsunfähigkeit an Bedeutung verloren. Als Folge eines zunehmenden Rohstoff- und Ressourcennationalismus herrscht ein hohes Spannungs- und Konfliktpotenzial zwischen den Grossmächten und innerhalb von fragilen Staaten. Bewaffnete Konflikte spielen sich in Staaten oder Regionen mit schwachen staatlichen Strukturen ab. Dabei stehen sich staatliche und nichtstaatliche Akteure gegenüber. Die Folgen derartiger Konflikte in der Form von Migration, organisierter Kriminalität und volatilen Rohstoffpreisen sind weltweit zu spüren.

Wirtschaftlicher Nationalismus und Protektionismus lähmen den internationalen Handel. Schuldenprobleme, hohe Arbeitslosigkeit sowie schwankende Rohstoffpreise und Wechselkurse sind das Resultat von Rezes-

sionen und Weltwirtschaftskrisen. Inflation, ungerechte Einkommensverteilung und Korruption beeinträchtigen die soziale Stabilität in vielen Ländern. Eine nachhaltige Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise in Form einer globalen Regulierung der Finanzmärkte oder einer gemeinsamen Währungs- und Finanzpolitik sind unter diesen Umständen stark erschwert. Regionale Wirtschaftskooperationen erstarken im Gegenzug.

Einzig die erweiterte Europäische Union hat an globalem Profil gewonnen. Sie ist aufgrund ihres politischen und ökonomischen Gewichts zu einer globalen Gestaltungsmacht geworden und hat sich dabei immer deutlicher vom Selbstverständnis einer reinen Zivilmacht verabschiedet. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und militärisches Potenzial bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. Mittels weiterer Reformen der EU-Verträge ist die EU um föderative Elemente ergänzt worden, wodurch die europäischen Institutionen auch in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten gut verankert sind. Europäische, regionale und lokale Identitäten wachsen zusehends zusammen und ergänzen sich gegenseitig. Die neuen Aufgaben und die neue Rolle als globale Gestaltungsmacht haben der EU ein neues Selbstvertrauen gegeben. Der Binnenmarkt ist gross und floriert. Es entstehen aber regelmässig Wachstumshemmungen, weil die Sanierung und Erneuerung der Infrastrukturen nicht mit der wirtschaftlichen Prosperität mithält. Auch besteht ein sehr hoher Migrationsdruck auf die EU, der mit einer Zunahme von Menschenhandel und -schmuggel, Fremdenfeindlichkeit und grösseren Herausforderungen bei der Integration einhergeht.

Umwelt- und Klimafragen werden in Europa hoch gewichtet, fristen aber in den meisten anderen Regionen eher ein Schattendasein. Insgesamt erfährt die von Europa vorangetriebene Lösungssuche für die Rohstoff-, Ressourcen-, Umwelt- und Klimafragen aufgrund geschwächter internationaler Institutionen zahlreiche Rückschläge.

Die Schweiz 2025 im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Integration

Die Schweiz ist auf dem Weg zum Beitritt zur EU, die nach grundlegenden institutionellen Reformen und aufgrund mangelnder Alternativen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine zentrale und zunehmend attraktive Partnerin ist. Politisch blieb die Frage lange Zeit umstritten, ob das politische Mitbestimmungsrecht den Verlust des nationalen Selbstbestimmungsrechts aufzuwiegen vermag oder nicht. Als Folge des anstehenden EU-Beitritts hat sich der Reformdruck auf die schweizerischen Institutionen markant erhöht. Der Konflikt zwischen direkter Demokratie und EU-Recht konnte nicht vollständig gelöst werden. Es zeichnen sich juristische und administrative Grabenkämpfe zwischen den Institutionen der EU und denjenigen der Schweiz ab. Viele Kantone tun sich schwer mit der Integration in die EU. Sie fürchten eine schleichende politische Marginalisierung gegenüber dem Bund und eine Degradierung zu Vollzugsbehörden. Die Dominanz der politischen Agenda durch europäische Belange könnte zu einer Vernachlässigung lokaler und regionaler Aspekte führen.

Die Schweizer Wirtschaft hat von der verstärkten Bewegung hin zur europäischen Integration grösstenteils profitiert. Allerdings gibt es zwei gegenläufige Trends in Bezug auf den Strukturwandel: Während gewisse Sektoren durch die vollständige Öffnung des europäischen Marktes unter Druck kamen, profitierten andere Sektoren von der Abschottung vom globalen Markt. Generell hat die Schweizer Wirtschaft aber ihren Platz in der EU gefunden: Die Banken und der Finanzplatz Schweiz unterstehen den EU-Regulierungen. Wider Erwarten hat dies den Standort gestärkt und nicht geschwächt. Zürich und London sind die Finanzzentren Europas, im Bereich Expertise und Innovation im Finanzbereich ist Zürich führend. Gleichzeitig hat die Schweiz die Entwicklung neuer Sektoren (erneuerbare Energien/Green Technology) vorangetrieben, in denen die Nachfrage aber erst in einigen Jahrzehnten wirklich gross sein wird. Der Fokus der Schweiz auf erneuerbare Energien ist sowohl wirtschaftlich erklärbar als auch wegen der gefühlten

Umweltbeeinträchtigung in der Schweiz. Der erwartete Gewinner der vollständigen Integration in den europäischen Markt ist der Energiesektor, denn die Bedeutung der Schweiz als Drehscheibe für Energietransporte und die Wasserkraftversorgung Europas ist noch gestiegen. Im Elektrizitätssektor treten allerdings bereits die ersten Versorgungsempässe in der Schweiz und in Europa auf.

Die Werte der Schweiz gleichen denen Europas mehr und mehr. In der schweizerischen Bevölkerung verbreitet sich verstärkt eine europäische Identität. Speziell die jungen Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich vermehrt auch als Europäerinnen und Europäer und leben dies durch eine verstärkte europäische Mobilität. Andere Bevölkerungsschichten beklagen den Verlust des kleinräumigen Systems als Identifikationsraum. Gleichzeitig findet eine starke Ausgrenzung von Nicht-Europäischem statt. Dank einer starken Familienpolitik, der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und hohen Steuererleichterungen für Paare mit Kindern haben sich mittlere Geburtenraten etabliert. Durch Fortschritte in Medizin und Pflege verlängert sich die Lebenserwartung der Bevölkerung weiter, und die Frage der Generationensolidarität akzentuiert sich.

Die anstehende EU-Mitgliedschaft bringt insbesondere auch im Infrastrukturbereich grosse Veränderungen mit sich. Die ursprünglich spezifischen Funktionen gewidmeten Infrastrukturnetze sind infolge des technologischen Fortschritts längst zu einem komplexen und grenzüberschreitenden System zusammengewachsen, was sowohl Chancen (Effizienzgewinne) als auch Gefahren (verstärkte Abhängigkeit und Verletzlichkeit) birgt. Dem vollständigen schweizerischen Anschluss an europäische Infrastrukturnetze (Energie, Schienenverkehr, Strassenverkehr, Luftverkehr etc.) steht nichts mehr entgegen. Die letzten Zugangsbeschränkungen zum europäischen Markt und zu Netzen sind aufgehoben. Im Gegenzug hat sich der Liberalisierungsdruck auf die Sektoren Elektrizität, Gas, Schienenverkehr, Post und Telekommunikation erhöht, mit den dazugehörigen Entlassungen und der Zentralisierung von Dienstleistungen. Im Schienenverkehr werden die Hauptnetze mit Bedeutung für den gesamteuropäischen und nationalen Schienenverkehr ausgebaut, während die Verantwortung für regionale Nebennetze dezentralisiert wird. Die Zersiedelung in der Schweiz schreitet rasch voran. Auch ist die Belastung der Infrastrukturnetze generell stark gestiegen. Der finanzielle Aufwand für Betrieb und Unterhalt hat überproportional zugenommen. Es spielt sich ein Verteilungskampf um die Finanzierung von Infrastrukturen und die Finanzierung der steigenden Gesundheits- und Sozialkosten ab.

Übersicht über die Chancen des Zukunftsraums

Globale Integration / Regionale Integration



Globale Integration / Regionale Fragmentierung



Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung



Globale Fragmentierung / Regionale Integration



Politik	<ul style="list-style-type: none"> Nischenprofilierung durch «Gute Dienste» Vielzahl von Ansprechpartnern für den politischen Dialog Aussenpolitisches Gewicht in internationalen Gremien (aufgrund EWR Beitritt) Erstarkung der Metropolräume Zürich, Basel, Arc Lémanique 	<ul style="list-style-type: none"> Politik der Opportunitäten: Bilaterale Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik ermöglicht Handlungsspielraum und Eigeninitiative Variierende Partner: Diversifizierung des Risikos von Abhängigkeiten Fragmentierung der EU reduziert Spannungen zwischen EU-Anhängern und EU-Kritikern Aktiver Beitrag der Schweiz zur regionalen Stabilität Europas und dadurch internationale Positionierung 	<ul style="list-style-type: none"> Traditionelle zwischenstaatliche Politik erhöht den politischen Spielraum Neutralitätspolitik, Gute Dienste Erstarken der Gemeinden Dezentrale Strukturen, flexible Reaktionsmöglichkeiten Aktiver Einsatz zusammen mit Gleichgesinnten gegen Protektionismus 	<ul style="list-style-type: none"> Mitbestimmung in der EU Hohe regionale Stabilität und Sicherheit
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Nischenprofilierung durch Produktion von bildungs- und kapitalintensiven Produkten und Dienstleistungen Weltweite Freihandelsverträge Standortvorteile: Lebensqualität / Nachhaltigkeit / Infrastrukturen / ÖV Die Schweiz als Bildungsstandort (attraktiver Studienplatz) und Innovationslabor 	<ul style="list-style-type: none"> Ansiedlung von Wirtschaftszweigen und Kapital in der Schweiz aufgrund von stabilen politischen Institutionen Erschliessung neuer und wachsender Absatzmärkte Starker Finanzplatz mit internationaler Ausstrahlung Tourismusbranche profitiert von wachsendem asiatischem Mittelstand 	<ul style="list-style-type: none"> Einheimische Produkte profitieren von besonderen Massnahmen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, Kontingentierung von Waren Knüpfen von massgeschneiderten wirtschaftlichen Partnerschaften (auf spezifische Bedürfnisse der Schweiz ausgerichtet) «Swiss Made» als Qualitätsmerkmal 	<ul style="list-style-type: none"> Marktzugang EU, insbesondere für die Finanzindustrie der Schweiz Weltweite wirtschaftliche Vormachtstellung der EU für CH profitabel Stabiles Preisniveau für CH-Exportgüter Guter Bildungsstandort in Europa, Stärkung Forschung und Bildung
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Weltweite zunehmende Vernetzungsdichte Hoher Bildungsstand und Mobilität Zunehmend kompetitives Verhalten, höhere soziale Mobilität Bereitschaft zu gemeinnütziger Arbeit vorhanden (Solidarität ein Wert in dieser Welt) Starke Durchmischung der Bevölkerung als Innovationschance 	<ul style="list-style-type: none"> Relative Stärke gegenüber Europa: Migration hoch-qualifizierter Arbeitskräfte, Fachkräftemangel wird abgeschwächt Kulturelles Kapital der Schweiz hoch Möglichkeit, Aufgabenteilung Bund-Kantone neu zu definieren bzw. zu klären Optimierung der Tarifsysteme (Krankenkassen) Politische Steuerung im Bereich der Gesundheit 	<ul style="list-style-type: none"> Rückkehr der intellektuellen und des kreativen gesellschaftlichen Diskurses Vernetzung der Zivilgesellschaft Kräftigung des Zusammenhalts innerhalb der Schweiz durch bewusste Mehrsprachigkeit Aufwertung der Pflege-Arbeit (Verbunden mit Entwicklungen in Richtung Gender-Gleichgewicht) Hoher Anpassungsdruck und Isolation erhöhen die Bereitschaft zu unmittelbaren Anpassungsleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> Identifikation über europäische Regionen, regionale Identitäten stärken die Gesellschaft und Kultur Hohe europäische Mobilität im Bildungs- und Gesundheitssektor Stärkere Kohäsion in und mit Europa Migration nach Europa (Arbeitsmarkt trockenet nicht aus)
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> Funktionierendes Umweltregime durch klimapolitische Lenkungsmaßnahmen Erhöhte Marktchancen in den Bereichen Nanotechnologie / Umwelttechnologien / erneuerbare Energien Infrastruktur: Effizienz- und Effektivitätsgewinne in ökonomischer und ökologischer Hinsicht Festigung der Schweizer Metropolräume als Wirtschafts-Hubs von globaler Bedeutung 	<ul style="list-style-type: none"> Vielsprechende Umwelttechnologien für Export nach Asien Hoher technologischer Entwicklungsstand und gut ausgebaute schwerzeische Infrastrukturen bieten komparative Vorteile für Technologie-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz Eingeschränkter Druck auf Ausbau der Infrastrukturen 	<ul style="list-style-type: none"> Abnehmende Mobilität und Weltwirtschaftskrise entlasten Umwelt und Infrastruktur Zunehmende Wertschätzung der Natur, verstärktes Wahrnehmung von Umweltthemen Infrastrukturüberlastung entschärft sich 	<ul style="list-style-type: none"> EU wichtiger Akteur im Umweltbereich Stärkere Metropolisierung und Urbanisierung Einbettung in Infrastrukturprojekte der EU, Trans-europäische Netzwerke

Übersicht über die Gefahren des Zukunftsraums

Globale Integration / Regionale Integration



Globale Integration / Regionale Fragmentierung



Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung



Globale Fragmentierung / Regionale Integration



Politik	<ul style="list-style-type: none"> Politische Marginalisierung und Bedeutungsverlust wegen zunehmender Bedeutung von Schwellenländern Spannungen zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern erhöhen weltweit das gesellschaftliche Konfliktpotenzial Politische Entscheidungsprozesse der Schweiz nur teilweise auf die internationalen Herausforderungen abgestimmt Druck auf Finanzplatz Schweiz Höherer Verwaltungsaufwand 	<ul style="list-style-type: none"> Steigender finanzieller und personeller Aufwand für die Aussenbeziehungen Variierende Partner: Anspruchsvolle Partnersuche, steigender Koordinationsbedarf für bilaterale Abkommen Aussenpolitische Marginalisierung, Druck auf Finanzplatz Schweiz Sinkendes Steuereinkommen, reduzierter Handlungsspielraum des Staates Steigende Staatsquote, zunehmender Administrativaufwand auf Bundesebene Solidarisierung der Grenzregionen mit Nachbarregionen (als Gegenbewegung) Höherer Verwaltungsaufwand 	<ul style="list-style-type: none"> Häufigkeit wirtschaftlicher und machtpolitischer Druckversuche Verhandlungspartner sind nicht verlässlich, erhöhte Unsicherheit Mehrausgaben für die Sicherheit: Steigende Budgets zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit Steigende Verschuldung: Insolvenzrisiko der Städte und Kantone Zunehmender Graben zwischen Bevölkerung und politischen Eliten 	<ul style="list-style-type: none"> Verlust von nationalem Handlungsspielraum Hoher Standardisierungsdruck Monopolisierung der politischen Agenda durch Europa, Vernachlässigung lokaler und regionaler Aspekte Hoher Druck auf politische Institutionen Kantone verlieren an Bedeutung, mehr Spannungen zwischen Bund-Kantonen-Gemeinden Höherer Verwaltungsaufwand
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Verschärfter Standortwettbewerb weltweit Zunahme der Systemrisiken Steigende Energie- und Rohstoffpreise Hohe Erwartungen des Auslands an den Finanzplatz Schweiz (Steuern, Ausgleichszahlungen): Hohes Risikoverhalten von Firmen bei geringem Interesse der Politik, regulierend einzuwirken Ablfluss mobiler Produktionsfaktoren; Steuerausfälle Schwierigkeiten, die Fachkräftebedürfnisse langfristig zu sichern und die Position an der Innovations Spitze zu halten 	<ul style="list-style-type: none"> Wachstumsschwäche durch europäische Fragmentierung Ungenügende wirtschaftliche Kompensation auf den asiatischen Märkten Höhere Arbeitslosenquote Druck auf Löhne Schwierigkeiten, die Fachkräftebedürfnisse langfristig zu sichern und die Position an der Innovations Spitze zu halten Sehr hoher Innovationsdruck Brain Drain ins Ausland – u.a. nach Südost-Asien 	<ul style="list-style-type: none"> Einbruch des Inlandkonsums, chronischer Abschwung Exportschwierigkeiten durch hohe Zölle (branchenspezifisch) Abnehmende Bedeutung als Wirtschaftsstandort und starker Rückgang des Tourismus 	<ul style="list-style-type: none"> Eingeschränkter Handlungsspielraum bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik Protektionismus und Verlust der Märkte ausserhalb von Europa (Exportabhängigkeit) Höhere Transferzahlungen in der EU und höhere Steuerbelastung, Verlust von Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Zinsen und Steuern Strukturformen setzen gewisse Branchen unter Druck, teilweise Verlust von Arbeitsplätzen Lohndruck, Kaufkraftverlust (Transferzahlungen und Steuererhöhungen), Angleichen an EU- Wohlstandsdurchschnitt
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Gesellschaftliche VerliererInnen vs. GewinnerInnen Abnehmende Generationensolidarität Verlust gemeinsamer Werte und Verlust von Heimatgefühl Verlust von politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Freiheiten als Folge der Dominanz grosser Blöcke (gilt für Staatswesen und Individuen) Hoher Finanzierungsdruck auf die Sozialwerke und das Gesundheitssystem Lascher Umgang mit Datenschutz 	<ul style="list-style-type: none"> Soziale und politische Orientierungslosigkeit, schwinnende soziale Kohäsion Verschärfte Einkommensunterschiede Finanzierungsprobleme für Sozialwerke durch Wachstumsschwäche, zunehmende Gesundheitskosten Weniger Zuzug von Fachkräften aus Asien, Defizite bei der Grundlagenforschung 	<ul style="list-style-type: none"> Häufung von Streiks/Umruhen/Ausschreitungen; «Krieg der Geschlechter» aufgrund der wachsenden Unsicherheit Abnehmende Ressourcen für Bildung Arbeitslosigkeit und tendenziell hoher Migrationsdruck: Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Menschenhandelschmuggel Gesellschaftliche Probleme (u.a. Geschlechterkonflikte; psychisch Kranke; Alleinerziehende und Working Poor sind von einer wachsenden Armut betroffen) 	<ul style="list-style-type: none"> Demografische Alterung: Frage der Generationensolidarität gewinnt an Bedeutung Migrationsdruck auf die EU und die Schweiz von Menschen aus nicht EU-Ländern (Menschenhandel/schmuggel / Fremdenfeindlichkeit / Integrationsprobleme) Veränderte Bürgerorientierung: Verlust des kleinräumigen Systems, Macht auf übergeordnete Ebene transferiert Hohe Arbeitslosigkeit in gewissen Sektoren
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> Drohende Verknappung im Energie-, Rohstoff- und Ressourcensektor weltweit (aufgrund Wirtschaftswachstum) Agrarflächen und Bauland nehmen ab, das landwirtschaftliche Produktionspotenzial sowie das Landschafts- und Geschichtskapital sind bedroht, Zerstörung Wachsende Dominanz der Metropoliträume: Herausforderung für das politische System der Schweiz und den Umwelt-/Ressourcenschutz Infrastruktur: zunehmende Beanspruchung und daraus entstehende Kapazitätsengpässe Hohe Verletzlichkeit von neuen Systemen/ Infrastrukturen 	<ul style="list-style-type: none"> Beschaffungs- und Versorgungsprobleme bei natürlichen Ressourcen und Rohstoffen (v.a. im Energiebereich) Kein globales Klimaabkommen Hohe Kosten und Finanzierungsprobleme für Infrastrukturen sowie für die innere und äussere Sicherheit (z.B. Spionageabwehr) Infrastrukturabbau in Berg- und Randgebieten 	<ul style="list-style-type: none"> Beschränkte Investitionen für Umwelttechnologien und Nachhaltigkeit Akzentuierte Energie-, Rohstoff- und Ressourcenknappheit aufgrund von Konflikten in den Produzentenländern und protektionistischen Massnahmen Der Schutz von Infrastrukturen physisch und technisch wird aufwändiger Bedeutungsverlust der Umweltpolitik Schwierige Finanzierung des Infrastrukturunterhalts 	<ul style="list-style-type: none"> Zersiedelung Wachsender Einfluss der sich ausdehnenden grenzüberschreitenden Agglomerationen Anpassungsdruck in der Infrastrukturpolitik an die Vorgaben der EU Hohe und volatile Energie- und Rohstoffpreise wegen unsicherem und weniger freiem Welthandel

Teil IV

Herausforderungen Schweiz 2025

Die im Folgenden beschriebenen zentralen strategischen Herausforderungen für die Schweiz wurden aus den im Anhang abgebildeten Hauptherausforderungen für die einzelnen Szenarien abgeleitet. Diese Hauptherausforderungen bestehen aus:

- a. Auswirkungen der in Teil II skizzierten Trends mit gewissen, szenarienspezifischen Nuancierungen und
- b. zusätzlichen, im Szenarioprozess identifizierten Herausforderungen.

Um die für den gesamten Zukunftsraum relevanten Hauptherausforderungen zu identifizieren, wurden die Ergebnisse der vier Szenarien miteinander verglichen. Dabei wurden Gemeinsamkeiten und insbesondere Überschneidungen eruiert. Ähnliche Themen wurden danach zu thematischen «Clustern» zusammengefügt. Diese Themencluster ergeben die 12 strategischen Herausforderungen 2025.

Ihre Bewältigung stellt eine Kernaufgabe des strategisch-politischen Führungsprozesses dar. Es handelt sich dabei um die Entwicklung und Durchsetzung von politikfeldübergreifenden und langfristigen Strategien in einem sich dynamisch weiterentwickelnden und von Unsicherheiten gekennzeichneten Umfeld.

Dabei empfiehlt sich für gewisse dieser Herausforderungen ein breiter Strategiefindungsprozess im Austausch mit Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Die Resultate der Lage- und Umfeldanalyse können als Ausgangspunkt für die Formulierung einer langfristig ausgerichteten Vision zur Bewältigung dieser strategischen Herausforderungen dienen. Für verschiedene Aspekte dieser Herausforderungen sind bereits Teilstrategien und Planungsdokumente vorhanden, auf die zurückgegriffen werden sollte.

Die fundierte Auseinandersetzung mit diesen Themen soll sicherstellen, dass sich die Schweiz bestmöglich für die unsichere Zukunft positionieren kann. Ihr vernetzter und politikfeldübergreifender Charakter erfordert eine umfassende und kohärente Perspektive in der Politikplanung, die über eine primär sektorielle und einzelfallorientierte Betrachtungsweise hinauszuschauen vermag. Nachfolgend werden die 12 strategischen Herausforderungen in ihrer Vernetzung und unter Hinweis auf damit einhergehende Chancen und Gefahren skizziert. Darüber hinaus werden mögliche Handlungsfelder skizziert.

Die im Gesamtprozess identifizierten strategischen Herausforderungen für die Schweiz in den kommenden 10 bis 15 Jahren, und teilweise darüber hinaus, sind:

Politik	1) Die Schweiz regional und global positionieren und ihren Handlungsspielraum optimieren 2) Neue Gefahren frühzeitig erkennen und die Sicherheit (nach innen und aussen) gewährleisten 3) Die Handlungsfähigkeit von Staat und Institutionen erhalten und verbessern
Wirtschaft	4) Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sichern 5) Die Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit sicherstellen
Gesellschaft	6) Gesellschaftliche und kulturelle Spannungen frühzeitig erkennen und das Bewusstsein für gemeinsame Werte stärken 7) Die demografische Entwicklung antizipieren; kompetenten Nachwuchs für Wirtschaft, Forschung und Milizsystem fördern sowie eine vorausschauende Migrations- und Integrationspolitik sicherstellen 8) Die Kosten im Gesundheitssektor ohne Qualitätseinbussen stabilisieren
Umwelt / Infrastruktur	9) Die Folgen des Klimawandels eindämmen und Anpassungsmassnahmen einleiten; die Ressourcen und die Energieversorgung langfristig sichern 10) Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen und die Verwundbarkeiten im Bereich der Infrastruktur reduzieren 11) Die Infrastruktursubstanz erhalten und ihre Finanzierung sicherstellen 12) Die Chancen der Metropolisierung nutzen und die Risiken bei der Siedlungsentwicklung minimieren

1) Die Schweiz regional und global positionieren und ihren Handlungsspielraum optimieren

Die Schweiz ist in hohem Mass faktisch und rechtlich international eingebunden. Die zukünftige Weltordnung im Spannungsfeld von zwischenstaatlicher Rivalität und selektiver Kooperation fordert die Schweiz zur Prioritätensetzung auf. Die Formulierung einer innenpolitisch tragfähigen aussenpolitischen Positionierung ist anspruchsvoll. Es braucht eine aussenpolitische Vision, die eine gewinnbringende Balance zwischen Integration und Identitätswahrung findet, im regionalen wie auch im globalen Kontext. Es gilt die Gefahren der Marginalisierung durch vorteilhafte Kooperationen zu minimieren und gleichzeitig die Chancen der Kooperation zu nutzen mit dem Ziel, den eigenen Handlungsspielraum zu optimieren.

Die Welt wird unübersichtlicher und vielschichtiger. Ganz allgemein ist von einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Richtung Asien und hin zu «aufstrebenden» Staaten auszugehen. Diese Ausgangslage bildet sowohl den Nährboden für intensivere Kooperation und Vernetzung als auch für stärkere Rivalitäten und vermehrte Konfrontation. Ein Verlust an westlicher Deutungshoheit hinsichtlich tragender Werte, Normen und Leitprinzipien ist zu erwarten. Andere Normen und Deutungsmuster fordern das westliche Modell heraus, so etwa hinsichtlich der wünschbaren marktwirtschaftlichen Grundordnung oder des Schutzes individueller Eigentumsrechte. Diese Neuordnung der Kräfteverhältnisse wird sich auch in internationalen Organisationen und anderen Gremien auswirken. Die Schweiz ist als Teil der westlichen Welt direkt von diesen Entwicklungen betroffen.

Zentraler Bezugspunkt für die Schweiz bleibt die Europäische Union (EU). Chancen und Gefahren der regionalen Positionierung hängen erstens von der Entwicklung der EU und zweitens von den eigenen europapolitischen Zielsetzungen ab. Was die Entwicklung der EU angeht, ist grundsätzlich mit weiteren Vertiefungen in bestimmten Themengebieten (Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, und Rechtsfragen, Energieversorgung sowie Sicherheits- und Aussenpolitik) und der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten zu rechnen, also einer Fortschreibung der bisherigen Vertiefungs- und Erweiterungspolitik, wenn auch mit schwankender Dynamik und unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Eine Trendwende – möglicherweise ausgehend von einem anhaltenden Wertzerfall des Euro – kann dabei nicht ausgeschlossen werden. Für die Schweiz dürfte es insgesamt jedoch zunehmend anspruchsvoller werden, ihre spezifischen Interessen als Drittstaat durchzusetzen. Der Trend zur Europäisierung der Verkehrs-, Energie- und IKT-Politik innerhalb der EU wird sich fortsetzen, und er wird durch grenzüberschreitende Herausforderungen wahrscheinlich noch verstärkt. Die Schweiz muss durch aktive Teilnahme am Prozess der Europäisierung die komparativen Vorteile, die sich aus

ihrer Rolle als Verkehrs- und Energiedrehscheibe im Zentrum Europas ergeben, bestmöglich nutzen. Auch die Infrastrukturnetze selbst – mit dem Luftfahrtsektor in einer Vorreiterrolle («Single European Sky») – sind durch eine zunehmende Europäisierung gekennzeichnet.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise sowie des vermeintlichen Erfolgs asiatischer Modelle (Vernetzung Politik und Industriekonglomerate) wird das marktwirtschaftliche Modell zunehmend angefochten. In diesem Zusammenhang intensiviert sich auch die Diskussion über den Stellenwert von Menschenrechten und Demokratie gegenüber nichtwestlichen Vorstellungen im Kreis der wichtigsten Wirtschaftsmächte.

Im Rahmen der internationalen Kooperation sowie der Entwicklungszusammenarbeit kann die Schweiz eine Nischenrolle einnehmen und in ausgewählten Gremien mitbestimmen, falls sie einen Mehrwert durch Expertise oder materielle Beiträge zu bieten vermag. Globale und regionale politische Blockaden bieten Vermittlungsmöglichkeiten, und je nach Sachverhalt lassen sich mit wechselnden Partnern sachbezogene Lösungen finden und variable Netzwerke aufbauen. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass die Schweiz im internationalen Umfeld weiter an Bedeutung verliert und vermehrt dem Druck einzelner Staaten oder internationaler Organisationen ausgesetzt sein wird. Zunehmende internationale Regulierungsbestrebungen, bei gleichzeitig schwindenden aussenpolitischen Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, drohen die Handlungsfreiheit der Schweiz zunehmend einzuschränken.

Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, ob die westlichen Mächte und die Aufsteiger um China, Indien und Brasilien in einen Nullsummen-Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen, Märkte, Macht und Allianzen abgleiten oder ob es gelingt, die internationale Kooperation qualitativ zu verbessern, um die weltweiten Entwicklungsfragen anzugehen und Stabilität, Sicher-

heit und Wohlstand in einer vernetzten Welt zu sichern. Die Schweiz kann mit einer starken Entwicklungs- und Umweltpolitik zu diesem Kooperationsklima beitragen, wenn sie globale Verantwortung aktiv und weitsichtig wahrnimmt und strategisch handelt. Dabei ist einer angemessenen Politikkohärenz, welche insgesamt einer nachhaltigen Entwicklung zuträglich ist, Rechnung zu tragen. Es muss vermieden werden, dass mit Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in einem bestimmten Partnerland Armut reduziert, aber gleichzeitig durch nachteilige Politiken in anderen Bereichen im gleichen

Land Armut produziert wird. Entwicklungsbezogene Fragen bei Entscheiden namentlich in den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen, Handel, Migration, Sicherheit, Energie, Wissenschaft und Technologie sind angemessen zu berücksichtigen. Dazu gehören auch wirksame Bündnisse mit Ländern jenseits der «OECD-Welt» für eine klimaverträgliche Zukunft. Die Entwicklungspolitik kann in armen Volkswirtschaften die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure stärken, die auf nachhaltige Modernisierung setzen.

2) Neue Gefahren frühzeitig erkennen und die Sicherheit (nach innen und aussen) gewährleisten

Das heutige sicherheitspolitische Umfeld ist charakterisiert durch eine Verschiebung weg von klaren Bedrohungen und hin zu transnationalen Risiken. Die Verletzlichkeit technischer und gesellschaftlicher Systeme nimmt nicht zuletzt angesichts asymmetrischer Konfliktkonstellationen zu. Die Verletzlichkeit technischer und gesellschaftlicher Systeme ist auch ausserhalb des engen sicherheitspolitischen Umfelds eine Herausforderung, wie die Finanzkrise von 2008 deutlich machte. Die finanziellen Aufwendungen für die Bankenrettung führten verschiedene Staaten an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Die Früherkennung von Gefahren und die Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente nach innen und aussen gewinnen im Kontext einer bedrohungsgerechten sicherheitspolitischen Strategie zunehmend an Bedeutung. Das veränderte Umfeld bietet bei allen Gefahren auch Chancen für eine selbstbewusste aussen- und sicherheitspolitische Positionierung, mit der die Schweiz ihre Interessen am effektivsten wahren kann.

Klassische militärische Bedrohungen (Kriege) gegen die Schweiz sind auf absehbare Zeit sehr unwahrscheinlich geworden. Die Binnenlage in Europa und unentgeltliche ausländische Sicherheitsdienstleistungen wie beispielsweise ein Rakenschutzschild stellen für die Schweiz einen grossen Sicherheitsgewinn dar. Zudem eröffnen sich politische Möglichkeiten, auf das gewachsene transnationale Sicherheitsumfeld im Verbund mit Gleichgesinnten und Gleichbetroffenen stabilisierend einzuwirken. Die unmittelbarsten Gefahren ergeben sich aus dem Zusammenfallen von schwachen Staaten und globalen Sicherheitsrisiken in einem Krisenbogen, der von Afrika über den Nahen und Mittleren Osten, den Kaukasus und Zentralasien bis nach Südwestasien reicht. In dieser Zone der Instabilität gibt es zahlreiche innerstaatliche Konflikte, die auf vielschichtige politische, soziale und wirtschaftliche Schwächen zurückzuführen sind. Dabei stehen sich staatliche und nichtstaatliche Akteure gegenüber. Die Folgen derartiger Konflikte sind weltweit zu spüren (Migration, organisierte Kriminalität, Rohstoffpreise). Diese innerstaatlichen Konflikte werden zunehmend durch transnationale Gewaltphänomene überlagert, die sich in der Form globaler Sicherheitsrisiken – wie Extremismus, organisierter Kriminalität, Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen – auch nach aussen wenden können.

Die Regionalisierung politischer Macht, die sich als Gegenbewegung zur Globalisierung erweist und neue Formen der regionalen Kooperation und Integration nach sich zieht, stellt die Schweiz – gerade auch unter Sicherheitsaspekten – vor neue Herausforderungen hinsichtlich ihrer internationalen Positionierung. Weiter ist die Akzentuierung des Konkurrenzkampfes um natürliche Ressourcen mit seinen Auswirkungen auf die globale Versorgungssicherheit mit wichtigen Rostoffen zu nennen. Politischer Druck auf die Schweiz dürfte auch in Zukunft primär an den Schnittstellen zwischen Sicher-

heit und Wirtschaft ausgeübt werden, dort wo die Ungleichgewichte zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen Gewicht des Landes am deutlichsten zutage treten. In diesem Kontext ist zu thematisieren, mit welcher aussen- und sicherheitspolitischen Positionierung die Schweiz in den nächsten Jahren ihre Interessen am effektivsten wahren kann.

Die Verletzlichkeit technischer und gesellschaftlicher Systeme nimmt weiter zu. Verantwortlich dafür sind technologische und wirtschaftliche Entwicklungen, politische Faktoren, die Bevölkerungsstruktur, Umwelteinflüsse, Ressourcenabhängigkeiten und kritische Infrastrukturen. Einzelne Vorfälle können kaskadenartig grössere Krisen auslösen. Beschleunigung und Globalisierung erhöhen die Verletzlichkeit. Verletzlichkeit kann durch höhere technische und gesellschaftliche Widerstands- und Regenerationsfähigkeit gemindert werden. Grundsätzlich sind sowohl präventive, repressive sowie flankierende Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, Wirtschaftskriminalität, organisierter Kriminalität im Staatsschutz sowie in der Rechtshilfe weiter zu entwickeln. Dies gilt auch für den Schutz der Behörden und Gebäude sowie für Personen und Gebäude, für welche völkerrechtliche Schutzpflichten bestehen. Ferner ist die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen sowie internationalen Partnern im Bereich der Polizei und Strafverfolgung zu verstärken.

Die guten Dienste sollten ausgebaut und die internationalen Kooperationen auch ausserhalb der EU mit einem Fokus auf Armutsreduktion, nachhaltige (wirtschaftliche) Entwicklung und globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Ernährungssicherheit, in Entwicklungs- und Transitionsländern verstärkt werden. Zudem sollte die humanitäre und technische Zusammenarbeit mit fragilen Staaten ausgebaut werden mit dem Ziel, die lokalen Gouvernanzsysteme zu stärken und tragfähige Institutionen zu schaffen.

Der Bedrohung durch digitale Angriffe aus dem Cyberspace kommt in diesem Umfeld besondere Bedeutung zu. Die Möglichkeiten, den Cyberspace für kriminelle, nachrichtendienstliche oder militärische Zwecke zu missbrauchen, reichen sehr weit. Das Spektrum möglicher Cyber-Angriffe ist breit: Es reicht von alltäglichem, relativ harmlosen Vandalismus im Cyberspace über Spionage bis hin zu terroristisch motivierten Angriffen mit potenziell gravierenden Auswirkungen. Hochentwickelte Länder wie die Schweiz sind gegenüber solchen Angriffen besonders verletzlich: Sie sind von digitalen Datenetzen und deren Infrastruktur stark abhängig. Wird das Funktionieren dieser Netzwerke und der ungehinderte Zugang dazu durch gezielte Angriffe im Cyberspace beeinträchtigt oder gar verunmöglicht, kann das gravierende Konsequenzen für das Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft haben. Der Staat muss deshalb Massnahmen treffen, um sich vor solchen Angriffen zu schützen und deren Auswirkungen zu mindern.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise machte 2008 staatliche Massnahmenpakete zur Stabilisierung des Finanzsystems und zur Rettung einzelner Finanzinstitute in historischen Grössenordnungen in den USA, in praktisch allen europäischen Ländern und auch in der Schweiz notwendig. Die Schiefelage einer Schweizer Grossbank mit starker Präsenz in den USA hat eindrücklich gezeigt, dass dadurch das Funktionieren des gesamten Finanzsystems bedroht sein kann. Diese Gefährdung kann dabei so gross sein, dass der Staat faktisch gezwungen ist, rettend einzugreifen. Der Mitteleinsatz für eine Bankenrettung kann indes mit untragbar hohen Risiken für den Steuerzahler verbunden sein, wie die Beispiele Island, Irland, in minderm Mass aber auch Grossbritannien und die USA zeigen. Die staatliche Handlungsfähigkeit kann durch solche Rettungsoperationen auf Jahre hinaus stark eingeschränkt werden; im Extremfall wird sogar die finanzielle Tragfähigkeit der Schweiz überstiegen. Aus diesem Grund sind nachhaltige Massnahmen zur Begrenzung der von Grossbanken ausgehenden systemischen Risiken erforderlich.

3) Die Handlungsfähigkeit von Staat und Institutionen erhalten und verbessern

Die Anpassungsfähigkeit der bestehenden Institutionen ist sowohl durch innere als auch durch äussere Entwicklungen herausgefordert. Der steigende Reformdruck auf die politischen und staatlichen Institutionen erfordert eine langfristige Vision, wie die Strategie- und Handlungsfähigkeit der politischen und staatlichen Institutionen erhöht werden kann. Es gilt die Chance zur institutionellen Reform im Spannungsverhältnis zwischen notwendiger Flexibilität und tradierten Strukturen zu nutzen und gleichzeitig die Gefahr von institutioneller «Überforderung» zu vermeiden.

Das internationale Umfeld ist dynamisch und komplex. Daraus ergibt sich für zentrale Akteure im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich die Herausforderung, flexibel und agil und möglichst weit vorausschauend zu reagieren. Die Ansprüche und Anforderungen an den Staat und seine Institutionen wachsen. Der Staat soll die individuellen und gesellschaftlichen Interessen umfassend berücksichtigen, eine zunehmende Zahl staatlicher Akteure koordinieren, kohärent handeln und gegenüber der Öffentlichkeit wirksam kommunizieren.

Die Herausforderungen durch eine abnehmende Handlungsfähigkeit des Staates sowie eine nachlassende Leistungsfähigkeit des politischen Systems dürften sich weiter akzentuieren. Insgesamt nimmt die Komplexität der Themen, Strukturen und Prozesse stark zu, während der politische Handlungsspielraum sinkt. Die Halbwertszeit von Erlassen wird immer kürzer, zugleich wird mehr reguliert und der Abbau von Aufgaben und Leistungen, die nicht zu den Kernaufgaben des Staates gehören, stösst auf starke Widerstände. Die Gründe für diese Herausforderungen sind vielschichtig. Zu nennen sind etwa der Einfluss internationaler Entwicklungen auf den eigenen Handlungsspielraum, die zunehmende Verschränkung von Innen- und Aussenpolitik, die steigende Verflechtung zwischen Politik und Wirtschaft mit ihrem professionalisierten Lobbying, die steigende Mobilität und Individualisierung der Gesellschaft, die wachsende staatliche Aufgabenlast und deren zunehmend schwierigere Finanzierung sowie medialer Druck, Aktivismus und Reformen um jeden Preis, die in der Informationsgesellschaft zum politischen Spiel gehören. Das Ausgabenwachstum wird nicht im Rahmen des Wirtschaftswachstums gehalten werden können, was eine systematische Überprüfung von Form und Umfang der bundestaatlichen Leistungen notwendig macht.

Die zunehmende Internationalisierung erhöht den Anpassungsdruck auf die schweizerischen Institutionen. Der Einfluss von internationalen Organisationen

(EU, UNO) und wichtigen Partnerländern äussert sich in der Übernahme neuer Rechtsnormen, der Anerkennung und Anwendung von internationalen Standards, der Weiterentwicklung von bilateralen Abkommen sowie der Teilnahme an internationalen Partnerschaften. Die Funktionsweise des politischen Systems muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen und ist entsprechend anzupassen.

Auch das politische System der Schweiz selbst stellt gewichtige Herausforderungen. Die dominierende Grundhaltung in Staat und Gesellschaft war in den letzten Jahren zumeist reaktiv. Selten wird antizipierend auf Herausforderungen eingegangen. Die Entwicklung von nachhaltigen und griffigen Lösungen für aktuelle und zukünftige Probleme verlangt nach einer departementsübergreifenden Perspektive und klaren Zuständigkeiten. Gleichzeitig ist das Handlungssystem Schweiz durch eine in der Bevölkerung tief verwurzelte politische Kultur (Föderalismus, formelle Souveränität, Neutralität etc.) beeinflusst.

Als Antwort auf den externen Druck könnten die bestehenden staatlichen Früherkennungsstrukturen und –kompetenzen gestärkt werden. Dabei ist es wichtig, dass diese an einen breiteren Strategiefindungsprozess gekoppelt werden, der die Interessen der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft formuliert und damit eine kohärente politische Prioritätensetzung erlaubt. Reformbedarf zeigt sich auch im Krisenmanagement, in dem die Entscheidungsfähigkeit und Vernetzung der verantwortlichen Gremien zu stärken und deren Lernprozesse zu verbessern sind. Zu verstärken ist auch die ergebnisorientierte Steuerung der Verwaltung. Für die systeminhärenten Herausforderungen sind Staatsleitungsreformen unter Einbezug der Kantone und auch der breiteren Bevölkerung zu prüfen. Angesichts der zunehmenden internationalen Einflüsse und um die Effektivität und Effizienz des föderalen Systems zu bewahren, müssen die Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden ihre Zusammenarbeit verstärken.

Dies gilt zum Beispiel in der Kultur-, Gesundheits- und Bildungspolitik oder im Bereich der Sozialversicherungen. Der Bund muss diese Zusammenarbeit anregen und gleichzeitig eine Koordinations- und Steuerungsfunktion übernehmen. Zudem dürfte der Trend zur Restrukturierung der Gebietskörperschaften weiterhin anhalten (vermehrte Fusionen auf Gemeinde- und

allenfalls Kantonsebene), weil kleinere Gebietskörperschaften die wachsenden sozialen Kosten und Infrastrukturkosten nicht mehr alleine tragen können. Besonderes Augenmerk wird auf die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit in den Agglomerationsräumen zu richten sein, von denen die wirtschaftliche Prosperität stark abhängen wird.

4) Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sichern

Die Schweiz ist ein globaler Wirtschaftsstandort. Für die zukünftige Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz braucht es eine langfristige Vision, welche die limitierten Möglichkeiten der Gestaltung des äusseren Umfelds nutzt und sich im Innern auf die gezielte Förderung von Bildung, Forschung und Innovationsfähigkeit konzentriert. Dabei gilt es, die Gefahren der Marginalisierung in multilateralen Wirtschaftsorganisationen bei einer steigenden Zahl gewichtiger Wirtschaftsakteure zu minimieren. Gleichzeitig sollen die Chancen zur Nischenprofilierung durch Produktion von bildungs- und kapitalintensiven Produkten und Dienstleistungen sowie zur Erschliessung neuer und wachsender Absatzmärkte genutzt werden.

In den kommenden 10 bis 15 Jahren ist allgemein von einer Verschärfung des internationalen Wettbewerbsdrucks auszugehen. Gleichzeitig wird der Einfluss der Schweiz auf die konkrete Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Weltwirtschaftsordnung klein bleiben bzw. tendenziell weiter abnehmen. Die Fähigkeit, zeitgerecht und flexibel auf Veränderungen im globalen Umfeld zu reagieren, bleibt aufgrund dieser Ausgangslage zentral für das wirtschaftliche Wohlergehen der Schweiz. Dabei dürfte die Bedeutung von bilateralen Freihandelsabkommen eher noch zunehmen. Ein vitales Interesse der Schweiz wird der möglichst freie Zugang zu allen Wachstumsmärkten der Welt bleiben, wobei der EU-Binnenmarkt und das europäische Wirtschaftsumfeld aufs engste mit der schweizerischen Volkswirtschaft verknüpft bleiben. Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist primär der Dynamik ihrer drei grossen Metropolräume Zürich, Basel und Genfersee-Region zu verdanken. Der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Regionen auf internationaler Ebene kommt denn auch eine besondere Bedeutung zu. Der weiteren Verbesserung der Steuerung dieser häufig mehrere Kantone und Gemeinden umfassenden Handlungsträger ist eine hohe Bedeutung beizumessen. Eine gute Agglomerationspolitik muss dafür sorgen, dass infrastrukturelle und weitere Voraussetzungen für prosperierende Ballungsräume in effektiver und effizienter Weise geschaffen werden. Um die übrigen Regionen nicht zu benachteiligen, müssen diese aber gleichzeitig gegenüber den Metropolitanräumen neu positioniert und mit diesen vernetzt werden. Gefordert ist eine Aussenwirtschaftspolitik, die geprägt ist durch Offenheit nach allen Seiten und die im Rahmen des Möglichen eine grösstmögliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gegenüber sich verändernden Rahmenbedingungen bewahrt.

Im internationalen Vergleich steht der Wirtschaftsstandort Schweiz im Jahr 2011 gut bis sehr gut da. Zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren gehören die politische Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, ein at-

traktives Steuersystem bei gleichzeitig moderater Besteuerung, ein flexibles Arbeitsrecht sowie eine hohe Lebensqualität. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben überdies gezeigt, dass der Finanzpolitik eine zentrale Rolle für die gesamtwirtschaftliche Stabilität wie auch für die Standortattraktivität zukommt. Diese Position sollte aber nicht dazu verleiten, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Beständige Anstrengungen sind nötig, um erstens die Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen zu erhalten und zu steigern, um zweitens den Standort Schweiz für ausländische Unternehmen noch attraktiver zu machen und um drittens die Stabilität des Finanzplatzes langfristig sicherzustellen. Da die Schweiz zu klein ist, um alle Industrien und Wissenschaftsgebiete abzudecken, braucht es eine fokussierte wirtschaftspolitische Strategie, die sich auf bestehende Kernkompetenzen sowie auf wichtige Zukunftspotenziale konzentriert. Dabei ist die Bildung und Forschung zentral für den Erhalt der wirtschaftlichen Innovationskraft. Entscheidend ist somit die Antwort auf die Frage, welches Wissen und welche Bildung für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit nötig sind und wie sich der Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft stärken lässt. Im wirtschaftlichen Sektor müssen die Resultate von Forschung und wissenschaftlichem Transfer auf angemessene Weise geschützt werden, damit der wirtschaftliche Nutzen für die Schweiz gesichert bleibt. Dafür braucht es einen intensiven Austausch und die enge Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Von zentraler Bedeutung für die Standortattraktivität der Schweiz ist die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Infrastruktursysteme für Verkehr, Energie und Kommunikation, die in der globalisierten und technologiebasierten Wirtschaft zu immer wichtigeren Erfolgsfaktoren werden. Ferner sind Reformen beim institutionellen Rahmen der Finanzpolitik (insbes. Regelinbindung bei den Sozialversicherungen) im Hinblick auf die Erhaltung von Standortattraktivität und Handlungsfähigkeit weiter voranzutreiben.

Da in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach die Versorgungssicherheit und die steigenden Preise bei Energie und Rohstoffen auch eine wirtschaftspolitische Herausforderung darstellen werden, die auch mit dem klimapolitisch bedingten Bedarf nach Reduktion von Treibhausgasemissionen verknüpft ist, wird es bedeutsam sein, die Nutzungseffizienz von Rohstoffen und Energie weiter zu erhöhen, damit die Schweiz weniger anfällig wird. Gleichzeitig bietet sich dem hierfür über gute Voraussetzungen verfügenden Standort Schweiz auch die Chance, mit «Cleantech» neue wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten zu nutzen.

Angesichts der demografischen Perspektiven und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels in vielen Sektoren müssen darüber hinaus günstige Rahmenbedingungen für eine möglichst hohe Arbeitsmarktbeteiligung

der Bevölkerung geschaffen werden. Dies bedingt eine vorausschauende Migrations- und Integrationspolitik sowie neue Arbeitsmodelle, damit die ältere Generation länger erwerbstätig bleiben kann, sowie Anstrengungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch Sicherstellung familienexterner Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Schul- und Vorschulalter oder durch familienfreundlichere Arbeitsbedingungen. Das verdeckte Qualifikationspotenzial bei den Frauen oder Personen mit Migrationshintergrund ist gezielt zu mobilisieren, und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist auf einem hohen Niveau zu halten. Zudem sind vermehrt Modelle zu entwickeln und mit Anreizen verbundene Angebote zu schaffen, um zweckmässige Weiterbildungen zu fördern. Auch die Nutzung des Knowhows der älteren Generationen (über 70-Jährige) in der Wirtschaft ist zu fördern.

5) Die Finanzierbarkeit der Staatstätigkeit sicherstellen

Das strukturelle Gleichgewicht des Bundeshaushaltes ist langfristig nicht gesichert. In Zukunft sind steigende Kosten zu erwarten. Um den strategischen Herausforderungen in Sicherheit, Bildung, Forschung, Kultur, Innovation, Infrastruktur, Gesundheit und Sozialwerken in ihrer Breite begegnen zu können, braucht es eine Vision, wie ein Anstieg der Staatsquote verhindert werden kann und wie gleichzeitig vermieden werden kann, dass fehlende oder fehlgeleitete Investitionen und ungenügende Präventionsmassnahmen nachkommenden Generationen finanzielle Lasten aufbürden.

Stark herausfordern werden die Schweiz in den nächsten Jahren die steigenden finanziellen Ansprüche einer wachsenden Zahl von Politikbereichen. Die Struktur der schweizerischen Bevölkerung wird sich stark verändern. Die geburtenstarken Jahrgänge werden in den kommenden 20 Jahren in Pension gehen. Gleichzeitig ist die Geburtenrate stark gesunken, und die Lebenserwartung steigt weiter an. Diese Veränderung der demografischen Struktur hat auch Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Von den Veränderungen am stärksten betroffen sind die Ausgaben in den Bereichen Altersversicherung, Gesundheit und Langzeitpflege. Analysen zeigen, dass die Staatsausgaben in diesen drei Bereichen bis 2050 um bis zu 5 Prozentpunkte des Bruttoinlandprodukts ansteigen können. Finanzierungsengpässe zeichnen sich auch bei den Verkehrsinfrastrukturen ab (Schiene und Strasse). Die wachsende Mobilität, u.a. zurückzuführen auf die starke Zunahme der Wohnbevölkerung, die steigende Verkehrsbelastung und das höhere Alter der Verkehrsnetze erfordern bis 2030 Investitionen von bis zu 160 Milliarden. Das entspricht gegenüber heute jährlichen Mehrausgaben von bis zu einem Drittel. Weiter erfordert Forschung technologisch immer hochstehendere und somit teurere Infrastrukturen, der Bildungsstandort muss mit optimierten Ressourcen und teureren Hilfsmitteln den Spitzenplatz rechtfertigen, die Infrastruktur generiert höhere Grenzkosten. Damit sind Verteilungsdiskussionen verbunden, denen die Schweiz nicht ausweichen kann.

Um die Bundesfinanzen nachhaltig zu stabilisieren, muss die nach wie vor hohe Ausgabendynamik weiter abgebremst werden. Strukturelle Reformen im gesamten Spektrum der Bundesaufgaben sind erforderlich. Vorschläge und Ideen für die Finanzierung in jedem Teilbereich sind genauso notwendig wie eine längerfristige Betrachtung in der Finanzpolitik ganz allgemein. Diesbezüglich werden in regelmässigen Zeitabständen Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen untersucht und veröffentlicht. Es fehlt jedoch

eine mittelfristige Sicht, die über eine sich auf vier Jahre erstreckende Finanzplanung hinaus geht.

Parallel dazu ist das Steuersystem, welches die Einnahmen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben generiert, weiter zu reformieren und aus volkswirtschaftlicher Sicht möglichst effizient und damit wachstumsverträglich auszugestalten. Im Steuerwettbewerb zeichnen sich folgende Entwicklungen ab: schärferer Wettbewerb innerhalb der Schweiz und gegenüber dem Ausland, höherer Druck auf Staatsquote, Hinterfragen der Staatsausgaben, Staatsausgaben tendieren in Richtung öffentliche Infrastruktur (die mobiles Kapital anziehen kann) und laufende Ausgaben, die für die Besitzer mobiler Faktoren interessant sind (Kultur, Bildung, öffentliche Sicherheit, lokaler Umweltschutz).

Als Gegenreaktion ist vermehrt mit politischen Vorstössen zur Begrenzung des Systemwettbewerbs auf nationaler und internationaler Ebene zu rechnen. Die Konsequenzen für die Schweiz sind zum Beispiel die Verringerung der Steuerbelastungsunterschiede zwischen den Kantonen oder eine Steuerevillierung nach oben. Die schweizerische Steuer- und Finanzgesetzgebung wird sich in mehreren Bereichen anpassen müssen. Im Vordergrund steht dabei die Unternehmensbesteuerung, die mit der Frage des Standortwettbewerbs verbunden ist. Es geht darum, einen Ausgleich zwischen den schweizerischen Besonderheiten und den internationalen Anforderungen zu finden. Die Schweiz bleibt im internationalen Vergleich attraktiv. Ihre Steuerordnung trägt zur Wohlfahrt des Landes bei, steht aber unter Druck, zur Finanzierung des Staatswesens genügend Steuereinnahmen zu generieren. Für die Erbringung der Leistungen zur Bewältigung der Herausforderungen insbesondere im Forschungs- und Bildungsbereich sollten neue Finanzierungs- und Organisationsmodelle (u.a. Public-Private-Partnerships) und damit neue Konzepte für die Trägerschaften (u.a. Teil-Privatisie-

zung, Studiengebühren verbunden mit Darlehenssystemen) entwickelt werden.

Angesichts der voraussichtlich sich weiter verknappenden Energieträger und Rohstoffe sowie der Klimapro-

blematik wird die Finanzpolitik auch herausgefordert sein, Lösungen zu diesen globalen Schlüsselherausforderungen beizusteuern, zumal erwiesen ist, dass fiskalische Instrumente dafür wirksame und effiziente Beiträge leisten können.

6) **Gesellschaftliche und kulturelle Spannungen frühzeitig erkennen und das Bewusstsein für gemeinsame Werte stärken**

Die Schweiz wird mit wachsenden Herausforderungen in den Bereichen gesamtgesellschaftliche Integration, demografische Entwicklung und kulturelle Diversität konfrontiert werden. Um den damit verbundenen gesellschaftlichen Spannungen begegnen zu können, braucht es eine langfristige Vision, die Raum für Diskussionen von Identitäten und Wertemodellen bietet und dabei Möglichkeiten schafft, den konflikträchtigen Fragmentierungen der Gesellschaft entgegenzuwirken, und die Wege für eine gesamtgesellschaftlich erfolgreiche Integration skizziert. Dabei wird es vor allem darum gehen müssen, die Chancen einer pluralistischen Gesellschaft aufzuzeigen und die vorhandenen Ängste im Kontext eines akzentuierten demografischen Wandels zu reduzieren. Die Sicherstellung einer hochstehenden Bildung, die das selbstständige Denken und Handeln fördert, ist eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels.

Tiefgreifende sozioökonomische und soziodemografische Veränderungen konfrontieren die Schweiz mit neuen Wertemodellen. Verschiedene wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen fördern die Pluralisierung der Lebensformen und bergen die Gefahr, dass sich die Chancengerechtigkeit verschlechtert, was unweigerlich vermehrt sozioökonomisch bedingte und ideologisch motivierte Spannungen innerhalb der schweizerischen Gesellschaft zur Folge hätte. Dies kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe stellen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang Erscheinungen wie die ungleiche Einkommensverteilung, die steigende Armut oder die weitere Zunahme der Gesundheits- und Sozialversicherungskosten. Andere Entwicklungen, die den Zusammenhalt gefährden können, sind die demografische Alterung, der kulturelle Pluralismus und die Ängste, welche dieser produziert, Folgen der regulären und irregulären Migration, die zunehmende Individualisierung und die Tendenz zum Individualismus, die Veränderung der Familienformen, ideelle und religiöse Spannungen sowie der Bedeutungsgewinn von Metropolitanräumen im Vergleich zu peripheren Gebieten.

So vielfältig die Gründe für den gesellschaftlichen Wandel sind, so vielschichtig sind die möglichen Massnahmen, um wachsenden gesellschaftlichen Spannungen entgegenzuwirken. Die demografische Alterung verlangt Solidarität zwischen Alt und Jung und beispielsweise neue Arbeitsmodelle, damit die ältere Generation länger erwerbstätig bleiben kann und die junge Generation Beruf und Familie vereinbaren kann. Ebenso dringend ist die Reform der Sozialwerke und die Schaffung von Strukturen zur besseren Einbindung von qualifizierten Arbeitskräften (insbesondere auch Frauen und Migrantinnen und Migranten) im Arbeitsmarkt. Darüber hinaus braucht es eine gezielte und gesamtgesellschaftlich auszurichtende Migrations- und Integrationspolitik,

Menschenrechtsschutz und Kriminalitätsbekämpfung mit gezielten Massnahmen gegen Menschenhandel/schmuggel sowie Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und die Entstehung von extremistischen Ideologien. Einer demokratisch verankerten, kompetenz- und wertorientierten Bildung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Eine gute Allgemeinbildung, eine permanente Weiterbildung sowie gezielt zu ergreifende und aufeinander abzustimmende Massnahmen zur Förderung des Bildungsstandards von geschlechts-, migrations-, kulturell-, wirtschafts- und sozialbedingt benachteiligten Personen und die Beseitigung von Bildungshürden für Menschen mit Behinderungen sind entscheidende Voraussetzungen für eine gesamtgesellschaftlich erfolgreiche Integration und für die Förderung des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts. Dieser soll auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung (u.a. Chancengleichheit, Diskriminierungsverbot) gestärkt werden und stützt sich namentlich auf einen Bildungsraum Schweiz von hoher Qualität und grosser Durchlässigkeit (Art. 61 BV) ab. Diese Investition ist zentral sowohl für die individuelle und gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit als auch für die Integration von Migrantinnen und Migranten und die Stärkung der gemeinsamen Identität. Gerade Letztere bedarf in Zukunft der vermehrten Aufmerksamkeit. Die Bevölkerung ist gespalten in Wahrnehmung und Überzeugung, was die Identität der Schweiz ausmacht. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Einschätzung des Verhältnisses zum Ausland, bei dem sich potenziell grosse innere Blockaden aufbauen.

Eine langfristige Vision und sich an den Bedürfnissen sowohl des Individuums als auch der Gesellschaft als ganzer orientierende Integrationsmassnahmen sind angesichts des fortschreitenden sozialen, po-

litischen und wirtschaftlichen Wandels in einer zunehmend diversifizierten und teilweise verunsicherten Gesellschaft unerlässlich. Es ist notwendig, über gemeinsame Werte im Rahmen von demokratischen Verständigungs- und Aushandlungsprozessen nachzudenken. Denn gemeinsame Werte stiften Identität für die Einwohnerinnen und Einwohner wie auch für die Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staats. Sie schaffen Vertrauen zwischen Bürgern und Staat, begünstigen die Integration und die Förderung der gesellschaftlichen Kohäsion, tragen zur

Stärkung der kulturellen Identität bei und helfen der Schweiz, sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich gegenüber dem Ausland und hinsichtlich des internationalen Wettbewerbs zu positionieren. Einer alle Stufen umfassenden hochwertigen Bildung, die allen Bildungswilligen zugänglich ist und die Lernfähigkeit von der Kindheit bis ins Alter fördert, ist dabei besondere Beachtung zu schenken. Dabei sollen allgemeinerbildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden und international anerkannt sein.

7) Die demografische Entwicklung antizipieren; kompetenten Nachwuchs für Wirtschaft, Forschung und Milizsystem fördern sowie eine vorausschauende Migrations- und Integrationspolitik sicherstellen

Die demographische Entwicklung, d.h. die Veränderung der Zahl und Struktur der schweizerischen und weltweiten Bevölkerung, wirkt sich auf die unterschiedlichsten Politikbereiche aus. Von besonderer Wichtigkeit bleiben die demographische Alterung sowie die reguläre und irreguläre Migration und die mit ihnen verknüpften Herausforderungen. Chancen drücken sich vor allem durch wirtschaftliche Impulse aus. Der globale Konkurrenzkampf um Nachwuchskräfte nimmt zu. Dies äussert sich in allen Bereichen, namentlich bei den Fachkräften. Im Spitzensegment, namentlich in Bereichen wie Forschung und Bildung, spitzt sich die Konkurrenz dramatisch zu. Die höhere Belastung der Nachwuchskräfte reduziert automatisch die Kapazität zur Milizarbeit.

Auf Ebene der Schweiz ist unklar, ob und wie stark die Bevölkerung zunimmt, wobei die Zuwanderung (reguläre sowie irreguläre Migration) der entscheidende Einflussfaktor sein wird. Sicher sind jedoch die demografische Alterung und die Tatsache, dass auf Erwerbstätige immer mehr Rentenbezüglerinnen und -bezügler fallen, was auch die verstärkte Arbeitsmarktpartizipation der Frauen nicht auszugleichen vermag. Diese Entwicklungen haben Auswirkungen auf viele Politikgebiete, insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik (flexible (Lebens-)Arbeitszeit, ältere Arbeitnehmerschaft, Bildungs- und Qualifizierungsmassnahmen), der Migrationspolitik (u.a. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt), der Familienpolitik (Kinderbetreuung), der Gesundheitspolitik (Krankheitskosten, Pflege) oder der Sozialpolitik (Finanzierung der Sozialversicherungen).

Bestimmender Faktor für die Zuwanderung in die Schweiz ist primär die Wirtschaftsentwicklung, weshalb Prognosen stets von dieser abhängen. Daneben können auch Krisen und Konflikte in Staaten weltweit zu Migrationsbewegungen führen, von denen die Schweiz ebenfalls betroffen sein kann. Der Trend der kontinuierlich zunehmenden regulären Migration hält an. Die demografische Alterung führt, gerade bei einer positiven Wirtschaftsentwicklung, zu einem Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften und qualifizierten Spezialistinnen und Spezialisten und Fachkräften (etwa im Gesundheits- und Pflegewesen, an Schulen und Universitäten oder in der Informatik). Besonders pointiert äussert sich dies in den Spitzenbereichen: Die Konkurrenz um den hervorragenden Forschungsnachwuchs und die Spitzenkräfte im Bildungsbereich akzentuiert sich weiter und erfordert von der Schweiz besondere Investitionen in ihre Attraktivität für diese Segmente.

Auch die irreguläre Migration wird aufgrund des erheblichen Wohlstandsunterschieds zu den Herkunftsländern

anhalten, dürfte aber aufgrund freiwilliger und zwangsweiser Rückkehr stabil bleiben. Schliesslich ist weiterhin mit einer hohen, wenn auch oft schwer absehbar schwankenden Zahl von Asylsuchenden zu rechnen.

Chancen und Herausforderungen der demografischen Alterung sind die entstehenden Anreize, den Generationenvertrag zu erneuern, die Sozialwerke zu sanieren und die wachsenden Gesundheitskosten ohne Qualitätseinbussen zu stabilisieren und zu bewältigen. In wirtschaftlicher Hinsicht entstehen einerseits neue Beschäftigungsfelder, andererseits etabliert sich eine neue kaufkräftige Generation von Konsumentinnen und Konsumenten im Rentenalter. Auch die Migration kann positive wirtschaftliche Impulse auslösen. Einerseits füllt sie die Lücken, die aufgrund eines zunehmenden Mangels an qualifiziertem Personal in verschiedenen Wirtschaftsbereichen entstehen; andererseits bieten sich auch den Schweizern neue wirtschaftliche Perspektiven auf ausländischen Arbeitsmärkten. Darüberhinaus sind auch die positiven wirtschaftlichen Effekte zu sehen, die sich in den Herkunftsländern der Migrantinnen und Migranten ergeben, welche dank Rücküberweisungen über höhere Einkommen verfügen.

Gleichzeitig belastet auf der Gefahrenseite das Bevölkerungswachstum die natürliche Umwelt und trägt zur Akzentuierung der negativen Trends in den Bereichen Energie- und Klimapolitik bei. Die demografische Alterung führt zu steigenden Gesundheits- und Sozialversicherungskosten und birgt das Potenzial der Überlastung der Sozialwerke, der abnehmenden Generationensolidarität und einer steigenden Verschuldung der öffentlichen Hand. Weiter ist die irreguläre und illegale Migration oft mit kriminellen Aktivitäten und Strukturen verbunden. Stichworte hierzu sind organisierte Kriminalität, Schwarzarbeit, Menschenschmuggel und -handel oder fremdenfeindliche Übergriffe. Auch die reguläre Migration birgt

Gefahren wie beispielsweise der Nachzug schlecht qualifizierter Familienangehöriger, Integrationsschwierigkeiten oder die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit. Weitere Gefahren der Migration zeigen sich in einem abnehmenden Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, in der Radikalisierung politischer Positionen oder in der Mediatisierung von politischen Entscheiden (u.a. Asylentscheiden). Der Menschenhandel als Teil der illegalen Migration gehört zusammen mit Drogen- und Waffenhandel zu jenen Straftaten, mit denen kriminelle Organisationen und Netzwerke die grössten Gewinne realisieren. Die Zunahme der im schweizerischen Prostitutionsgewerbe wirkenden Menschenhändlernetzwerke hat auch eine Zunahme der Kriminalität in anderen Deliktsfeldern zur Folge. Netzwerkkriminalität und organisierte Kriminalität agieren international und müssen auch grenzüberschreitend bekämpft werden. Dazu gehört auch die strafrechtliche Bekämpfung von internationalen Menschenschmuggler-Netzwerken in der Schweiz. Für eine wirksame Bekämpfung der illegalen Migration genügen Massnahmen, die nur darauf abzielen, die Schweiz als Ziel- und Asyl-land unattraktiv zu machen, nicht. Vielmehr müssen in der Schweiz die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden, um eine wirksame Strafverfolgung gegen

solche Täterschaften zu gewährleisten. Zudem muss die Politik auch darauf achten, dass Verhaltensweisen, die in den Herkunftsländern die Situation der Menschen nicht verbessern oder gar noch verschlechtern, nicht geduldet werden. Dazu gehört auch, dass die Schweiz Potentaten und deren Regime nicht unterstützt, indem diese in der Schweiz ihre in ihrer Heimat veruntreuten Gelder in Sicherheit bringen können.

Was die Integration von Migrantinnen und Migranten betrifft, könnten gewisse öffentliche Politiken, die sich heute wenig mit diesem Thema befassen, vermehrt in Anspruch genommen werden. Ein Beispiel dafür ist die Kulturpolitik: Es müssen Massnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit – in Erziehung, Bildung, Beruf usw. – entwickelt werden. Es braucht einen niederschweligen Zugang zu den kulturellen Angeboten, die zur Bildung gemeinsamer Werte und einem Gefühl der Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft beitragen können. Die Angebote müssen sich an alle Altersgruppen (namentlich Kinder und ältere Menschen) und an alle Bevölkerungsgruppen (Migrantinnen und Migranten, Schweizerinnen und Schweizer, Menschen mit Behinderungen, Personen mit tiefem sozioökonomischen Status usw.) richten.

8) Die Kosten im Gesundheitssektor ohne Qualitätseinbussen stabilisieren

Der Gesundheitsmarkt befindet sich im Wandel. Auslöser und Treiber dieser Entwicklung sind die qualitativ und quantitativ zunehmende Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen und der rasante medizinische und technische Fortschritt. Die Hauptherausforderung bleiben die steigenden Kosten. Das gesteigerte Gesundheitsbewusstsein und die Globalisierung der Gesundheitsmärkte hingegen bergen auch Chancen im wirtschaftlichen Bereich.

Das Thema Gesundheit gewinnt international an Bedeutung. Die Ansprüche gegenüber dem Gesundheitssystem und seinen Leistungen nehmen zu. Gesundheit wird vermehrt als Konsumgut wahrgenommen. Über die EU hinaus zeichnet sich eine beginnende Globalisierung der Gesundheitsmärkte ab (Migration des Gesundheitspersonals, Patientenmobilität, beginnende Öffnung der Dienstleistungsmärkte, Umbruch in der Pharmaindustrie durch die Rolle der Schwellen- und Entwicklungsländer), was mit beträchtlichen Chancen verbunden ist. Daneben steigen die Ansprüche, neue Möglichkeiten zur Förderung, Aufrechterhaltung oder Wiedererlangung der individuellen Gesundheit in Anspruch nehmen zu können. Während der Gesundheitszustand der Schweizer Bevölkerung, gemessen an Lebenserwartung und Sterblichkeitsrate, noch nie so gut war wie in den letzten Jahren, ist parallel dazu eine Zunahme von chronischen Krankheiten auszumachen. Ursachen sind die verbesserten medizinischen und technischen Möglichkeiten, welche zu einer Verlagerung von letalen Krankheiten hin zu chronischen Krankheiten führen sowie verhaltensbedingte Faktoren wie Übergewicht, Tabakkonsum, Alkoholmissbrauch und psychischen Probleme (z.B. aufgrund von grösseren Arbeitsbelastungen). Der veränderte Versorgungsbedarf sowie die Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung stellen hohe Anforderungen an die universitäre und nichtuniversitäre Aus- und Weiterbildung von Fachkräften (u.a. Pflegepersonal).

Die Kosten im gesamten Gesundheitsbereich wie auch in der Krankenversicherung werden weiter steigen. Entscheidend sind daher zum einen weitere Reformen, welche zielgenauer die Bedürfnisse in einer sich wandelnden Gesellschaft befriedigen, und welche sowohl die Effizienz und den Wettbewerb als auch die Qualität im Gesundheitswesen sicherstellen. Insbesondere sind sämtliche Anreize zu eliminieren, die zu einer Mengenausweitung medizinischer Leistungen beitragen, ohne dass dies durch zusätzliche Bedürfnisse in einer alternativen Gesellschaft gerechtfertigt erscheint. Weiter wird es darum gehen, die finanzielle Tragbarkeit für alle Bevölkerungsschichten sicherzustellen. Entsprechend wird sich

in den nächsten Jahren vermehrt eine Diskussion über die Prioritätensetzung von medizinischen Leistungen aufdrängen. Es stellt sich die Frage, für welche medizinischen Behandlungen die obligatorische Krankenversicherung und die Gemeinschaft aufkommen soll, und welche Behandlungen Sache der persönlichen Vorsorge sind. Die Frage der Finanzierung führt nicht nur zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen, sondern bedingt auch eine Klärung der Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Staatsebenen. Der Wandel und die zunehmende Bedeutung der ambulanten Versorgungsstrukturen fördert die flexible interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie die Vernetzung und Integration von Leistungserbringern. Die Nutzung moderner Kommunikationstechnologien ist gefordert.

Die Gesundheitsversorgung ist heute immer noch zu exklusiv auf die kurative (heilende) Medizin ausgerichtet. Das Gewicht sollte in Zukunft vermehrt auf die Krankheitsprävention und die Gesundheitsförderung verlagert werden. Dabei kommt besonders den Themen Ernährung und Bewegungsförderung grosse Bedeutung zu. Für letztere wird es vor allem darum gehen, den Fuss- und Fahrradverkehr im Alltag attraktiver zu gestalten und die Siedlungen so zu gestalten, dass der sogenannte Langsamverkehr eine echte Alternative zum motorisierten Verkehr werden kann.

International koordinierte Ansätze sind darüber hinaus vor dem Hintergrund einer steigenden globalen Mobilität zur Verhinderung und Eindämmung von Epidemien notwendig. Gesundheit ist auch aus entwicklungspolitischer Sicht eine Herausforderung: Entwicklungsziele sind auch Gesundheitsziele. Dabei stellt sich auch die Frage der besseren Verteilung der Nutzeffekte der grenzüberschreitenden Mobilität des Gesundheitspersonals (Verhinderung eines Braindrain). Was die Pflege betrifft, werden in Zukunft auch die Aspekte der Schwarzarbeit sowie des Menschenhandels zu beachten sein. Zudem fordern Entwicklungsländer tiefere Preise oder teilweise die Aufhebung des Patentschutzes für lebenswichtige Medikamente.

9) Die Folgen des Klimawandels eindämmen und Anpassungsmassnahmen einleiten, die Ressourcen und die Energieversorgung langfristig sichern

Die Klimaerwärmung wird sich – trotz hoher Unsicherheit über das genaue Ausmass – fortsetzen. Im Kontext eines globalisierten Wettbewerbs ist von volatilen Rohstoffpreisen und zunehmenden Ressourcenverteilungskämpfen auszugehen. Die Schweiz ist insgesamt gut positioniert, um mit den damit verknüpften Herausforderungen umzugehen, wenn die richtigen Massnahmen vorausschauend getroffen werden und ihre Umsetzung rechtlich verbindlich ist. Mit einem nachhaltigen Engagement im Bereich Klima und erneuerbare Energie sind wesentlichen Chancen verbunden, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Grosse Staaten versuchen zunehmend, sich in Drittländern direkten Zugang zu Rohstoffen und Ressourcen zu verschaffen. Rohstoff- und ressourcenreiche Länder wiederum weiten die staatliche Kontrolle über die Ressourcen aus, um ihre politischen Interessen im In- und Ausland durchzusetzen. Angesichts weltweiter Rohstoff- und Ressourcenabhängigkeit kann daraus ein beträchtliches Konfliktpotenzial entstehen. Darüber hinaus könnte die weltweite Ressourcenverknappung zu einer abgeschwächten Globalisierungsdynamik und damit einem geringeren Weltwirtschaftswachstum beitragen. Sie fördert protektionistische Tendenzen und erschwert die weitere Liberalisierung des Welthandels, verringert die Planungssicherheit für die Wirtschaft und führt zu zunehmend fluktuierenden Preisen sowie finanziellen Mehrbelastungen für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Störungen bei der Versorgung mit fossilen Energien treffen ein Land in der ganzen Breite, vom Heizen der Wohnung über den Verkehr bis zu industriellen Produktionsprozessen. Für die Schweiz wird folglich die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung durch Massnahmen im Inland – wie die Steigerung der Nutzungseffizienz, die Diversifizierung der Energieproduktion und die Gewährleistung einer ausreichenden inländischen Produktion – aber auch durch eine geeignete Energieaussenpolitik, von entscheidender Bedeutung sein. Spannungen können sich aber auch rund um andere nicht-erneuerbare Rohstoffe ergeben, die nicht einfach zu substituieren sind. So steigt auch die Nachfrage nach Metallen und Agrargütern weltweit, während das Angebot beschränkt ist. Angebotsseitig sind die Schätzungen bezüglich der vorhandenen Reserven an Rohstoffen zwar oft unsicher. Allgemein wird jedoch mit steigenden und volatileren Preisen gerechnet.

In verwundbaren Weltregionen zeichnet sich ab, dass zusätzlich auch die natürlichen Lebensgrundlagen zuneh-

mend prekär werden. Aufgrund von Ernährungskrisen, Wasserknappheit, Flutkatastrophen, vermehrten Dürren oder krisenbedingter Migration können neue Konstellationen entstehen. Die unterschiedlichen Auffassungen über Nutzung und Verteilung von Ressourcen und Rohstoffen können künftig auch innerhalb der Gesellschaften vermehrt zu Auseinandersetzungen führen, bis hin zu gewalttätigem Extremismus. In der Schweiz ist der knappen und nichterneuerbaren Ressource Boden, die von der Zersiedlung bedroht ist, besser Sorge zu tragen, und die landwirtschaftlichen Flächen müssen optimal genutzt werden.

Mit der Frage der Energie-, Rohstoff- und Ressourcenversorgung eng verknüpft ist die Frage des Klimawandels. Energieszenarien weisen auf einen global zunehmenden Verbrauch hin. Auch in der Schweiz hat sich die Klimaerwärmung in den letzten Jahrzehnten beschleunigt: Sie fällt doppelt so stark aus wie im globalen Mittel und wird sich fortsetzen. Hitzewellen werden genau wie Starkniederschläge, Hochwasser und Hanginstabilitäten zunehmen. Anpassungsmassnahmen sind trotz eingeleiteter Emissionsreduktionsmassnahmen unumgänglich, um die Auswirkungen auf Gesundheit, Naturgefahren, Biodiversität, Wasserhaushalt, Landwirtschaft oder Tourismus zu mildern. Finanziell ist deshalb sowohl im Bereich der Naturgefahrenprävention als auch der Hilfemassnahmen bei Extremereignissen mit höheren Ausgaben zu rechnen. Einnahmeseitig sind tiefere Steuereinnahmen durch gedämpftes Wirtschaftswachstum und allenfalls ein geänderter steuerlicher Einnahmenmix bei klimapolitisch begründeten Beschlüssen möglich.

Zwar fördern der Klimawandel und die zunehmende Rohstoff- und Ressourcenverknappung das Bewusstsein für Umweltprobleme und die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung und schaffen so Anreize zur effizienten Ressourcennutzung. Eine nachhaltige Steigerung des Wohlstands, die weiterhin stark auf der Ver-

wendung fossiler Energieträger basiert, ist aber je länger desto weniger möglich, und dies weniger wegen ihrer Erschöpfbarkeit – die bei Kohle kaum ein Problem ist – als wegen der Treibhausgasemissionen, wo Kohle besonders schlecht abschneidet. Vor diesem Hintergrund gewinnen Bildung, Innovation, Technologie- und Wissenspartnerschaften an Stellenwert.

Angesichts der weiter steigenden Relevanz von Informations- und Kommunikationstechnologien nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in ökologischer Hinsicht, wird u.a. zielgerichtetes Handeln für «Green ICT» immer wichtiger.

Die Schweiz hat ein grosses Interesse an einer zielgerichteten, rechtlich verbindlichen und globalen Bekämpfung des Klimawandels. Sie unterstützt globale Klimaabkommen zur zielgerichteten und globalen Bekämpfung des Klimawandels und engagiert sich im Rahmen bilateraler Kooperationen mit Schlüsselstaaten in den Bereichen Wissensaustausch und Technologietransfer, denn drastische Weichenstellungen in eine klimaverträgliche Zukunft werden notwendig. Das weltweite Energiesystem muss nämlich rasch auf erneuerbare Energiequellen umgestellt werden, der weltweite Urbanisierungsschub und wachsende Mobilität müssen klimaverträglich gestaltet werden.

10) Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen und die Verwundbarkeiten im Bereich der Infrastruktur reduzieren

Die fortschreitende Technologisierung ist ein grundlegender Treiber vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen. Neue technologische Entwicklungen können die Effizienz und Effektivität von wirtschaftlichen und politischen Prozessen steigern und in zahlreichen Politikfeldern Chancen eröffnen. Die Gefahren einer fortschreitenden Technologisierung zeigen sich aber etwa in der zunehmenden Verwundbarkeit vieler Infrastrukturnetze.

Die fortschreitende Technologisierung wirkt sich auf die verschiedensten politischen Themenbereiche aus und ist in vielen Fällen Bindeglied zwischen Trends, indem sie diese verstärkt oder abschwächt. Die fortschreitende technologische Entwicklung und deren Auswirkungen zeigen sich am deutlichsten in der wachsenden Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Ein Ende der rasanten Entwicklung ist dank der anhaltenden technologischen Innovation und den viel leistungsfähigeren Übertragungs- und Anschlussnetzen der nächsten Generation nicht absehbar. Der Trend zur Vernetzung eröffnet einerseits die Aussicht auf Effizienzgewinne in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht, birgt aber zugleich die Gefahr verstärkter Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten, die sich aus der zunehmenden Anfälligkeit komplexerer IKT-Systeme und -Netze und der wachsenden Abhängigkeit seitens der Gesellschaft ergeben.

Neben technologischen Aspekten sind weitere Auswirkungen der IKT-Entwicklung zu beachten. Erstens in ökologischer Hinsicht angesichts des enormen Stromverbrauchs moderner Rechnersysteme, zweitens in wirtschaftlicher Hinsicht angesichts der Abkoppelung der IKT-Infrastruktur von der Anwendung, weiter aufbrechender Wertschöpfungsketten, veränderter Konsum- und Einkaufsgewohnheiten oder der Entstehung einer «virtualisierten» Arbeitswelt, drittens in politischer Hinsicht angesichts neuer Partizipationsformen in Politik und Verwaltung (E-Government, Kampagnen), viertens in rechtlicher Hinsicht angesichts des automatisierten Datenaustauschs zwischen Justizregistern (E-justice) oder der Wahrung von Datenintegrität, Daten- sowie Persönlichkeitsschutz (z.B. mittels Bekämpfung von Cyberkriminalität), fünftens in bildungspolitischer Hinsicht angesichts der Notwendigkeit, die erforderlichen Kompe-

tenzen zur Nutzung neuer Technologien und Medien zu entwickeln, und sechstens in gesellschaftlicher Hinsicht angesichts neuer Formen sozialer Interaktion in virtuellen Netzwerken oder einer veränderten Mediennutzung.

Neue technologische Entwicklungen können die Effizienz und Effektivität von wirtschaftlichen und politischen Prozessen steigern. Beispielsweise verbessert die Informatisierung und elektronische Vernetzung der Verwaltungen (E-Government) die Reaktionsfähigkeit und Kundenfreundlichkeit durch die rasche und breite Verfügbarkeit von Informationen. Auch im Infrastrukturbereich können sich Effizienz- und Effektivitätsgewinne in ökonomischer und ökologischer Hinsicht ergeben, etwa bei der Förderung ökologischer Technologien. Der hohe technologische Entwicklungsstand und die gut ausgebauten schweizerischen Infrastrukturen bieten die Möglichkeit, komparative Vorteile weiter auszubauen und den Technologie-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz («cleantech economy») zu stärken.

Die Schattenseiten einer fortschreitenden Technologisierung zeigen sich aber beispielsweise in der Verwundbarkeit vieler Infrastrukturnetze, die immer stärker von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) durchdrungen und von einer konstanten Energieversorgung abhängig sind. Energieversorgungssicherheit wird damit in einer technologiebasierten Gesellschaft zu einer unverzichtbaren Voraussetzung. In gesellschaftlicher Hinsicht nimmt die Gefahr der Informationsüberflutung und der Internetkriminalität zu. Das Risiko steigt, dass Bevölkerungsgruppen, die nicht über das für die Verwendung der neuen Kommunikationsformen notwendige Wissen verfügen, an den Rand gedrängt oder gar aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Zudem stellen sich vermehrt Fragen zur Wahrung von Urheberrecht und Datenschutz.

11) Die Infrastruktursubstanz erhalten und ihre Finanzierung sicherstellen

Infrastrukturen aller Art spielen eine zentrale Rolle im Bereich der Standortattraktivität, aber auch hinsichtlich der Vernetzung der dezentral besiedelten Schweiz. Die Beanspruchung der Infrastrukturen wird aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und der Ausdifferenzierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse weiter zunehmen, sodass sich substantielle Engpässe abzeichnen. Die Hauptherausforderung bleibt es, die notwendigen Mittel für den Substanzerhalt rechtzeitig bereitzustellen. Gut erhaltene Infrastrukturen hingegen bergen eine Vielzahl von Chancen für die Wirtschaft, die Umwelt und die Gesellschaft.

Die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik hat eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Vernetzung der dezentral besiedelten Schweiz übernommen und besitzt das Potenzial, auch künftig zur Erweiterung und Stärkung von Metropolitanräumen beizutragen. Sie schafft auch die unverzichtbare Grundlage für sämtliche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse sowie insbesondere für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz, und auch die technologische Entwicklung setzt eine hohe Qualität der Netzinfrastrukturen voraus. Die Beanspruchung der Infrastrukturen wird aber aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und der Ausdifferenzierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse weiter zunehmen. Die bestehenden Kapazitäten der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze werden intensiver genutzt, und Engpässe zeichnen sich insbesondere im Verkehrs- und Energiebereich ab. Die Folgen sind einerseits eine steigende Abnutzung der physischen Anlagen, was wiederum Erneuerungsbedarf in noch kürzeren Abständen schafft; andererseits schwinden die Stabilitätsreserven der Netze, gerade wenn keine Ausweichmöglichkeiten (Redundanzen) bestehen. Notwendig sind somit Ersatzinvestitionen für den Substanzerhalt und teilweise auch gezielte Investitionen in den Ausbau der Netze insbesondere im Strom- und Verkehrsbereich, um die Funktionalität der Infrastrukturen zu gewährleisten. Punktuelle Ergänzungen im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen dürften nur in Ausnahmefällen hinzukommen. Diese können jedoch Gegenstand von ideologischen und gewalttätigen Auseinandersetzungen werden.

Es besteht die Gefahr, dass der Anteil der für Infrastrukturinvestitionen verfügbaren Mittel aus den öf-

fentlichen Haushalten abnimmt. Grund dafür sind demografische Veränderungen, die zu einem relativen Anstieg der via Sozialwerke in den Konsum fliessenden öffentlichen Gelder führen, und eine Verschiebung von Finanzierungsprioritäten in Richtung Bildung. Dies betrifft vor allem den stark über allgemeine Budgetmittel finanzierten Verkehr, während andere Infrastrukturen infolge stärkerer Nutzer- oder Gebührenfinanzierung weniger stark tangiert sind. Diesem Druck zur Verdrängung der Infrastrukturinvestitionen sollte im Interesse der Erhaltung der Standortattraktivität der Schweiz begegnet werden. Um einen ausreichenden Substanzerhalt und Engpassbeseitigungen finanzieren zu können, sind künftig vermehrt alternative Quellen der Infrastrukturfinanzierung zu suchen, etwa eine verstärkte direkte Finanzierung durch die Nutzer (Mobility Pricing). Die ursprünglich spezifischen Funktionen gewidmeten Infrastrukturnetze konvergieren infolge des technologischen Fortschritts zu einem komplexen, von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägten System. Dies gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den Sektoren. Insbesondere die Durchdringung der Verkehrs- und Energienetze mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) fördert diesen Trend. Schliesslich wachsen nationale Infrastrukturnetze aufgrund der internationalen Integration der Märkte und der Vereinheitlichung technischer Standards immer stärker über nationale Grenzen hinweg zusammen. Diese Konvergenz birgt sowohl Chancen (Effizienzgewinne) als auch Gefahren (verstärkte Abhängigkeit und Verletzlichkeit). Die Netze sind sektorübergreifend und international zu koordinieren und müssen sich auf koordinierte Regulierungen abstützen können.

12) Die Chancen der Metropolisierung nutzen und die Risiken bei der Siedlungsentwicklung minimieren

Die Schweizer Raumentwicklung ist geprägt durch das Phänomen der Metropolisierung. Die Schweiz hat ihr traditionell dezentrales Siedlungssystem durch eine stützende Verkehrs- und Infrastrukturpolitik gestärkt. Auf der einen Seite birgt ein hervorragend integrierter Wirtschaftsraum mit ausgezeichneten Erreichbarkeitsbedingungen grosse Chancen – auf der anderen Seite besteht die Gefahr einer zu hohen Belastung des Lebensraums, von Infrastrukturengpässen und eines Ungleichgewichts zwischen den Regionen (Peripherien und Zentren).

Zunehmend stehen im regionalen und globalen Umfeld der Schweiz nicht mehr Staaten, sondern Metropolitanräume in Konkurrenz zueinander. Diese Tendenz ist geprägt vom Konzept des funktionalen Raums, der die bisherigen administrativen Grenzen als sinnvollste «Problemlösungseinheit» ablöst. Auch die Schweizer Raumentwicklung ist geprägt durch das Phänomen der Metropolisierung. Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist zu einem wesentlichen Teil auf die Dynamik ihrer drei Metropolen Zürich, Basel und der Genfersee-Region zurückzuführen. Im Süden des Landes hat Lugano eine gewisse Sonderstellung als Nebenzentrum von Mailand auf schweizerischem Territorium. Die gute Verteilung der Wachstumspole über die Schweiz sorgt dafür, dass alle sprachregionalen Landesteile in relativ ausgewogener Weise an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben. Diese räumlich-wirtschaftliche Entwicklung entspricht allerdings nur bedingt der raumordnungspolitischen Zielvorstellung einer polyzentrischen Raumentwicklung, ist sie doch durch die wachsende Dominanz weniger Grosszentren, funktionale Spezialisierungen und Konzentrationen, eine disperse Siedlungsentwicklung und immer weiter ausgreifende Pendlerströme gekennzeichnet.

Das eisenbahnpolitische Konzept «Bahn 2000» legte den Schwerpunkt bewusst nicht auf die schnellstmögliche Verbindung der Zentren höchster Rangordnung, sondern auf eine S-Bahn-ähnliche Vernetzung aller grösseren und mittleren Zentren der Schweiz. Noch stärker förderte der laufende Ausbau des National- und Hauptstrassennetzes eine flächenhafte Erschliessung. In der Folge entstand ein hervorragend integrierter Wirt-

schaftsraum mit ausgezeichneten Erreichbarkeitsbedingungen. Rund 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung erreichen in weniger als einer Stunde Fahrtzeit ein Grosszentrum.

Kehrseite der Metropolisierung und der guten Erreichbarkeitsbedingungen ist die Belastung des Lebensraums: Zunahme der Siedlungsfläche zulasten der landwirtschaftlichen Nutzfläche, Landschaftsveränderungen sowie Verlust von landschaftlicher Vielfalt, Biodiversität und wenig beeinflussten «Wildnisgebieten». In der Schweiz konnte das Schwinden von ökologisch wertvollen Lebensräumen bisher nur leicht gebremst werden; weiterhin geht Kulturland rasch verloren und die Landschaftszersiedelung setzt sich fort. Die derzeitige Siedlungsentwicklung erfolgt in einem nicht nachhaltigen Mass und ist angesichts hoher Pro-Kopf-Infrastrukturkosten auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu hinterfragen. Das erwartete Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in der Schweiz wird die Entwicklungen weiter verschärfen, wenn es nicht gelingt, eine griffigere, auf eine Siedlungskonzentration hinwirkende Raumplanung weiter auszubauen. Weiter droht eine Zunahme sozialer Spannungen (zunehmende Anonymisierung sowie gesellschaftliche Fragmentierung) in den verdichteten Lebensräumen, die sich durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft und Kriminalität äussert.

Aufgrund regionaler und globaler Entwicklungen ist die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Metropolitanräume auf internationaler Ebene zu fördern. Um die übrigen Regionen nicht zu benachteiligen, muss deren Vernetzung mit den Metropolitanräumen sichergestellt werden.

Anhang

Hauptherausforderungen und Handlungsoptionen pro Szenario

In den folgenden Tabellen pro Szenario werden die Hauptherausforderungen sowie entsprechende Handlungsoptionen, aufgeschlüsselt nach den Kategorien Politik (ausser und innen), Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt/Infrastruktur, dargestellt.

Die erarbeiteten Resultate repräsentieren die Meinungen von verwaltungsinternen sowie -externen Expertinnen

und Experten, die gemäss Szenariotechnik in einem kreativen Denkprozess im Rahmen von Workshops entstanden sind. Entsprechend weisen diese Resultate nicht denselben Konsolidierungsgrad wie der Hauptbericht auf, sind jedoch als brauchbare Grundlage für weiterführende Gedanken zu verstehen.

Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Integration / Regionale Integration

Szenario 1	Haupt Herausforderung	Handlungsoptionen
Politik (aussern)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zunehmende Abhängigkeit vom Ausland ▪ Anfälligkeit des schweizerischen Systems auf politischen und wirtschaftlichen Druck von Aussen ▪ Schleichender Verlust nationaler Selbstbestimmung ▪ Dynamisches Umfeld zwingt zu noch leistungsfähigerer Aussenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bilaterale und multilaterale Kooperation mit verschiedenen strategisch wichtigen Staaten ▪ Breite und agile Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren ▪ Aufbau von Früherkennungsstrukturen für Krisen aller Art
Politik (innen) / öffentliche Finanzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherstellung der Strategiefähigkeit und Strategieumsetzungsfähigkeit staatlicher Behörden ▪ Veränderungen der Zuständigkeiten und entsprechenden Aufgabenteilung zwischen staatlichen Ebenen sowie zwischen Staat – Wirtschaft – Gesellschaft ▪ Steigende Kosten für Bildung, Forschung und Infrastruktur ▪ Hoher Finanzierungsdruck auf die Sozialwerke und das Gesundheitssystem (zusätzlich akzentuiert aufgrund steigender Kosten) ▪ Setzen von Prioritäten und Posterioritäten ▪ Anforderungen an Krankenversicherungssysteme 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Optimierung der Strategie- und Strategiedurchführungsfähigkeit (u.a. aufgrund eines Früherkennungssystems) ▪ Klärung, und falls nötig Anpassung, der Aufgabenteilung und Zuständigkeiten der staatlichen Ebenen (Bund-Kantone-Gemeinden) sowie zwischen Staat – Wirtschaft – Gesellschaft ▪ Diskussion über Werte, aber auch Kosten des Föderalismus und der Demokratie ▪ Frühzeitige Entwicklung einer sinnvollen und systematischen Umverteilungsstrategie ohne Steuererhöhung ▪ Optimierung der Tarifsysteme im Gesundheitswesen ▪ Politische Steuerung im Bereich Gesundheitsberufe ▪ Stärkere Gewichtung der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verschärfter Standortwettbewerb ▪ Verschärfter Wettbewerb um zentrale Ressourcen wie Humankapital, Rohstoffe und Energie 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit z.B. durch Marketing oder durch die Schaffung von günstigen Bedingungen zum Ausgleich entgeltlicher bzw. unentgeltlicher Arbeit ▪ Positionierung der Schweiz als führendes Forschungs-, Bildungs- und Innovationslabor ▪ Bewusster Aufbau von Bildungs- und Forschungsnetzwerken («Cluster») ▪ Innovative Migrations-, Integrations- und Fiskalpolitik (u.a. Abschaffung struktureller Hindernisse zur besseren Einbindung von Frauen im Erwerbsleben)
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Generell zunehmende Verwundbarkeit der Gesellschaft: Wirtschaftliche, technische und politische Systemrisiken ▪ Fortbestehen von politischem, ideellem und religiösem Extremismus, der sich teilweise gewalttätig entlädt ▪ Verhältnis Erwerbstätige/Nicht-Erwerbstätige; Junge/Ältere Menschen ▪ Integration und Bildung der Migrationsbevölkerung ▪ Drohender Identitäts- und Werteverlust: Was macht die Schweiz aus? ▪ Finanzierung der Sozialsysteme im Kontext einer älter werdenden Bevölkerung ▪ Zunahme von chronischen Krankheiten, insb. Demenz als gesundheitliche Folgen der demographischen Entwicklung ▪ Epidemie- und Pandemiegefahr aufgrund erhöhter globaler und regionaler Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Frühzeitiges Erkennen und Bewirtschaftung von Systemrisiken und Konfliktpotenzialen ▪ Steigerung der Widerstands- und Regenerationsfähigkeit der technischen Systeme, aber auch der Gesellschaft selbst; Sensibilisierung der Bevölkerung ▪ Flexibilisierung des Rentenalters ▪ Verstärkte Familienförderung (Tagesangebote, Flexibilisierung am Arbeitsplatz, mehr Teilzeitangebote auch für Männer) ▪ Gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik sowie vorausschauende Migrations- und Fiskalpolitik ▪ Breite Diskussion über Werte und Identität, Betonung von Gemeinsamkeiten; Verwendung zusätzlicher Bereiche als Integrationsfaktoren (z.B. die Kultur) ▪ Förderung der Migration zur Erlangung einer höheren Bildung oder Weiterbildung auch ausserhalb der EU (z.B. zeitlich unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen) ▪ Anpassung der Prävention und Versorgungsstruktur, um chronischen Krankheiten vorzubeugen ▪ Sicherstellen des Schutzes der Bevölkerung vor Pandemien
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Neue Konfliktkonstellationen und erhöhte Migration aufgrund von Klimawandel ▪ Wettlauf um globale Ressourcen, Verknappung von Ressourcen oder beschränkter Zugang zu Ressourcen schaffen Spannungen und Konflikte ▪ Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit Schweiz; zunehmende Abhängigkeit vom Ausland ▪ Beschleunigter Metropolisierungsprozess, Zersiedlung und Bodenverbrauch ▪ Landschaftsdegradation und Verlust an Biodiversität ▪ Überbeanspruchung Infrastrukturnetze: Substanzerhalt und Ausbau 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von globalen Klimaabkommen zur zielgerichteten und globalen Bekämpfung des Klimawandels ergänzt durch bilaterale Kooperationen mit Schlüsselstaaten (Themen: Wissensaustausch und Technologietransfer) ▪ Verstärkung des Ressourcenmanagements ▪ Förderung von Alternativen zum fossil angetriebenen Wachstum ▪ Diversifizierung der Energiequellen und der Versorgungswege ▪ Verstärkung der Raumplanung ▪ Intensivierung der Bemühungen zur Erhaltung der Landschaftsqualität und Biodiversität ▪ Sektorübergreifende und international abgestimmte Koordination der Infrastrukturnetze und Sicherung ihres Substanzerhalts

Hauptausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Integration / Regionale Fragmentierung

Szenario 2	Hauptausforderung	Handlungsoptionen
Politik (ausser)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Noch leistungsfähigere Aussenpolitik (Aussenwirtschaft, Energie, Gute Dienste, etc.) ▪ Fehlende Asienkompetenz; d.h. Mangel an Kompetenzen für die Beziehungen mit Asien und des Verständnis unterschiedlicher Mentalitäten ▪ Aktiver Beitrag zur regionalen Stabilität Europas 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reformen und Stärkung der Exekutive ▪ Erhöhung der Strategiefähigkeit in Bezug auf Schlüsseldossiers (Sicherheit, Finanzmarkt, BF/Bildung Forschung Innovation, Energie, Energieversorgung, Verkehrsfragen, Finanzmarktfragen, Marktzutritt) ▪ Erhöhung der Strategiefähigkeit in Bezug auf Schlüssel-länder: trotz Fragmentierung darf Europa (insbesondere Deutschland) nicht vernachlässigt werden ▪ Gezielter Aufbau der Asienkompetenz in der Schweiz ▪ Stärkung des Freihandels und der Bildungs Kooperationen mit Asien ▪ Wiederbelebung und Ausbau der EFTA als Antwort auf die EU-Fragmentierung, Stärkung des Europarates ▪ Ausbau der guten Dienste und Kooperation auch ausserhalb der EU mit einem Fokus auf Armutsreduktion, nachhaltige (wirtschaftliche) Entwicklung und globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Ernährungssicherheit, in Entwicklungs- und Transitions-ländern und Ausbau der humanitären und technischen Zusammenarbeit mit fragilen Staaten
Politik (innen) / öffentliche Finanzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ▪ Finanzpolitik des Bundes ▪ Offensive und proaktive Förderung von Bildung, Forschung und Innovation ▪ Finanzierungsprobleme für Sozialwerke durch Wachstums-schwäche, zunehmende Gesundheitskosten ▪ Anforderungen an Krankenversicherungssystem 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klärung und Definition der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ▪ Instrumentarium der regelgebundenen Finanzpolitik kontinuierlich weiterentwickeln, um die Mittelkonkurrenz im Bundeshaushalt besser steuern zu können. ▪ Stärkere Gewichtung der Bildungs-, Forschungs- und Inno-vationspolitik; Gezielte Unterstützung von Partnerschaften zwischen Hochschulen und Wirtschaft ▪ Reform der Sozialwerke und des Föderalismus: Reform von AHV/ALV, Abschaffung struktureller Hindernisse zur besseren Einbindung von Frauen im Erwerbsleben, Weiter-entwicklung des Föderalismus ▪ Optimierung der Tarifsysteme im Gesundheitssystem; Poli-tische Steuerung im Bereich Gesundheitsberufe
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Standortattraktivität der Schweiz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des Standortes Schweiz via guter Gouvernanz-strukturen (international kompatible Finanzmarktregulati-on, Rechtssicherheit, Aktienrecht, umsichtige Finanzpolitik, Möglichkeit des Ausgleichs entgeltlicher und unentgeltlicher Arbeit) ▪ Förderung von Bildung, Forschung und Innovation ▪ Vorausschauende Migrations- und gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überwindung der politischen und sozialen Stagnation und der zunehmenden sozialen Spannungen, insbesondere des Grabens zwischen finanziell starken und weniger starken Regionen in der Schweiz ▪ Zunahme der chronischen und psychischen Krankheiten ▪ Epidemie- und Pandemiegefahr aufgrund erhöhter globaler Mobilität 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Prüfung von Handlungsoptionen (u.a. im Kulturbereich), um das Gleichgewicht zwischen den Regionen zu erhöhen ▪ Entwicklung neuer Versorgungsmodelle, Neuausrichtung der Prävention (Pandemien, chronische Krankheiten)
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zunahme der Umweltbelastung wegen Schwächung der Umweltpolitik ▪ Beschaffungs- und Versorgungsprobleme bei Energie, Rohstoffen und natürlichen Ressourcen ▪ Zersiedlung und Bodenverbrauch schreiten voran, auch wegen Schwächung der Raumplanung und Massnahmen zur Förderung der Bauwirtschaft ▪ Schwierige Lage der ländlichen Räume wegen angeschla-gener Finanzlage des Bundes ▪ Schwierige Finanzierung des Substanzerhalts der Infrastruk-turen wegen schwacher Wirtschaftsentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von globalen Klimaabkommen zur zielge-richteten und globalen Bekämpfung des Klimawandels ergänzt durch bilaterale Kooperationen mit Schlüsselstaa-ten (Themen: Wissensaustausch und Technologietransfer ▪ Starker Fokus auf inländische Versorgung und Förderung von Energieeffizienz ▪ Verstärkung des Ressourcenmanagements ▪ Strategien zur Erhaltung der wirtschaftlichen Lebensfähig-keit der ländlichen Räume ▪ Verstärkung von Raumplanung und Siedlungsentwicklung nach innen ▪ Neue Wege zur Infrastrukturfinanzierung

Hauptausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Fragmentierung

Szenario 3	Hauptausforderung	Handlungsoptionen
Politik (aussern)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewährung von Sicherheit und Stabilität ▪ Bereitstellen eines Arsenal von Streitschlichtungs- und Retorsionsmassnahmen ▪ Stärkung der Universalität der Beziehungen ▪ Verstärkter Bilateralismus, sowohl in Europa wie auch weltweit, mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit ▪ Neutralitätspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Früherkennung sicherheitspolitisch relevanter Risiken ▪ Ausbau der guten Dienste und der Kooperation auch ausserhalb der EU mit einem Fokus auf Armutsreduktion, nachhaltige (wirtschaftliche) Entwicklung und globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Ernährungssicherheit, in Entwicklungs- und Transitionsländern und Ausbau der humanitären und technischen Zusammenarbeit mit fragilen Staaten
Politik (innen) / öffentliche Finanzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geringe Handlungsfähigkeit des Staates aufgrund finanzieller Überforderung bei gleichzeitig hoher Anspruchshaltung der Wirtschaft und Gesellschaft ▪ Vermittlung eines angemessenen Sicherheitsgefühls durch den Staat ▪ Sichern der forschungs- und bildungspolitischen Spitzenstellung trotz Schwerpunktverlagerung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Errungenschaften der regelgebundenen Finanzpolitik (Schuldenbremse) gegen zunehmenden Druck verteidigen; Ausdehnung (insb. auf Sozialversicherungen) unerlässlich, um die stark zunehmende Mittelkonkurrenz besser steuern zu können. ▪ Stärkung der Armee und Polizei sowie des Grenzschutzes durch das Grenzschutzkorps /Anpassung der Dienstleistungsmodelle in der inneren und äusseren Sicherheit ▪ Ausbau der Rüstungsindustrie ▪ Gewährleistung/Betonung demokratischer Grundwerte durch den Staat ▪ Förderung zivilgesellschaftlicher Kräfte bzw. sicherstellen, dass sie sich entfalten können ▪ Erneuerung des föderalen Systems von unten: kommunale und städtische Innovationskraft fördern
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umgang mit den durch zunehmende Marktabschottung geprägten internationalen Rahmenbedingungen ▪ Sicherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Wirtschaftsförderung ▪ Abbau internationaler Handelsbarrieren durch Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern ▪ Abschluss von Freihandelsabkommen ▪ Gezielte Steuerung von Zollsicherheit und Handelserleichterungen ▪ Sicherstellen der Wettbewerbsfähigkeit durch alternative Arbeitsmodelle, Möglichkeiten zur Vereinbarung entgeltlicher und unentgeltlicher Arbeit, Aufwertung der Care Arbeit, internationales Lobbying für die Schweiz, Stärkung des Finanzplatzes Schweiz durch entsprechende gesetzliche Regelungen, Förderung von Technologien
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bedrohte nationale Kohäsion ▪ Integration der Randregionen ▪ Negative Auswirkungen des abnehmenden Wohlstands und der unsicheren Zukunft auf den Gesundheitszustand und die Lebenserwartung der schweizerischen Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fördermassnahmen im Kulturbereich zur Unterstützung der nationalen Kohäsion; Kohäsionsbildende Grossprojekte: Landi 2027 ▪ Förderung und Unterstützung der Mehrsprachigkeit (Kräftigung des Zusammenhalts innerhalb der Schweiz) ▪ Einführung der allgemeinen Dienstpflicht sowie von Betreuungsdiensten ▪ Gezielte Einwanderungs- und Integrationspolitik: Fokus auf qualifizierte Arbeitskräfte (Frauen und Männer); gezielte Massnahmen gegen Menschenhandel und -schmuggel sowie gegen Fremdenfeindlichkeit ▪ Gezielte Thematisierung und Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Zentren und Randregionen ▪ Politische Steuerung im Bereich Gesundheitsberufe
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rohstoff- und Ressourcenkonflikte sowie protektionistische Massnahmen akzentuieren Verknappungen ▪ Geringere Umweltbelastung wegen schwacher Wirtschaft, aber politischer Druck zur Schwächung der Umweltpolitik ▪ Geringerer wirtschaftlicher Druck zu Zersiedlung und Bodenverbrauch, aber politische Schwächung der Raumplanung ▪ Schwierige wirtschaftliche Lage erschwert den Unterhalt des Gebäudeparks und dessen energetischer Sanierung ▪ Schwierige Finanzierung des infrastrukturellen Substanzerhalts 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zielgerichtete Bekämpfung des Klimawandels durch bilaterale Kooperationen mit Schlüsselstaaten (Themen: Wissensaustausch und Technologietransfer) ▪ Einhaltung von Normen, Standards und internationalen Richtlinien im Bereich des Umweltschutzes ▪ Verstärkung des Ressourcenmanagements ▪ Stärkung der Raumplanung ▪ Strategien zum Rückbau von Infrastrukturen und zum Substanzerhalt

Haupt Herausforderungen und Handlungsoptionen im Szenario Globale Fragmentierung / Regionale Integration

Szenario 4	Haupt Herausforderung	Handlungsoptionen
Politik (ausser)	<ul style="list-style-type: none"> Politische Positionierung innerhalb der EU Nationale Selbstbestimmung bzw. Balance von Kompromissfähigkeit und nationaler Identität 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung der multilateralen globalen Institutionen (UNO, WTO) Nutzung der Chancen als EU-Mitglied (politisch und wirtschaftlich): Aktive Mitgestaltung der Aussenpolitik der EU; aktive Beiträge bei der Schwerpunktsetzung der EU Nutzung der Marktintegration, damit möglichst viele Sektoren davon profitieren können Sensibilisierung der EU für schweizerisches System: Erklärung des funktionierenden schweizerischen föderalen Systems und der direkten Demokratie Schwerpunkt der Beziehungen auf die Region Europa, Bekenntnis zu gemeinsamen Werten (Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit) und sozialer Marktwirtschaft Erhöhter Fokus auf Armutsreduktion, nachhaltige (wirtschaftliche) Entwicklung und globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Ernährungssicherheit, in Entwicklungs- und Transitionsländern und Ausbau der humanitären und technischen Zusammenarbeit mit fragilen Staaten
Politik (innen) / öffentliche Finanzen	<ul style="list-style-type: none"> Schritte zur Annäherung an die EU Sichern der Forschungs- und Bildungspolitischen Spitzenstellung trotz Schwerpunktverlagerung 	<ul style="list-style-type: none"> Beschleunigung der Politikkonvergenz zwischen der Schweiz und EU: Von «Wait and See» hin zu proaktiver Strategie (Institutionelle Anpassung, Information verschiedener Stakeholder, Positionierung als Wirtschaftsstandort/ Business Hub, Privatisierung, Aktivierung der Gleichstellungspolitik, Datenaustausch im Bereich Sozialversicherungen zwischen CH und EU Ländern) Reform von Rahmenbedingungen respektive Konvergenz auf EU Level, bevor EU-Beitritt durchgeführt wird. Staatspolitische Reformen (Föderalismus, direkte Demokratie, Fusion von Kantonen zu Regionen) rechtzeitig durchführen Frühzeitige Lancierung eines Dialogs zwischen EU/Bund/ Kantone/Gemeinde/Bevölkerung Aktivierung der Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming in der öffentlichen Politik Instrumentarium der regelgebundenen Finanzpolitik (nach dem Vorbild der Schuldenbremse) punktuell weiterentwickeln
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> Positionierung der Schweiz als urbane, fortschrittliche Gesellschaft mit Spitzenplatz in den Bereichen Technologien, Bildung, erneuerbare Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung des Business Hub Schweiz im internationalen Wirtschaftsaustausch mit High/Green Tech, Bildung, Health Sciences, Pharmabereich Ausbau der Schweiz als Drehscheibe für Wasserversorgung und Energietransporte sowie im Regelenergiemarkt (Thema Pumpspeicher u.a.) Nutzung des Know-hows der Generation über 70 und Förderung der Bereitschaft der Wirtschaft dazu
Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Migrationsdruck auf die EU und die Schweiz von Menschen aus nicht EU-Ländern (Menschenhandel/-schmuggel / Fremdenfeindlichkeit / Integrationsprobleme) Akzentuierung des Verteilungskampfs um die Finanzierung von stark belasteten und neu zu erstellenden Infrastrukturen und die Finanzierung der steigenden Gesundheits- und Sozialkosten 	<ul style="list-style-type: none"> Migrationspartnerschaften mit nicht EU-Ländern sowie gesamtgesellschaftliche Integrationsprogramme Beitrag der Schweiz an die Verstärkung der Kontrollen an den Aussengrenzen Neuausrichtung Prävention auf Vorbeugung chronischer Krankheiten
Umwelt / Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> Sicherstellung der Energie- und Rohstoffversorgungssicherheit im europäischen Zusammenhang Wachsende Bedeutung der zunehmend integrierten grenzüberschreitenden Agglomerationen Bodenknappheit als Folge der fortschreitenden Zersiedlung Politischer Anpassungsdruck im Infrastrukturbereich wegen voller Integration in EU Steigende Belastung der Verkehrsinfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> Zielgerichtete Bekämpfung des Klimawandels durch bilaterale Kooperationen mit Schlüsselstaaten (Themen: Wissensaustausch und Technologietransfer) Verstärkung des Ressourcenmanagements Stärkung der Energie- und Infrastrukturaussenpolitik vis-à-vis der EU Stärkung der Raumordnungspolitik national sowie gegenüber den europäischen Nachbarn

www.admin.ch